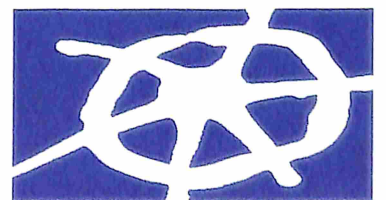
BULLETIN 1998

Chronik von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin Januar bis Dezember 1997

SONDER AUSGABE

SCHRIFTENREIHE DES ZENTRUM DEMOKRATISCHE KULTUR

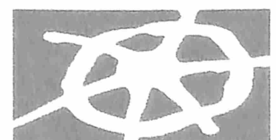


Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus · Jugendgewalt · Neue Medien

Bulletin-Sonderausgabe 1998

Chronik von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin in den Monaten Januar bis Dezember 1997

Eine Zusammenstellung von Sylke Kirschnick und Cordula Mäbert

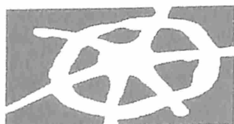


Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus · Jugendgewalt · Neue Medien

Inhalt

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung bei der Freudenberg Stiftung und der Cornelsen-Stiftung Lehren und Lernen.

Redaktion: Cordula Mäbert, Astrid Nickel
Satz: LVD GmbH, Berlin
Druck: Ratzlow Druck



Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus-Jugendgewalt-Neue Medien

Schumannstr. 5
10117 Berlin

Telefon +49 (030) 282 9627
Telefax +49 (030) 238 4303
E-mail: BBB@IPN-B.comlink.apc.org
RAA-Berlin@t-online.de

Vorbemerkung

Auch fünf Jahre nach den Überfällen auf Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht rassistisch motivierte Überfälle und Gewalttaten rechtsextrem orientierter Jugendlicher in den östlichen Bundesländern stattfinden. Nach Angaben des Verfassungsschutzes wurden 1997 mehr als 45 Prozent der rechtsextrem motivierten Gewalttaten in den östlichen Bundesländern begangen, obwohl hier nur rund 17 Prozent der Bevölkerung leben. Es trifft Flüchtlinge und Immigranten, Asylbewerberheime, Treffpunkte von Jugendlichen, Punker oder Camper, aber nicht nur die typischen Opfergruppen, sondern auch zunehmend ganz normale Leute. In vielen Kommunen haben sich rechtsextrem gesinnte Jugendliche öffentliche Räume, ganze Stadtteile und Gegenden erobert. Dabei ist Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kein Jugendproblem. Laut Sozialreport 1997 haben insgesamt rund 80 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern, die bis 1990 mit Ausländerproblemen kaum konfrontiert wurden, eine mehr oder weniger ablehnende Haltung gegenüber Ausländern. Beispiele in der nachfolgenden Chronik zeigen, wie im Ergebnis einer systematischen Politik der Abschottung und Ausgrenzung fremdenfeindliche, diskriminierende Haltungen und rassistische Vorurteile in Teilen der Bevölkerung vorhanden sind, Übergriffe von den Politikern sowie von Polizei- und Justizbehörden als »Einzelfälle« verharmlost oder vertuscht werden. Es herrscht verbreitete Gleichgültigkeit oder Hilflosigkeit, auch Appelle, Kundgebungen, Runde Tische oder Bündnisse gegen Gewalt von Rechts konnten eine zunehmende rechtsextremistische Gesinnung nicht eindämmen.

Bei der Zusammenstellung der Fakten für die Chronik unter Berücksichtigung der Meldungen in der Tagespresse, mündliche Berichte und Schilderungen sind nicht einbezogen, wurde deutlich:

- Die Vorfälle werden in der Presse in nur wenigen Zeilen erwähnt und lesen sich wie die üblichen Polizeinachrichten. Nur die spektakulären Vorfälle werden über die eigentliche Polizeimeldung hinaus gründlicher recherchiert.
- Die Zahlen, die von den LKA und dem Verfassungsschutz vermerkt werden, spiegeln nicht die Realität wieder, da viele Vorfälle nicht zur Anzeige kommen.
- Es gehört wohl zur »Normalität«, wenn sich Jugendliche rein äußerlich mit Wehrmachtskoppel und SS-Totenkopf oder als »Skinhead« ausstaffieren und in der Öffentlichkeit auf dem Marktplatz, an Bushaltestellen, in Gaststätten oder Schulklassen präsent sind.
- Von den sogenannten »Propagandadelikten« bis zu brutalen gewalttätigen Übergriffen werden die Taten meist aus dem Schutz einer Gruppe heraus begangen, die sich auch durch ihr identifitätsstiftendes Outfit zu erkennen gibt.
- Fremdenfeindlichkeit und Gewalt Jugendlicher beruhen nicht unbedingt auf einer gefestigten rechtsextremistischen Weltanschauung. Die vorhandene diffuse rechtsextremistische Grundhaltung ist keinesfalls harmlos oder ungefährlich.
- Fremdenfeindliche Einstellungen und Übergriffe entstehen nicht zwangsläufig aus wirtschaftlicher oder sozialer Notlage.
- Politiker und Behörden von Polizei und Justiz verharmlosen oft die Vorfälle, in dem sie auf einen fehlenden politischen Hintergrund verweisen, fremdenfeindliche, rassistische Motivation nicht und im Alkohol einen vordergründigen Tatauslöser sehen.
- Die Öffentlichkeit – Einwohner, Politiker, Sozialforscher, Sozialarbeiter, Lehrer – nehmen die jugendlichen Schläger nicht selten in Schutz und verweisen auf Aggressionen, persönliche Probleme, Zukunftsangst, Lehrstellensituation oder brachliegende Jugendarbeit.

Die nachfolgende Chronik stützt sich auf Meldungen überregionaler und regionaler Tageszeitungen. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Cordula Mäbert

Sachsen

Sebnitz
Am frühen Neujahrsmorgen überfielen sechs rechte Jugendliche zwei schlafende Obdachlose im Bahnhofsgebäude, schlugen mit Eisenketten auf sie ein und mißhandelten sie mit Fußtritten. Einer der beiden Obdachlosen mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Laut Aussagen der Polizei wird im Umkreis einer Gruppe ermittelt, die bereits mehrfach mit ähnlichen Delikten aufgefallen war. (Frankfurter Rundschau, 2. 1. 97; ARD-Tagesschau, 1. 1. 97, 20.15)
Am 4. 1. berichtete die »Junge Welt«, daß die Polizei die Täter, die in einem gegenüber dem Bahnhof gelegenen Jugendclub Silvester gefeiert hatten, gefaßt hat und einen rechtsextremen Hintergrund der Tat ausschließt: es gäbe keinerlei Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Einstellung der Täter und das Tragen von Springerstiefeln sei gegenwärtig eben modern. Die Täter hatten als Tatmotiv Rache angegeben, da es am Vorabend eine Auseinandersetzung zwischen einem der Obdachlosen und einem der Täter gegeben habe. (vgl. auch Sächsische Zeitung, 4./5. 1.)

Am 10. 1. versuchten die sogenannten »Unabhängigen Freundeskreise« in der »Sächsischen Zeitung« eine Annonce für das antisemitische und fremdenfeindliche Anzeigenblatt »Unabhängige Nachrichten« zu schalten. Dieses Blatt leugnet den Holocaust, hetzt gegen »Überfremdung« und wirbt für das »Heimatrecht«. Die »Unabhängigen Freundeskreise« sind lose organisierte rechtsextreme Zirkel, die sich bereits in den 60er Jahren in der alten Bundesrepublik bildeten. Bereits im Vorjahr verbreiteten sie per Postwurfsendungen Sonderdrucke und Leseproben in Dresden, Leipzig und Chemnitz. (Sächsische Zeitung, 14. 1.)

Leipzig
Am Abend des 17. 1. wurden ein evangelischer Vikar und sein 16jähriger Sohn auf dem Heimweg nach einem Gemeindeabend von sechs rechten Jugendlichen zusammengeschlagen. Da die Polizei den brutalen Übergriff zunächst nicht in ihrem Pressebericht erwähnte und die Leipziger Aktualität einige Tage darauf ablehnte, informierte der evangelische Geistliche über E-Mail verschiedene Initiativen über den Vorfall: »Als wir in Reudnitz direkt vor un-

serem Haus das Auto verließen, kamen ca. sechs Skinheads von einer unmittelbar benachbarten Straßenbahnhaltestelle vorbei. Sie sahen uns, mich und meinen Sohn mit roter Punkfrisur und Lederjacke mit einem »A« im Kreis drauf. Ein, zwei Worte fielen und in Sekundenschnelle schlugen sie uns zusammen.« (E-Mail; taz, 4.2.)
Ein Mitglied des Landesvorstands der Bündnisgrünen forderte inzwischen Aufklärung von der Polizei, ob es sich bei dieser Taktik des Verschweigens um einen Einzelfall oder um die Regel handle. Die Polizei hatte ermittlungstaktische Gründe für ihr Vorgehen vorgeschützt. (Frankfurter Rundschau, 4.2.; Neues Deutschland, 12.2.)

Riesa
Drei betrunkene deutsche Männer schlugen am 16.1. auf dem Riesaer Bahnhof einen 20jährigen Mann aus Guinea brutal zusammen und traten noch auf ihn ein, als er bereits am Boden lag. Die Verkäuferin eines Geschäfts im Bahnhofsgebäude schritt schließlich ein und bewirkte, daß die Schläger von ihrem Opfer abließen. (Frankfurter Rundschau, 19.1.; Junge Welt, 20.1.)

Aue
Am 24.1. schlugen zwei alkoholisierte junge Männer einen Obdachlosen zusammen. (taz, 25./26.1.)

Leipzig
Am Wochenende vom 25. auf den 26.1. wurden auf dem Ostfriedhof der Stadt mehrere Gräber mit Hakenkreuzen, SS-Runen und nationalsozialistischen Parolen beschmiert. (Berliner Zeitung, 28.1.)

Leipzig
Am Wochenende vom 1. auf den 2.2. wurde ein 19jähriger Algerier auf dem Hauptbahnhof von Unbekannten niedergestochen. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus. (Freie Presse, 6.2.)

Görlitz
In der Nacht vom 8. auf den 9.2. wurden zwei Polen von vier rechten Jugendlichen überfallen und mit Tritten attackiert. (Frankfurter Rundschau, 11.2.)

Am 12.2. berichtete das »Neue Deutschland« über den Anstieg rechtsextremistischer bzw. rechtsextrem motivierter Delikte in Sachsen. Bereits 1996 sprach der Präsident des sächsischen Landeskriminalamtes von einem »stark zunehmenden Trend der Gewalt durch rechtsorientierte, oft alkoholisierte Schlägertrupps« vor allem in Ostsachsen. Auffallend ist, daß immer häufiger Obdachlose und sogenannte »bunte« Jugendliche Opfer rechter Gewalt werden.

Oberlausitzkreis
Ein Großaufgebot der Polizei setzte am Wochenende vom 15. auf den 16.2. in der Region ein Verbot jedweder rechter Veranstaltung (u.a. Konzerte) durch. Als etwa 250 rechte Jugendliche bei ihrem Versuch, an andere Orte auszuweichen, eine Gaststätte in Nieder-Seifersdorf demolierten und rechtsextremistische Parolen grölten,
griff die Polizei ein. (Freie Presse.; Frankfurter Rundschau, 17.2.)

Leipzig
Am 5.3. überfielen acht rechte Jugendliche, darunter zwei Mädchen, in einer Leipziger Straßenbahn ein mongolisches Ehepaar. Sie verletzten den Mann schwer (Nasenbein- und Rippenbruch) und warfen ihn anschließend aus dem Straßenbahnwagen. Gegen einen der Täter hatte bereits ein Haftbefehl wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen vorgelegen. (Süddeutsche Zeitung; Frankfurter Rundschau; FAZ; taz, 7.3.)

Spremberg/Niesky
Weil ein von der rechten Szene geplantes Konzert des rechten Liedermachers Frank Rennicke bei Niesky von der Polizei verboten worden war, suchten die Fans in einen Jugendclub im nahegelegenen Spremberg auszuweichen. Die örtliche Polizei verbot jedoch auch dort das Konzert und erteilte den etwa 300 angereisten rechten Jugendlichen Platzverweis. (Tagesspiegel, 9.3.; Süddeutsche Zeitung; Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau; Lausitzer Rundschau, 10.3.)

Leipzig
Für den 1. Mai plant die NPD eine Demonstration »des nationalen Widerstandes« mit anschließender Kundgebung unter dem Motto: »Gegen liberalkapitalistische Systemparteien und die rapide zunehmende soziale Verelendung von Teilen unseres Volkes«. Verschiedene Parteien, darunter die PDS, sowie der DGB haben bereits Überlegungen angestellt, diese Demonstration zu verhindern. (Neues Deutschland, 11.3.)

Freital
Am 18.3. wurden zwei algerische Asylbewerber von sieben rechten Jugendlichen angegriffen, geschlagen und mit einem Messer bedroht. Einer der beiden Angegriffenen stach aus Notwehr einen der rechten Jugendlichen mit einer Schere nieder. Laut Polizeibericht hatte der Niedergestochene bereits früher Menschen mit dem Messer bedroht.
Drei der rechten Jugendlichen hatten kurz zuvor vor einem vietnamesischen Gemüsegeschäft den Hitlergruß gezeigt, den Händler bedroht und das Geschäft beschmutzt. (Berliner Zeitung, 19.3.)

Freiberg
In der Nacht vom 18. zum 19.3. gab es einen Brandanschlag auf das Alternative Jugendzentrum »Barrikade«. Unbekannte brachen die Eingangstür auf und versuchten im Inneren der Einrichtung Feuer zu legen. (E-Mail)

Mücka
Ein für den 21.3. geplantes Skinhead-Konzert in der Diskothek »Wodan« ist wegen befürchteter rechtsextremistischer Ausschreitungen verboten worden. Auftreten sollten die australische Band »Fortress« und die deutsche Band »Weiße Riesen«. Da es in der Vergangenheit nach Skinhead-Konzerten wiederholt zu Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund gekommen war, sah sich die Polizei zu diesem Schritt veranlaßt. (taz, 20.3.)

Am 25. 3. äußerte der sächsische Innenminister Klaus Hardraht in einem Interview mit der »Berliner Zeitung«, daß »Sachsen keine Hochburg des Rechtsextremismus« sei. Dem Innenminister zufolge wollen die Jugendlichen, die Gewalt gegen Ausländer ausüben vor allem »den Helden spielen«. Er warnte davor, »alle Jugendlichen, die beispielsweise Skinhead-Konzerte besuchen, pauschal zu verdammen.«

Chemnitz
In der Nacht zum 30. 3. überfielen ca. 60 rechte Jugendliche ein alternatives Jugendzentrum und verletzten sechs Besucher. Sofort nach Betreten des Clubs schlugen die Angreifer auf die Anwesenden ein. Das Inventar wurde verwüstet, vor dem Haus parkende Fahrzeuge demoliert. (Süddeutsche Zeitung; Frankfurter Rundschau, 1. 4.)

Leipzig
Unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche – Die Wut auf die Straße tragen« mobilisierte Anfang April die NPD ihre Anhänger über Internet, Infotelefone, Publikationen und Flugblätter, sich in Leipzig am Völkerschlachtdenkmal zu versammeln. So wurden in einer Ansage des »Nationalen Info-Telefon Mitteldeutschland« die Anhänger wegen »einer rapide zunehmenden sozialen Verelendung von Teilen unseres Volkes« aufgefordert, an der »Demonstration des Nationalen Widerstandes« am 1. Mai in Leipzig teilzunehmen. In der Ansage rechnet die NPD mit einer Teilnahme von 5000 bis 10 000 Teilnehmern. »Ob Leipzig, Dresden oder Berlin, wir werden 10 000 sein«, hieß es. (Info-Telefon)

Leipzig
Am 5. 4. wurde der geplante Aufmarsch der rechtsextremen NPD und der »Jungen Nationaldemokraten« für den 1. Mai in Leipzig vom Leipziger Ordnungsamt verboten. Die NPD setzte ihre Mobilisierung unter dem Motto »Es bleibt bei der 1. Mai-Kundgebung in Leipzig« fort und kündigte rechtliche Schritte an. (Junge Welt, 7. 4.)
Am 10. 4. verbot die Stadt Leipzig die geplante Demonstration der rechtsextremen NPD. Das Verbot wurde damit begründet, daß an diesem Tag die zentrale Maidemonstration des DGB für ganz Sachsen stattfindet. Auch der geplante Protestzug der sächsischen PDS-Landtagsfraktion gegen die NPD wurde nicht genehmigt. (Frankfurter Rundschau, 16. 4.)

Leipzig
Mit einer »Totalmobilisierung« von allen, denen »die Zukunft unseres Volkes etwas bedeutet« drohte der Vorsitzende der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), Holger Apfel, für den 1. Mai in Leipzig via Internet. Mindestens 10 000 »Kameraden« will er auf die Beine bringen. Danach seien »die Folgen nicht mehr absehbar«. »Dann brechen wir endgültig aus der Isolation heraus und erkämpfen uns Stück für Stück die Straße zurück.« Zur Einstimmung präsentierte die NPD-Jugend Liedtexte illustriert von einem jungen Mann zu Pferde, bewaffnet mit Lanze und Schild, auf dem der obere Teil eines angedeuteten Hakenkreuzes zu sehen war. (Internet, 16. 4.)

Chemnitz
Am 20. 4. wurden zwei Jugendliche von etwa 50 Jugendlichen im Outfit von Skinheads bedroht. Sie konnten flüchten und versteckten sich in einem Treppenhaus mit Hilfe eines Hausbewohners. Dieser kehrte später die Scherben der zerschlagenen Tür seines Hauses zusammen. Er hatte Angst vor weiteren Bedrohungen, denen bereits »ganz normale Bürger« ausgesetzt seien. (Freie Presse, 25. 4.)

Dresden
23 rechte Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren aus Freital, Pirna und Wilsdruff demonstrierten am 20. 4. auf dem Dresdner Hauptbahnhof den Hitlergruß und brüllten »Sieg Heil«. (JW, 22. 4.)

Leipzig
Nach dem Verbot des von der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) geplanten Aufmarsches in Leipzig äußerte sich der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen in einem Gespräch mit der »Jungen Welt« zur Struktur der Neonazi-Gruppierungen in Sachsen. Er ging von insgesamt 2375 Mitgliedern und Anhängern der rechtsextremistischen Szene aus. Besonders die NPD kann einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Auch mit den in Leipzig und Dresden aktiven sogenannten »Freundeskreisen »Ein Herz für Deutschland« versucht die NPD in einer Art Bündnispolitik Leute an sich zu binden, auch aus den gewaltbereiten neonazistischen Bereichen. Die Parolen der NPD haben sich geändert, es werden vermehrt soziale und wirtschaftspolitische Themen mit auf die Fahnen geschrieben. (Junge Welt, 21. 4.)

Leipzig
Der PDS Landesvorstand informierte, daß es einen rechtsradikalen Überfall auf fünf Leipziger PDS-Mitglieder gab, die DGB-Plakate für den 1. Mai geklebt hatten. (Presseinformation des PDS-Landesvorstandes, 22. 4.)

Chemnitz
Ein Schwerbehinderter wurde am 25. 4. im Bus von zwei unbekannten Jugendlichen geschlagen und getreten und anschließend beraubt. (Freie Presse, 2. 5.)

Chemnitz
Eine Sozialarbeiterin des Alternativen Jugendzentrums der Stadt schilderte der Tageszeitung »Freie Presse« ihre Erfahrungen aus verschiedenen Projekten, in denen ihr immer öfter von Gewaltandrohungen gegen alternativ lebende Jugendliche berichtet wurde. »Solche Übergriffe müßten von Politikern ernster genommen werden«, sagte sie. (Freie Presse, 25. 4.)

Leipzig
Das Verwaltungsgericht der Stadt lehnte am 25. 4. einen NPD-Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz ab. Das Verbot der NPD-Kundgebung zum 1. Mai am Völkerschlachtdenkmal blieb somit bestehen, weil mit einer erheblichen Gefährdung der Sicherheit und Ordnung zu rechnen war. (taz, 26. 4.)

Chemnitz
Am 28.4. stieg ein blinder Fahrgast aus einem Bus und wurde von drei unbekannten Jugendlichen, zwei Mädchen und ein Junge, verfolgt, bis sie ihm schließlich die Geldbörse stahlen. (Freie Presse, 2.5.)

Bautzen
Drei Tage vor dem 1. Mai, am 28.4., hob das Sächsische Oberverwaltungsgericht das Verbot der NPD-Kundgebung zum 1. Mai auf. Damit gab das Gericht einer Beschwerde der rechtsextremen NPD statt. Ein Verbot der Demonstration sei nur dann zulässig, wenn zu erwarten wäre, »daß von den Veranstaltern eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausginge«, hieß es in der Begründung des Gerichts. Eine solche Gefährdung könne jedoch nicht darin gesehen werden, »daß die NPD oder deren Jugendorganisation verfassungsfeindliche Ziele verfolgen«. Zwar sei mit Ausschreitungen zu rechnen, doch seien rund 3400 Polizisten im Einsatz. Ein Auftritt des Liedermachers Frank Rennicke wurde allerdings mit der Begründung verboten, »daß Rennicke vermutlich Lieder mit strafbarem Inhalt singen wird«. (Berliner Zeitung, 29.4.)
Einen Tag später verbot die Stadt die zuvor gerichtlich genehmigte Kundgebung der NPD am 1. Mai vor dem Völkerschlachtdenkmal erneut. (ND, 30.4./1.5.)

Leipzig
Nach dem Verbot der Kundgebung der rechtsextremen NPD für den 1. Mai blieben in der Stadt die von vielen befürchteten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der rechten und der linken autonomen Szene weitgehend aus. Insgesamt waren etwa 40 Busse mit NPD-Anhängern auf Autobahnen durch Deutschland unterwegs. Sie wurden an Kontrollstellen auf den wichtigsten Zufahrtstraßen von Polizeisperren abgewiesen. Es gab in der Stadt 250 Platzverweise für Rechtsextreme. Bei einem Aufeinandertreffen von etwa 150 rechten Skinheads und etwa 300 Autonomen im Zentrum von Leipzig verhinderten mehrere Polizei-Hundertschaften größere Auseinandersetzungen. Die Polizei hatte 4500 Beamte eingesetzt. (Freie Presse, 3./4.5.; Leipziger Morgenpost, ND, 2.5.)

Dresden
Am 1. Mai randalierten 28 Rechtsradikale in der Stadt und riefen nationalsozialistische Parolen. Sie wurden am Abend festgenommen. (Freie Presse, 3./4.5.)

Grimma
100 Anhänger der rechten Szene fuhren am 1.5. mit Bussen in die Kleinstadt, marschierten durch die Stadt und versammelten sich auf dem Marktplatz. Weil die Veranstaltung nicht angemeldet war, wurde Anzeige erstattet. (Freie Presse, 3.5./4.5.))

Schlungwitz
Am 8.5. überfiel eine Gruppe von 20 rechten Jugendlichen in dem Ort bei Bautzen ein Übersiedlerheim für Russlanddeutsche. Mit Steinen und Zaunlatten zerschlugen sie Scheiben und grölten Nazi-Parolen. Als besorgte Heimbewohner in das nahe Dorf Doberschau fuhren, um ihre Kinder vom Dorffest abzuholen, wurde ein Übersiedler mit einer Schreckschußwaffe bedroht und geschlagen. Die Soko-Rex nahm 8 Jugendliche vorläufig fest und ermittelte wegen Landfriedensbruch. (ND, 10./11.5.; FAZ 10.5.))

Gröditz
Jugendliche warfen am 8.5. abends in dem Ort bei Riesa einen Molotowcocktail auf die Außenwand des Aussiedlerheimes. Das Feuer konnte von den Heimbewohnern gelöscht werden. Einige Tage danach hatte die Soko-Rex die Jugendlichen im Alter von 16 und 18 Jahren, darunter ein Mädchen, festgenommen. Sie hatten die Tat gestanden und als Motiv Fremdenfeindlichkeit angegeben. (taz, 12.5.)

Plauen
Trotz Protesten von linken Gegendemonstrationen fand am 10.5. ein Konzert der New Wave/Gothik-Band »Death in June« statt. Die Band verwendet das Totenkopfsymbol der SS und hat das Horst-Wessel-Lied neuvertont. Die Stadtverwaltung hatte ein Verbot des Konzertes mit Verweis auf die künstlerische Freiheit abgelehnt. Auftritte der Band waren zuletzt in Hamburg und Bochum wegen deren offen zur Schau getragenen neofaschistischen Einstellung abgesagt worden. (JW, 12.5.)

St. Egiden
In dem Ort im Kreis Chemnitzer Land griff am späten Abend des 16.5. eine Gruppe von 10 bis 15 Jugendlichen, bewaffnet mit Knüppel und Messer einen 22jährigen Asylbewerber aus dem Irak an und verletzte ihn. (Freie Presse, 20.5.)

Dresden
Zelt, Wagen und Kostüme einer auf Deutschland-Tournee befindlichen Musical-Produktion wurden am 18.5. mit ausländerfeindlichen Parolen, »Polacken raus« und »Deutschland für uns« beschmiert. Es entstand erheblicher Sachschaden, ein möglicher rechtsextremer Hintergrund wird untersucht. (Frankfurter Rundschau, 20.5.)

Dresden
Die Zahl der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten hat in Sachsen gravierend zugenommen. Laut sächsischen Verfassungsschutzbericht stieg die Zahl 1996 um 32 Prozent auf insgesamt 993 Delikte. Dreiviertel der Täter sind jünger als 21 Jahre. Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten, zu denen es hauptsächlich bei Skinhead-Konzerten kam, stieg um 27 Prozent auf 89. Dieser Anstieg sei besorgniserregend, so Innenminister Hardraht bei der Vorstellung des Berichtes. Einen gewaltigen Zuwachs hat in Sachsen die NPD mit einem Mitgliederzulauf von 200 auf 300. (ND, 28.5.)

In einem Report der Tageszeitung »Neues Deutschland« am 29.5. unter der Schlagzeile: »Rechte Schläger – nur braun und besoffen?« wurden die spektakulären fremdenfeindlichen Straftaten der letzten Monate beleuchtet, die die Öffentlichkeit irritiert hatten. In Sachsen, dem Land, das die erste Soko-Rex einführte, ist die Liste größerer Einsätze lang: Aue, Bad Muskau, Borna, Frohburg, Görlitz, Klingenthal, Löbau, Meerane, Wurzen u.a. Die Diskothek »Wotan« in Mücka hat als Veranstaltungsort für

rechtsextremistische Skinhead-Konzerte zunehmend an Bedeutung gewonnen und entwickelt sich zu einer »politischen Plattform«.
Gleichzeitig erinnerte die Zeitung an die harten Polizei- und Ausländergesetze in Sachsen sowie an den staalichen Umgang mit Asylbewerbern, an »unhaltbare« Zustände im Heim in Aue, bei dem die »Wohnfläche pro unterzubringende Person der Orientierungsgröße von 4,5 Quadratmetern« entspreche und den wenigen im Freistaat lebenden bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen die Zwangsabschiebung drohe. (ND, 29.5.)

Leipzig
Der Evangelische Kirchentag in Leipzig wurde am 19.6. durch einen gewalttätigen Angriff von Jugendlichen gestört. Die Polizei ermittelte 13 Tatverdächtige, die elf Besucher des Kirchentages mit Baseballschlägern, Zaunlatten und Bierflaschen zusammengeschlagen hatten. Anlaß für den Überfall war ein Streit um ein Mädchen. Um »Frust« abzureagieren, hatten die Jugendlichen zunächst versucht, die Gäste mit rechten Parolen zu provozieren. Als dies nicht gelang, wandten sie Gewalt an. Die Täter hatten mehrfach »Sieg Heil« gebrüllt, berichteten Augenzeugen. Die Jugendlichen aus Grimma und Umgebung sind nach Aussage des LKA nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen, allerdings offensichtlich »rechtsorientiert«. (Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau, 21.6.; Frankfurter Rundschau, JW, 26.6.)

Dresden
In der Nacht zum 28.6. verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im Stadtteil Striesen. Die Täter warfen einen Molotowcocktail durch ein offenes Fenster des Gebäudes. Die Heimbewohner konnten das Feuer, das im Flur des Hauses gegen Mitternacht ausbrach, selbst löschen. Zum Zeitpunkt des Anschlages befanden sich 100 Asylbewerber in dem Heim. Die Sonderkommission Rechtsextremismus ermittelt wegen schwerer Brandstiftung. Das Flüchtlingsheim, das bereits in der Vergangenheit mehrfach Ziel von Anschlägen war, wurde unter Polizeischutz gestellt. (Freie Presse; Frankfurter Rundschau; Süddeutsche Zeitung; taz, 1.7.)

Dresden
Drei junge Männer attackierten am 28.6. mitten in der Stadt einen 41jährigen Türken, schlugen ihn und traten mehrfach auf ihn ein. Zeugen verständigten die Polizei, die Täter wurden festgenommen. Ein ausländerfeindlicher Hintergrund wurde nicht ausgeschlossen. (Frankfurter Rundschau, 30.6.)

Kleinpösna
Am 4.7. überfielen zwei 18 und 19 Jahre alte Jugendliche zwei Polen. Sie beschimpften sie mit fremdenfeindlichen Flüchen und mißhandelten sie mit Schlägen und Fußtritten, als sie an einer Kiesgrube angelten. Die beiden Angreifer campierten an der Kiesgrube. Sie hatten an ihrem Zelt die Reichskriegsfahne und eine Flagge mit SS-Runen aufgezogen. (Frankfurter Rundschau, 9.7.)

Zittau
Begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot marschierten am 5.7. in der Stadt rund 500 Sympathisanten der rechtsextremistischen NPD auf. Anlaß war der Todestag eines 21jährigen aus der rechten Szene, der 1992 in Zittau bei einer Messerstecherei starb. Das Landratsamt Löbau-Zittau hatte die Veranstaltung mit Auflagen genehmigt. (Sächsische Zeitung, ND, Frankfurter Rundschau, 7.7.)
Aus einem Leserbrief in der Sächsischen Zeitung am 11.7. zum Marsch der NPD durch die Stadt: »Die vor Reichskriegsflaggen strotzende Veranstaltung schien wie in den vergangenen Jahren die Zittauer Bewohner kalt zu lassen. Wer sich nicht unters marschierende Volk mischte, sah weg oder wagte einen verstohlenen Blick durch die Gardinen. Engagement und Zivilcourage lohnen sich nicht unbedingt angesichts des Vorgehens der Polizei gegen eine Gruppe von Gegendemonstranten.« (Sächsische Zeitung, 11.7.)

Hohnstein
Auf der sächsischen Burg Hohnstein riefen fünf Jugendliche lautstark faschistische Parolen und zeigten den Hitlergruß. Außerdem belästigten sie die ausländischen Kinder einer Schulklasse mit Sprüchen wie »Türkenschweine« und »Türke verrecke«. (Frankfurter Rundschau, 9.7.)

Freiberg
Vier Jugendliche überfielen am 12.7. einen Asylbewerber aus Pakistan. Sie traten ihn und verprügelten ihn mit einem Baseballschläger. Schließlich schossen sie auf ihn mit einer Schreckschußpistole. Der Verletze mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. (Leipziger Volkszeitung; Frankfurter Rundschau; taz, 14.7.)

Freiberg
Am 16.7. attackierten 10 Jugendliche einen jordanischen Chemiestudenten, der in Freiberg sein Praktikum absolvierte. Sie schlugen ihn mit Baseballschlägern und traten ihn mit den Stiefeln. Er erlitt Prellungen und Blutergüsse am ganzen Körper, die Polizei bezweifelte öffentlich die Aussagen des Studenten. (Freie Presse, 2./3.8.)

Freiberg
Am 24.7. wurden von der Soko-Rex 10 von 13 Jugendlichen festgenommen, die bei drei Überfällen auf Ausländer in Freiberg, einen Studenten aus Jordanien, auf einen pakistanischen Asylbewerber und auf zwei dänische Fernfahrer beteiligt waren. Drei Opfer waren so schwer mißhandelt worden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Täter gaben fremdenfeindliche Motive an. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden Schlagwaffen beschlagnahmt. Drei weitere Jugendliche, darunter eine junge Frau konnten bei der Aktion nicht festgenommen werden. Die Jugendlichen gehörten keiner rechtsextremistischen Gruppierung an und wurden nach ihren Aussagen wieder freigelassen. (Freie Presse; Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau; ND, 26./27.7.)

Schöna
Am 26.7. prügelten sich vor einer Gaststätte Jugendliche, die der rechten Szene in Riesa angehören. Als die Polizei

eintraf, griffen die Jugendlichen die Polizei an. Ein Polizist wurde verletzt. Die Polizei nahm sechs Jugendliche vorübergehend fest. (Leipziger Volkszeitung, 28.7.)

Zittau
Vor dem Studentenklub der Stadt randalierten in den frühen Morgenstunden des 27.7. sechs rechtsradikale Jugendliche, weil ihnen der Einlaß verwehrt worden war. Sie versuchten, sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen und skandierten dabei ausländerfeindliche Parolen. Die Polizei mußte die Unterstützung des Bundesgrenzschutzes anfordern, um die Randale zu beenden. (Sächsische Zeitung, 29.7.)

Dresden
Der Leipziger NPD-Chef Joachim Hößler wurde am 1.8. zu einer Geldstrafe von 2700 Mark wegen Verbreitung von Propaganda und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt. Der 59jährige hatte 1994 Nazi-Propaganda-Material in den USA bestellt, wie den »NS-Kampfruf« und Aufkleber mit ausländerfeindlichen Sprüchen und Hakenkreuzen, um es in Sachsen zu verbreiten. Der US-Neonazi Gary Rex Lauck sollte als Zeuge gehört werden, verweigerte aber die Aussage. An der Verhandlung nahmen etwa 30 NPD-Angehörige aus Leipzig und Dresden teil. (Leipziger Volkszeitung; ND, 2./3.8.)

Freiberg
In einem redaktionellen Beitrag der »Freien Presse« wird der Frage nachgegangen, ob die alterhwürdige Berg- und Universitätsstadt zu einer Hochburg des Ausländerhasses wurde. Nach mehreren Überfällen auf ausländische Studenten, Geschäftsleute und Asylbewerber fürchten Ausländer in der Stadt um ihr Leben und die Stadt um ihren guten Ruf. Die Polizei hatte bei den Überfällen (s.o.) immer wieder abgewiegelt und keinen rechtsradikalen Hintergrund gesehen. Auch bei einem von der Universitätsleitung Ende Juli arrangierten Treffen zwischen Behörden, Studenten und Polizei versuchte die Polizei erneut zu beschwichtigen: »Die Täter sind keine Rechtsradikalen, eher ein loser Zusammenschluß von Randalierern«. Außerdem sei bei Wohnungsdurchsuchungen kein rechtsextremes Material gefunden worden. Nach dem am 24.7. zehn der Täter ermittelt worden waren, wurden keine Haftbefehle ausgesprochen und alle auf freien Fuß gesetzt. Unbekannte hatten danach an die Zimmertür des jordanischen Studenten die Parole »Ausländer raus« gesprüht. (Freie Presse, 2./3.8.)

Königswartha
Auf einem Zeltplatz im Landkreis Bautzen spielten am 4.8. Jugendliche rechtsextremistische Lieder ab und grölten dazu »Heil Hitler«. Benachbarte Camper alarmierten die Polizei. Zwei 18jährige wurden festgenommen. (Freie Presse; JW, 6.8.

Leipzig
Für den Zeitraum vom 8. bis 19. August erließ die Stadt Leipzig ein generelles Verbot von Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen zum zehnten Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. Es lagen Erkenntnisse vor, daß solche Veranstaltungen in Leipzig geplant wurden. (ND, 6.8.)
Auch die Städte Chemnitz, Plauen, Görlitz und Dresden hatten entsprechende Verbote erlassen. (Freie Presse, 8.8.)

Leipzig
Richter des Leipziger Amtsgerichts sprachen am 6.8. vier Jugendliche aus Leipzig vom Vorwurf der Volksverhetzung frei. Sie hatten im April 1995 die Gedenkstätte Buchenwald »aus Langeweile« besucht und schließlich in das Gästebuch provozierend zwei Sätze von Rudolf Heß geschrieben, die er während seines Schlußwortes vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1946 geäußert hatte: »Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen, ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, er spricht mich frei.« Darunter hatten die Jugendlichen den Namen Rudolf Heß geschrieben und hinzugefügt: »Auch wir vergessen nichts.« Dies hatten alle vier unterzeichnet. Der Freispruch des Gerichts begründete sich aus der Tatsache, daß die Sätze als Zitat wiedergegeben wurden und keine wertende Meinung der Jugendlichen darstellen würde. (Leipziger Volkszeitung, 7.8.)
Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat gegen das Urteil Einspruch eingelegt. (Berliner Morgenpost, 10.8.)

Annaberg-Buchholz
Bei der bundesweiten Aktion gegen rechtsextremistische Musik wurden am 6.8. bei einem Musikhändler 400 CDs und etwa 90 Musikkassetten beschlagnahmt. (Sächsische Zeitung, 7.8.)

Dresden
Bei einem Brandanschlag von zwei Wehrpflichtigen der Bundeswehr auf eine Ausländerunterkunft italienischer Bauarbeiter brannte am 8.8. nachts die Baracke völlig aus. Die Bauarbeiter waren kurz zuvor in den Urlaub gefahren, so gab es keine Opfer. Einen Tag später gestanden zwei Dresdner Jugendliche, 18 und 20 Jahre alt und derzeit Panzerartilleristen in der Bundeswehr, die Tat. Ihr Motiv war Ausländerhaß. Bei den Vernehmungen gaben sie an, öfter »Zoff« mit den Bewohnern gehabt zu haben, so auch am Abend vor der Tat. Sie hatten vor der Brandstiftung eine Schreibmaschine und einen Kopierer »sichergestellt«. Die Polizei geht nicht davon aus, daß sich die Täter vorher in jedem Zimmer versichert hatten, daß keiner anwesend war. Sie sind der Polizei bereits wegen Räuberei und Diebstahl, einer auch als »rechtsorientierter Straftäter« bekannt.
Bereits einige Tage vor dem Anschlag waren zwei Hakenkreuze neben die Tür der Ausländer-Unterkunft gesprüht worden. Im Park gegenüber der Baracke traf sich regelmäßig eine Gruppe Rechtsgesinnter, zu der auch die beiden Täter gehörten. Vor dem Brandanschlag waren noch etwa 30 Jugendliche mit »Sieg Heil«-Rufen durch die Straßen gezogen. Die Unterkunft war schon einmal 1996 Ziel eines Anschlages gewesen. (Sächsische Zeitung, 11.8., 12.8.; Frankfurter Rundschau; ND; Süddeutsche Zeitung; Tagesspiegel, 12.8.)

Borna
In der Nacht zum 15. 8. verhinderte die Soko-Rex einen Angriff von 20 alkoholisierten Jugendlichen auf ein Ferienwohnheim, in dem sich 40 polnische und französische Jugendliche aufhielten. In einem Fahrzeug wurden ein Stahlhelm mit SS-Runen, rechtsradikale Musikkassetten und ein Schlagring gefunden. Sieben der Angreifer wurden vorläufig festgenommen. (ND; JW, 16./17. 8.)

Görlitz
Zwei polnische Jugendliche wurden von zwei unbekannten Tätern geschlagen und mit rassistischen Parolen beschimpft. (Berliner Zeitung, 18. 8.)

Radeberg
Auf einem Grundstück wurde in der Nacht zum 15. 8. rechte Musik abgespielt. Als Zivilkräfte der Soko-Rex anrückten, wurden sie mit Luftdruckwaffen, teilweise mit Laser-Zieleinrichtung ausgerüstet, beschossen. Die Jugendlichen hatten offenbar schon seit längerer Zeit auf dem schwer zugänglichen Gelände des Grundstückes militärische Übungen veranstaltet, aber ohne Verbindung zu politischen Organisationen. (ND; JW, 16./17. 8.)

Die Sonderkommission Rechtsextremismus des sächsischen Landeskriminalamtes ist für einen Zeitraum von drei Monaten auf insgesamt 63 Beamte aufgestockt worden – im ersten Halbjahr 1997 stiegen rechtsorientierte Straftaten um 41 Prozent. Nach Erkenntnissen des LKA ist an vielen Orten eine Militarisierung völlig »normaler« Jugendlicher zu beobachten. Regionale Schwerpunkte sind die großen Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Görlitz, Bautzen und Plauen. 30 Prozent aller Gewalttaten nahmen ihren Ausgangspunkt in Diskotheken oder Gaststätten und wurden in der Regel von Gruppen begangen. 84 Prozent der rechten Straftäter sind jünger als 21 Jahre. (ND, 16./17. 8.)
Nach einer Analyse des LKA Sachsen stammen die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen bei rechtsorientierten Straftaten aus Sachsen und sind nicht, wie oft angenommen, aus anderen Bundesländern angereist. 70 Prozent der Täter handelten am Wohnort. Die Täter stammen auch nicht, wie lange vermutet, aus dem Arbeitslosenmilieu. 84 Prozent gingen noch zur Schule, hatten Arbeit oder eine Lehrstelle. 72 Prozent der rechten Gewalttäter standen unter Alkoholeinfluß. (Die Welt; FR, 15. 8.)

Wülknitz
Unter der Überschrift »Hier ist doch keiner ausländerfeindlich« berichtete die »Freie Presse« über ein geplantes Asylbewerberheim in dem Dorf und die ablehnende, feindliche Stimmung der Bewohner. Ein Unternehmer wollte leere Wohnungen an das Ausländeramt des Kreises für sieben Familien aus Sri Lanka, Vietnam und dem früheren Jugoslawien vermieten. Im Dorf herrschte Aufruhr, anonyme Flugblätter stachelten die Stimmung auf, bis der Gemeinderat mehrheitlich gegen das Vorhaben stimmte. Mit der Meinung, »wenn die Ausländer erst mal hier sind, dann holen wir uns doch die Nazis ins Dorf«, ist Wülknitz im Kreis Riesa-Großenhain kein Einzelfall. Nach Plänen des Regierungspräsidiums Dresden soll der Kreis künftig 150 Asylsuchende mehr aufnehmen. Städte und Gemeinden versuchen, das Vorhaben von sich fern zu halten. (Freie Presse, 20. 8.)

Leipzig
Mitte August wurde der Leipziger Politiker Steffen Tippach, Sprecher für humanitäre Hilfe und Menschenrechte der PDS-Bundestagsgruppe, von der »Anti-Antifa« mit Leipziger Postadresse bedroht. Die Gruppe hatte ein Plakat mit seinem Foto geklebt, im Text wurde ihm wegen seiner Arbeit gegen die »Nationale Opposition« offen gedroht. Der Politiker erklärte, er werde dennoch weiter gegen neofaschistische Aktivitäten auftreten. (ND, 21. 8.)

Kamenz
In der Wohnung eines 18jährigen wurden am 15. 8. Flugblätter, Zeitungen und ein Katalog beschlagnahmt. Das Zimmer des Jugendlichen »schmückte« auch eine Kopfplastik von Adolf Hitler. Der Jugendliche steht unter Verdacht, sich an rechtsextremistischen Straftaten beteiligt zu haben. (Lausitzer Rundschau, 18. 8.)

Schildau
In der Nacht zum 24. 8. löste die Polizei eine Versammlung von etwa 150 Jugendlichen auf. Die Jugendlichen hatten sich rund um ein Großzelt zusammengefunden, ausländerfeindliche Parolen gegrölt und laute Musik mit rechtsextremistischem Inhalt abgespielt. Es gab 81 Festnahmen sowie Verletzte unter Polizisten und Jugendlichen. (Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau; taz, 25. 8.)

Pirna
Eine Gruppe von indischen Asylbewerbern wurde am 5. 9. im Stadtzentrum von vier Jugendlichen aus Pirna angegriffen. Die alkoholisierten Jugendlichen verlangten Geld, prügelten mit Ledergürteln auf die Flüchtenden ein, riefen ausländerfeindliche Parolen und bewarfen die Inder mit Gegenständen. (Tagesspiegel; Frankfurter Rundschau; taz, 6. 9.)

Reichenbach
Zwei Asylbewerber sind bei einem Übergriff in der Nacht zum 20. 9. von zwei Jugendlichen ohne ersichtlichen Grund mit Flaschen geschlagen und schwer verletzt worden. (Berliner Zeitung, 22. 9.)

Radeburg
Am 20. 9. nachts erhielten sieben Jugendliche in einer Gastwirtschaft von einem türkischen Wirt Lokalverbot, weil sie andere Gäste störten. Ein Jugendlicher begann eine Schlägerei mit dem Wirt. Später versammelten sich 15 Gleichgesinnte vor dem Lokal, riefen ausländerfeindliche Parolen und warfen mit Flaschen. (Junge Welt, 24. 9.)

Hoyerswerda
Sechs Jahre nach den tagelangen Ausschreitungen gegen Vertragsarbeiter und Asylbewerber im September 1991, als rechte Jugendliche gemeinsam mit angereisten Neonazis die mosambikanischen und vietnamesischen Bewohner eines Arbeiterwohnheimes und ein Asylbewerberheim terrorisierten und die Anwohner tatenlos zuschauten,

gehört rechte Gewalt in der Stadt, in der nur noch ca. 200 Ausländer leben und in der es keine Asylbewerber mehr gibt, immer noch zum Alltag. Eine Frau, die mit ihrem türkischen Ehemann seit 1992 einen Imbiß und ein Spezialitätenrestaurant betreibt, berichtete dem »Tagesspiegel« von den 30 Angriffen, Brandsätzen oder zerbrochenen Fensterscheiben. Grölende Skinheads kommen immer wieder ins Restaurant und bedrohen Gäste und das Personal. Zwölf Angestellte beschäftigt das Ehepaar mittlerweile, doch »die Skins kommen immer noch in die Gaststätte und grölen ›Ihr Scheißausländer nehmt uns die Arbeitsplätze weg‹.« Von der Polizei erwartet das Ehepaar nichts mehr, in der Bevölkerung stoßen sie auf eine Mauer des Schweigens. Nach dem Verfassungsschutz gehört Hoyerswerda zwar zum »ostsächsischen Schwerpunktraum der rechten Skinheadszene«, doch sei die Stadt keine Hochburg mehr. Eine Ortsgruppe der rechtsextremen Berlin-Brandenburger Sammlungsorganisation »Die Nationalen« hätte sich laut Aussage des Landeskriminalamtes zwar gegründet. Eine im Internet von den »Nationalen« verbreitete Drohung unter der Überschrift »Hoyerswerda wieder national« und weitere Anschläge der »Kameraden« sei aber nicht ernst zu nehmen. Die Verantwortlichen sind überzeugt, mit zahlreichen Sozialprojekten die rechte Szene beruhigt zu haben, so daß sie keinen Ärger mehr mache. (Tagesspiegel, 23. 9.)

Leipzig
Seit Anfang Oktober standen zwei Jugendliche, die am 23. Oktober 1996 in angetrunkenem Zustand in einem Gemüseladen randaliert und einen syrischen Asylbewerber mit einem Messer erstochen hatten, vor dem Leipziger Landgericht. Die Staatsanwältin verwies Journalisten, die nach einem »fremdenfeindlichen Hintergrund« fragten, auf die weitere Verhandlung, betonte aber, man habe bei Vernehmungen und Wohnungsdurchsuchungen keine entsprechenden Anhaltspunkte gefunden. Beide Angeklagten seien bis zur Tat nicht als Rechtsradikale in Erscheinung getreten. (ND, 6. 10) (vgl. Bulletin, 1/97, Chronik, S. 20)

Neukirch
Unbekannte haben in der Nacht zum 4. 10. entlang der Bundesstraße 98 im Kreis Bautzen Plakate und Aufkleber der NPD und der Jungen Nationaldemokraten angebracht. (ND, 6. 10.)

Meerane/Zwickau
Bei einem Großeinsatz gegen Rechtsextremisten nahm die Polizei am 8. 10. sieben Personen fest. Ein umfangreiches Waffenarsenal sowie rechtes Propagandamaterial wurde sichergestellt. Bei den Waffen handelte es sich um eine Maschinenpistole, eine Kalaschnikow, zwei Pump-Gun, selbstgebastelte Sprengsätze, Munition, Schalldämpfer, Schwarzpulver und Waffenteile zur Herstellung von Automatikwaffen. Die Ermittlungen der Sonderkommission Rechtsextremismus wurden bundesweit ausgedehnt. (ND, 9. 10.; Leipziger Volkszeitung, 11. 10.)

Schneeberg
Im Jahresbericht der Wehrbeauftragten für 1996, vorgelegt im März 1997, heißt es: »Nach meiner Kenntnis gibt es in der Bundeswehr keine rechtsextremistische Entwicklung«.
Soldaten der Bundeswehr haben erneut ein Gewalt-Video mit rechtsextremistischen Szenen gedreht, an dessen Herstellung acht Bundeswehrangehörige, darunter zwei Offiziere des Gebirgsjägerbataillon 571 im sächsischen Schneeberg, in dem seit Februar 1997 Soldaten auf Auslandseinsätze vorbereitet werden, beteiligt waren. Am 23. 10 präsentierte der Fernsehsender SAT 1 Ausschnitte aus dem Video. Es handelt sich um acht Stunden Videomaterial, hauptsächlich aus dem Jahre 1994, in dem die Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten geleugnet wird, sowie Gewaltanwendungen gezeigt werden, z. B. wird in einer Szene ‚«Neonazis schlagen Punker tot«, einem Linken eine Pistole an den Kopf gehalten, er wird als »linke Zecke« beschimpft. Außerdem enthalte das Video eine »Ofenszene«, die die Verbrennung von Leichen zeigen soll. Weiter wird in dem Video Häuserkampf in Bosnien gespielt, mit einem Begleittext, der die Tötung aller Serben als Zielstellung formuliert. Untermalt ist das Ganze mit Musik rechtsradikaler Bands. Bereits im Juli 1997 hatte ein Video, das von Soldaten aus demselben Bataillon in Hammelburg gefilmt worden war, und das Vergewaltigungsszenen und Hinrichtungsszenen zeigt, für Schlagzeilen gesorgt. Das die Videoaufnahmen erst nach Jahren an die Öffentlichkeit kamen, erhärtet den Verdacht »falscher Kameraderie«. (ND, 24. 10.; ND, 25./26. 10.; Tagesspiegel, 25. 10.)
Bundesverteidigungsminister Rühe bezeichnete den Vorfall als ein Produkt »rechtsradikal Verwirrter« und als »Einzelfall« und sieht keine ansteigende rechtsextreme Tendenz in der Bundeswehr. (FAZ, 31. 10)
In einer Recherche des ND wurde aufgezeigt, daß die mehrfach mit rechtsextremistischen Aktivitäten aufgefallene Truppe betreut wird von dem »Kameradenkreis e. V.«, in dem Mitglieder des völkisch-reaktionären Kameradenkreises der Gebirgstruppe e. V., d. h. aus Bayern stammende Vorgesetzte und Offiziere, Einfluß haben. Ihm gehören rund 10 000 Wehrmachts- und SS-Veteranen sowie Bundeswehrsoldaten und -reservisten an. (ND, 28. 10.)

Freiberg
Am 1. 11. demonstrierten etwa 1000 Jugendliche, begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot, friedlich gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus, sowie dessen Verharmlosung. Die Anzahl rechter Angriffe, vor allem gegen nichtdeutsche Studenten der Freiberger Universität aber auch gegen Treffpunkte linker Jugendlicher habe in den letzten Monaten stark zugenommen. Zu den befürchteten Zusammenstößen zwischen rechten und linken Jugendlichen kam es nicht. 31 Jugendliche wurden festgenommen. (Frankfurter Rundschau; Junge Welt; ND, 3. 11.)

Hainewalde
Zwei 12 und 14 Jahre alte Jungen, die aus einem Heim für schwererziehbare Kinder ausgerissen waren, hatten am 1. 11. einen Kindergarten verwüstet. Sie beschmierten Wände und Fußböden mit Hakenkreuzen und legten Feuer. Einen Tag zuvor hatten sie bereits mit zwei weiteren Heimkindern eine Laube in Brand gesetzt. (Frankfurter Rundschau, 3. 11.)

Leipzig
Am 5. 11. wurde eine 16jährige Jugendliche in der Straßenbahn von sechs Jugendlichen, die rechtsgerichtete Parolen riefen, angegriffen, geschlagen und schwer mißhandelt. (Junge Welt, 7. 11.)

Aus einer Dokumentation des sächsischen LKA geht hervor, daß das Land seit 1991 einen kontinuierlichen Anstieg rechtsextremer Delikte zu verzeichnen hat, 1996 insgesamt 993, davon 111 Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation. Bei den Propagandadelikten gab es einen Anstieg um 50 Prozent. Bei den Tätern rechtsextremer Straftaten ist auffällig, daß es sich nur zu einem geringen Prozentsatz um arbeitslose Jugendliche handelte, 84 Prozent aller Tatverdächtigen dagegen zur Tatzeit in einem Schul-, Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis standen. Der Analyse ist weiter zu entnehmen, daß Gewalttaten zunehmend durch Jugendliche aus der Gruppe heraus begangen werden, meist unter Alkoholeinfluß in Gaststätten oder Discotheken. Fast 90 Prozent der 920 ermittelten Täter lebten in Sachsen und begingen die Straftaten an ihrem Wohnort oder im Umkreis. (Dokumentation: Rechtsorientierte/fremdenfeindliche Straftaten in Sachsen 1996; FAZ, 13. 11.)

Die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) entwickelte sich in Sachsen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes immer mehr zu einer ernstzunehmenden Kraft. Sie hatte in Sachsen 1997 einen Zuwachs von 500 vor allem jungen Mitgliedern zu verzeichnen und hat gegenwärtig 800 Mitglieder in den 17 aktiven Freistaat-Kreisverbänden. Auffallend sei der hohe Anteil junger Leute in der Partei. Es wird vermutet, daß mehr als 50 Prozent der Mitglieder unter 30 Jahre alt sind. Den stärksten Mitgliederzulauf verzeichnet die NPD in Gebieten, wo in der jüngsten Zeit vermehrt rechtsextreme Gewalttaten begangen wurden, so in Görlitz, Zittau und Weißwasser. Es sei nicht auszuschließen, daß die Partei bei der Landtagswahl im Herbst 1999 in den sächsichen Landtag einzieht. (Die Welt, 4. 12.; taz, 5. 12.)

Zwickau
Nahezu 80 Jugendliche, die als Fans zu einem Fußballspiel angereist waren, hatten am 7. 12. nach Angaben von Anwohnern Ausländer vor sich hergestoßen und geschlagen und sie schließlich mit Gewalt vertrieben. Die alarmierte Polizei konnte 40 Jugendliche vorläufig festnehmen. (Frankfurter Rundschau, 8. 12.)

Waldenburg
Der Bürgermeister der Kleinstadt im Kreis Chemnitzer Land hatte in einem öffentlichen Informationsverteiler des Rathauses ein Faltblatt der »Schutzgemeinschaft für das Deutsche Volk« ausgelegt. Die Schrift befaßt sich unter dem Titel »Weniger wäre mehr« mit der »Überfremdung« der Bundesrepublik. Der Vorfall sorgte für Aufsehen, denn die »Schutzgemeinschaft« wird vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft. Der CDU-Bürgermeister bekannte sich zu der Schrift, er sei jedoch weder rechtsradikal noch ausländerfeindlich. Nach einer Strafanzeige laufen die Ermittlungen bereits seit November. (Junge Welt, 13. 12.; Frankfurter Rundschau, 16. 12.)

Dresden
Die Ausstellung über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht soll vom 20. Januar bis 1. März 1998 in der Stadt gezeigt werden. Über das »Nationale Infotelefon Deutschlandsturm« aus Thüringen wurde für Aktionen gegen die Ausstellung geworben. Hinter den geplanten Aktionen steht die NPD. (Sächsische Zeitung, 17. 12.)

In der aktuellen Studie des Leipziger Instituts für Marktforschung »Jugend 97 in Sachsen« ordnen sich von 1000 befragten Jugendlichen in der Altersgruppe 13 bis 30 Jahren 13 Prozent (1995: 9 Prozent) rechts und 22 Prozent (1995: 21 Prozent) links ein. (Sächsische Zeitung, 17. 12.)

Roda/Grimma
In der Nacht zum 21. 12. beobachtete die Polizei in Sachsen »Sonnenwendfeiern« der NPD. In Roda hatten sich etwa 80 Personen versammelt. Auf einem Privatgrundstück bei Lastau nahe Grimma waren es rund 100. Die Polizei griff nicht ein, weil es keine besonderen Vorkommnisse gegeben habe. (Frankfurter Rundschau; ND, 22. 12.)

Niesky
Rechte Jugendliche warfen am 31. 12. Feuerwerkskörper in eine türkische Gaststätte und riefen ausländerfeindliche Parolen. (ND, 2. 1. 98)

Thüringen

Altenburg
Gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« (26. 2.) berichtete der Thüringer Innenminister Richard Dewes, daß in Altenburg sogenannte »Todeslisten« kursierten, auf denen eine dem Verfassungsschutz bisher nicht bekannte Organisation namens »Blut und Ehre« Namen von Personen für Mordanschläge verzeichnet hat. Allgemein wird zu Anschlägen auf »Autonome« in Altenburg aufgerufen. Ferner sind die Namen von sieben lokalen Persönlichkeiten, darunter der des Bürgermeisters (CDU), aufgeführt.
Dewes zufolge gibt es besonders im Südosten Thüringens eine sehr gut organisierte rechtsextreme Szene mit stark politisierten Aktivisten. Die Szene ist technisch sehr gut ausgestattet; auch die Jüngeren verfügen in der Regel über Handys. Offenbar bemühe man sich auch, die Szenevertreter im Bauen von Bomben auszubilden.
Auch die »Thüringer Allgemeine Zeitung« sowie die »Leipziger Volkszeitung« berichteten am 26. 2. über das rechtsextremistische Flugblatt mit dem Aufruf zu Mordanschlägen.

Weimar
Auf einem Treffen der kommunalen Ausländerbeauftragten Thüringens wurde konstatiert, daß Thüringer Behörden Eheschließungen zwischen Deutschen und Angehörigen anderer Nationen oft massiv behindern. Oftmals ließen Standesämter unzulässige Fragebögen ausfüllen, in denen die nicht-deutschen Partner Fragen zu ihrer Zeugungsfähigkeit, ihrer geistigen Verfassung und eventuellen epileptischen Anfällen beantworten sollten. Diese Praktiken

sind aber nicht nur völlig unnötig, sondern auch gesetzwidrig. (Thüringer Allgemeine, 20. 2.)

Am 10. 3. wird der »Tagesspiegel« einen längeren Artikel über die »Netzwerke der Rechten« drucken, der unter anderem über die Vereinigung »Blood & Honour«, zu deutsch: »Blut und Ehre« informiert. 1980 wurde sie vom Sänger einer rechtsextremistischen Skinhead-Band in Großbritannien gegründet und zählt dort inzwischen 3000 Anhänger. Enge Kontakte nach Deutschland wurden 1991 durch die inzwischen verbotene »Deutsche Alternative« geknüpft und eine Sektion »Blood & Honour-Division Deutschland« gegründet, die sich vor allem durch die Organisation rechtsextremistischer Musikkonzerte hervortut. 1991 wurde im Vorfeld eines solchen Konzerts ein linker Jugendlicher durch Messerstiche und Stiefeltritte schwer verletzt. Massiv unterstützt wurde von »Blood & Honour« auch der Kontaktausbau deutscher Rechtsradikaler – bis zu ihrem Verbot vor allem über die »Deutsche Alternative« – zum schwedischen »Vita Ariska Motstandet« (VAM) zu deutsch: »Weißer Arischer Widerstand«. Diese Organisation ist jüngst im Zusammenhang mit den Mordanschlägen des Rechtsradikalen Kai Diesner auf einen Buchhändler in Berlin-Marzahn und einen Polizisten auf einer norddeutschen Autobahnraststätte in die Schlagzeilen geraten.

Erfurt
In der Nacht vom 14. zum 15. 3. überfiel eine Gruppe von etwa 20 rechten Jugendlichen ein alternatives Jugendzentrum. Zehn der Angreifer wurden von der Polizei festgenommen. (Junge Welt; taz, 17. 3.)

Gotha
Am 17. 3. löste die Gothaer Polizei ein Camp der rechten Szene auf. Auf einem Grundstück in einer Gartenanlage hatten Rechtsradikale ein kleines Militärlager eingerichtet und Luftdruckwaffen samt Munition, Schreckschußwaffen, eine Videokamera, Schutzmasken, Stahlhelme, Kampfanzüge, Spinde sowie eine Reichskriegsflagge verwahrt. Das Gelände glich einem militärischen Übungsplatz: Datsche und Wohnwagen waren mit Tarnnetzen verhangen, ein Abstellschuppen mit Tarnfarbe angestrichen; der Gartenzaun war mit Stacheldraht umsäumt, an der Pforte ein Schild »Lebensgefahr« angebracht. Drei junge Männer im Alter zwischen 21 und 23 Jahren wurden inzwischen festgenommen. Sie gehören der polizeibekannten rechten Szene der Umgebung an. Der Besitzer des Grundstücks hatte dem Treiben der Rechten Vorschub geleistet. (Thüringen-Journal, 18. 3.; mdr-Fernsehen, 18. 3.; Thüringer Allgemeine; Junge Welt; Süddeutsche Zeitung, 19. 3.)

Erfurt
Am 19. 3. hatte in den frühen Morgenstunden der PDS-Stadtvorstand mehrere rechtsextremistische Drohanrufe erhalten. Der anonyme Anrufer drohte unter anderem mit Brandanschlägen. Im Augenblick ist unklar, ob der Einbruch in die Erfurter PDS-Geschäftsstelle am Wochenende zuvor, politisch motiviert war. Sachwerte sind nicht entwendet worden. (Neues Deutschland, 20. 3.)

Rudolstadt
In der Nacht vom 24. zum 25. 3. überfielen etwa 12 rechte Jugendliche einen Asylbewerber aus Bangladesh, bedrohten ihn mit dem Messer, traktierten ihn mit Faustschlägen ins Gesicht und raubten ihn schließlich aus. Drei der Jugendlichen, darunter ein Mädchen, wurden inzwischen von der Polizei festgenommen. (Berliner Zeitung, 26. 3.)

Erfurt
In der Nacht zum 30. 3. überfielen zehn mit Knüppeln bewaffnete rechte Jugendliche ein Jugendzentrum und bewarfen es mit Steinen. (Frankfurter Rundschau, 1. 4.)

Erfurt
In der Nacht zum 1. 4. griffen auf dem Erfurter Hauptbahnhof drei betrunkene Männer im Alter zwischen 19 und 27 Jahren einen Afrikaner aus Togo an. Sie schlugen ihn und traten auf ihn ein, bis ihr 32jähriges Opfer an Kopf und Brust Verletzungen erlitt. Die Polizei nahm die Angreifer vorübergehend fest. (Frankfurter Rundschau, 2. 4.)

Erfurt
Vor einem Döner-Imbiß stießen am 2. 4. sieben angetrunkene Jugendliche die Mülltonnen um. Danach kam es zum Streit und einer Prügelei, die erst die Polizei beenden konnte. (taz, 3. 4.)

Tautenheim
Bei Feiern anläßlich des Hitler-Geburtstages am 20. 4. randalierten etwa 30 rechte Jugendliche in einem Vereinshaus. (taz, 21. 4.)

Jena
Am 20. 4. nach einem Treffen anläßlich des Hitler-Geburtstages blockierten etwa 30 betrunkene Mitglieder einer Burschenschaft eine Straße, griffen eine Polizeistreife an und verletzten einen Polizisten. (taz, 21. 4.)

Schmalkalden
Am 26. 4. zettelten in einem Jugendklub etwa 20 rechte stark alkoholisierte Jugendliche mit Parolen »Heil Hitler« und »Sieg Heil« eine Massenschlägerei an. Neun bekannte Rechtsextremisten wurden festgenommen. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen wurden rechtsradikale Musikkassetten und Propagandamaterial beschlagnahmt. (ND, 28. 4.)

Gotha
Auf einem Friedhof wurden am 28.4. 60 Gräber, darunter 32 Ruhestätten ausländischer Kriegszwangsarbeiter geschändet. Die Gedenksteine wurden umgestoßen und Holzkreuze herausgerissen. Ein rechtsradikaler Hintergrund, auch Satanskult, kann nicht ausgeschlossen werden. (taz, 29. 4.)

Erfurt
Zwei Afrikaner aus Burkina Faso wurden in der Nacht zum 4. 5. vor dem Bahnhof von 3 betrunkenen jungen Männern mit Fäusten und Bierflaschen geschlagen. Einer der Opfer mußte im Krankenhaus behandelt werden. Später griffen die Schläger noch zwei weitere Jugendliche an. (ND, Frankfurter Rundschau, 6. 5.)

Ilmenau
In der Nach zum 4.5. griff eine Gruppe von 20 Jugendlichen die Gäste einer Geburtstagsfeier von 40 bis 50 Jugendlichen mit Steinen, Stöcken und Baseballschlägern an und verletzte zwei Jugendliche lebensgefährlich. Für die Polizei war ein politischer Hintergrund unklar. (Frankfurter Rundschau, 6.5.)

Gera
Etwa 20 Jugendliche aus der rechten und linken Szene lieferten sich am Abend des Himmelfahrttages eine Schlägerei. Die angetrunkenen Jugendlichen im Alter von 16 bis 21 Jahren mit »kürzeren und längeren Haaren« gerieten in der Innenstadt aneinander. Als die Polizei einschritt, gingen vor allem die der rechten Szene zuzuordnenden Jugendlichen gegen die Polizisten vor, drei Polizisten wurden verletzt. Bisher war keiner der Beteiligten »polizeilich in Erscheinung getreten, so daß man auch nicht von Rechtsradikalen sprechen kann«, sagte eine Polizeisprecherin. (ND, 10./11.5.; FAZ, 10.5.)

Altenburg
Am 8.5. demolierten rechte Jugendliche einen Probenraum der linken Jugendszene, der zuvor infolge Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen in der Stadt von der Polizei gestürmt worden war. Die von beiden Gruppen betriebenen Jugendcafes in der Stadt wurden in der Vergangenheit immer wieder wechselseitig »entglast«. In Antifa-Kreisen wurde beobachtet, daß sich die Rechten zunehmend als Wegelagerer betätigen. Sie lauern mit Autobesatzungen an Orten, an denen sie ihre Opfer vermuten. (E-mail-Nachricht 9.5.)

Erfurt
Am 10 5. demonstrierten etwa 400 Erfurter gegen rechte Gewalt und für ein ausländerfreundliches Klima in ihrer Stadt. Zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften, Antifaschisten und Jugendorganisationen sowie die Mehrheit des Erfurter Stadtrates aufgerufen. Der Beschluß zur Unterstützung des Demonstrationsaufrufs hatte zuvor einen heftigen Rechtsstreit zwischen dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister ausgelöst, weil laut Rechtssprechung es den Gemeinden untersagt sei, »sich zu allgemeinpolitischen Fragen zu äußern«. Mit juristischen Spitzfindigkeiten wurde versucht, den Beschluß zur Demonstration zu beanstanden. (ND, 12.5.)

Neuhaus
Bei einer vom Landratsamt Sonneberg genehmigten Demonstration am 10.5. trafen sich 250 Rechtsextreme auf dem Marktplatz zu einem »Aufmarsch des nationalen Widerstands« anläßlich des Todestages eines 1995 erstochenen Skinheads aus Sonneberg. Ein Teil der Demonstranten war aus Bayern angereist, darunter auch Funktionäre der NPD. Das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole führte zu keinen Festnahmen. (taz, ND; JW, 12.5.)

Die Zahl rechtsextremer Straftaten in Thüringen nimmt laut Verfassungsschutzbericht, der am 19.5. vorgestellt wurde, zu. 1996 gab es mehr fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten, insgesamt 152, über 900 politische Straftaten wurden von Rechtsextremisten begangen, von denen es im Freistaat 1000 organisierte und 600 nichtorganisierte gibt. Als gut organisiert gilt die Skinheadszene, die mit Konzerten und Magazinen für Aufmerksamkeit sorgt. Es wird zunehmende Gewalt bei Jugendlichen, die sich selbst als rechts oder links einordnen, registriert. Die Auseinandersetzungen zwischen ihnen konzentrieren sich auf den Raum Saalfeld-Rudolstadt. (Thüringer Landeszeitung; Frankfurter Rundschau, 20.5.)

Erfurt
Auf einer Kundgebung von Feuerwehrleuten am 22.5. gegen eine Reduzierung der Finanzzuschüsse des Freistaates Thüringen sprach sich der CDU-Landtagsabgeordnete Fiedler heftig gegen die Mittelkürzungen aus. »Es könne nicht sein, daß vom Land 170 Millionen Mark für Ausländer und Asylanten ausgegeben und gleichzeitig bei der Feuerwehr die Gelder gekürzt werden«, sagte er. Für diesen »Brandsatz« erhielt er den meisten Beifall bei den ca. 1500 Feuerwehrleuten.
(E-mail-Nachricht, 22.5.; ND, 3.6.)

Jena
In der Stadt fand vom 22.5. bis 25.5. der »Burschen und Altherrentag 1997« statt, die Vollversammlung der Deutschen Burschenschaft (DB), dem Dachverband für etwa 120 studentische Verbindungen mit 20000 Mitgliedern und Sammelbecken deutscher und österreichischer Rechter. Obwohl während der Veranstaltungen Aufmärsche in der Stadt verboten waren, marschierten 600 Burschenschafter mit Fahnen, Fackeln, gezogenen Degen und vollem Wichs nachts zum Burschenschaftsdenkmal, begleitet von großem Polizeiaufgebot. Trotz der fast konspirativen Vorbereitung der Aktion protestierten etwa 80 Jugendliche aus Jena und Weimar gegen den Marsch. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, 18 von ihnen wurden in Gewahrsam genommen. Die Burschenschafter sangen am Denkmal alle Strophen des Deutschlandliedes und beendeten ihren Aufmarsch mit »Heil Deutschland-Rufen«. (Frankfurter Rundschau, 5.6.; Der Spiegel, Nr. 24, 9.6.)

Triptis
Am 7.6. randalierten an der Raststätte der A9 rechte Jugendliche, die aus Gotha, Weimar, Jena und Gera unterwegs zu einem Rockkonzert nach Budapest waren. Sie griffen vier Türken an und verletzten sie mit Schlägen und Fußtritten. Vor der Raststätte zerschlugen sie Flaschen und Gläser und beschädigten zwei Autos. Die Polizei verhinderte die Weiterfahrt des Busses und nahm neun Tatverdächtige fest. (ND; Thüringer Landeszeitung; 9.6.; Frankfurter Rundschau, 5.6.)

Erfurt
Das Thüringer Innenministerium informierte am 10.6. auf eine Anfrage der PDS-Fraktion darüber, daß gegen Thüringer Skinhead-Bands mehrere Strafverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet wurden. Es seien in den vergangenen Jahren acht neonazistische Bands aus Thüringen, wie »Oithanasie«, »Reichsfront« und »Legion Ost« in Erscheinung getreten. (Thüringer Landeszeitung, 11.6.)

Magdala
Am 13.6. zerstörten etwa 18 rechtsradikale Jugendliche Haus und Hof einer WG in dem Dorf in der Nähe von Weimar. Den Hof hatten vier junge Männer aus Weimar mit ihren Angehörigen gemietet und ausgebaut und seit ihrem Einzug im Mai waren »die linken Zecken« mehrfach Drohungen und Angriffen von rechten Jugendlichen ausgesetzt. Vor dem Angriff am 13.6. gab es einen anonymen Brief. Die geplante Polizeiaktion zum Schutz der Jugendlichen kam eine halbe Stunde zu spät. Ein der Polizei bekannter Rädelsführer stürmte mit Sympathisanten aus der Gegend mit Baseballschlägern den Hof. Es sollte ein Vernichtungsschlag werden. Sie zerschlugen die Fensterscheiben, zerstörten ein Auto und verletzten drei Jugendliche.
Zwei Verdächtige, von denen die Polizei auch weitere Namen erfuhr, wurden festgenommen. Die Straftat wird als versuchter Mord gewertet. Die Polizei, die die Gegend um das Dorf Magdala verstärkt kontrollieren will, um einen weiteren Überfall auf die WG zu verhindern, machte keinen Hehl daraus: eine Art stiller Akzeptanz der Aktion bestand zumindest unter gewissen Teilen der Dorfbewohner. Die vier aus der WG wollten nicht länger wohnen bleiben und räumten den Hof. (Thüringer Landeszeitung, 18.6.)

Nordhausen
Bei einem Stadtfest wurde in der Nacht zum 15.6. eine Gruppe junger Übersiedler von etwa 20 Jugendlichen mit Messern, Biergläsern und Fußtritten angegriffen. Fünf Übersiedler erlitten Verletzungen, einer mußte wegen einer Stichverletzung in der Brust zur Notoperation ins Krankenhaus. Die Polizei ermittelte drei Tatverdächtige und ging von einem rechtsradikalen Hintergrund aus. (Frankfurter Rundschau, 17.6.)

Dingelstädt
40 Jugendliche randalierten in der Nacht zum 15.6. in dem Ort im Eichsfeldkreis. Sie griffen Passanten an, zerschlugen Dachziegel und Fensterscheiben und grölten nationalsozialistische Lieder und Parolen. Dabei wurden fünf Personen verletzt. Die Polizei stellte Kleidungsstücke mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, zwei Reichskriegsflaggen, verschiedene gefährliche Gegenstände und umfangreiches Propagandamaterial sicher. (Frankfurter Rundschau, 17.6.)

Jena
Der Jenaer Stadtjugendpfarrer wurde in der Nacht zum 8.7. von drei Jugendlichen angegriffen und schwer verletzt. Dem tätlichen Angriff war ein Streit zwischen Mitgliedern der Jungen Gemeinde und den drei Jugendlichen vorangegangen, bei dem die Anwesenden mit Worten wie »Auschwitz« und »Vergasen« beschimpft wurden. Die Polizei ermittelte wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung, die Beschuldigten bestritten jegliche rechtsextreme Äußerungen. Ihre mögliche Mitgliedschaft in vier Jenaer Burschenschaften wird noch überprüft. (Thüringer Allgemeine, 15.7.; epd, 17.7.)

Gehlberg
Die Einwohner der Gemeinde im Thüringer Wald wehrten sich gegen die Aufnahme von 48 Asylbewerbern in ihrem Ort und setzten sich für das Bleiben von 80 Aussiedlern ein, weil sie mit der Anwesenheit von Asylbewerbern Nachteile für den Fremdenverkehr befürchteten. Eine Bürgerinitiative protestierte mit 550 Unterschriften. Nach Ansicht der Unterzeichner könne es durch mögliche rechtsradikale Übergriffe gegen die Ausländer zu einem »nicht wiedergutzumachenden Imageschaden« kommen. (Thüringer Allgemeine, 9.7.; taz; Berliner Zeitung, 10.7.)
In einem ganzseitigen Report geht die »taz« den Sorgen und Ängsten der Einwohner des Ortes nach. Es ist die Angst, daß Neonazis von außerhalb anreisen und ein Anschlag oder Angriffe auf die Asylbewerber Gehlbergs Ruf ruinieren könnten. »Die Angst vor den Neonazis, die ist doch wirklich berechtigt«, sagten sie. Daß das Dorf sich gegen mutmaßliche Straftaten wehren könne, glaubten die Einwohner nicht. Ende Juli sind die 80 Aussiedler aus der ehemaligen UdSSR, die bisher in der früheren Feriensiedlung untergebracht waren, ausgezogen und die ersten Asylbewerber eingezogen. (taz, 30.7.)

Altenburg
Nach einem Bericht einer örtlichen Zeitung, der »Osterländer Volkszeitung« vom 19.7., hatten Skinheads in den vergangenen Wochen mehrfach ausländische Musiker überfallen, die an der Internationalen Musikakademie teilnahmen, die seit sieben Jahren jeden Sommer in Altenburg abgehalten wird. Nahezu täglich seien die Musiker von Skinheads angepöbelt worden, vor allem spätabends nach den Konzerten oder nach dem Ende der Proben. Dabei kam es fast immer zu Zwischenfällen. So hetzten sie am 12.7. eine Gruppe Musiker anderthalb Kilometer von einer Gaststätte bis zu ihren Unterkünften. Die Stadtverwaltung zeigte sich von den Schilderungen der Zeitung überrascht. »Es waren keine Skinheads«, sagte der Sprecher der Stadt. »Das war der Frust von dummen Jungen«, die sich abreagiert hätten. Die Täter seien »fast noch Kinder«, und was sich zugetragen habe, sei der »allgemeinen Situation in den neuen Ländern zu schulden«. Außerdem gebe es doch mittlerweile in jeder deutschen Stadt eine rechte und eine linke Szene.
Die Festival-Organisation erhob den Vorwurf, daß Polizei und Stadtverwaltung die Vorfälle abgewiegelt hatten. Die Stadt fürchtete wegen der Überfälle um ihren Ruf und ein vorzeitiges Ende der Sommerakademie. Es wurden Absprachen mit der Polizei getroffen, um künftig die Sicherheit der Musiker zu gewährleisten. (Thüringer Landeszeitung, 21.7.; Frankfurter Rundschau, 22.7.)

Suhl
Im Zentrum der Stadt zwischen den Geschäften treffen sich seit vielen Jahren die »Bunten«, die Punks. Mit ihrem schlechten Image, ihrem auffälligen Aussehen und ihren Hunden verschrecken sie die Einwohner, fürchten die Geschäftsleute. Selbst wenn die Jugendlichen nur friedlich ihr Bier trinken, allein durch ihre Präsenz stören sie. Sie sind unerwünscht, entsprechen nicht den traditionellen Vorstellungen von Ordnung, Fleiß, Sauberkeit und Anpassung. Nicht nur in den Straßen der Stadt, auch in den 17 Suhler Jugendklubs finden sie nachmittags keinen Einlaß. Angesichts dieser Tatsache bleibt die Frage nach einer Treffpunktalternative bestehen, zumal das Jugendamt den

klaren Vorstellungen der auf der Straße lebenden Punks nach einer Räumlichkeit auch mit Übernachtungsmöglichkeit ablehnend gegenübergetreten war. (Freies Wort, 2. 8.)

Weimar
Der Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, äußerte sich bestürzt über ein Urteil des Leipziger Amtsgerichts, daß am 6. 8. vier Jugendliche vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen hatte. Die Jugendlichen hatten 1995 in das Gästebuch der Gedenkstätte ein Zitat von Rudolf Heß eingetragen und mit ihren Namen unterschrieben. Nach Aussage des Leiters hätten Einträge von Rechtsextremen in das Gästebuch von Buchenwald drastisch zugenommen. Zunächst waren es nur Hakenkreuzschmierereien, gegenwärtig füllen die rechtsradikalen Eintragungen ganze Seiten. (Frankfurter Rundschau, 8. 8.; taz, 9. 8.))

Erfurt/Weimar
Bei der bundesweiten Razzia gegen Anbieter von rechtsextremistischer Musik wurden am 6. 8. auch eine Wohnung und mehrere Geschäftsräume in den beiden Städten durchsucht. Es wurden kistenweise Tonträger und Bekleidung mit Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen bei einem Erfurter Militaria-Händler sichergestellt. (Thüringer Allgemeine, 7. 8.)

Saalfeld
In einer Presseerklärung eines überparteilichen Gremiums, dem Vertreter der Gewerkschaften, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen sowie Anhänger der Antifa und verschiedener anderer Initiativen angehören, wurde die Stadt als eine Hochburg rechter Aktivitäten mit der Tendenz zur Bildung fester Strukturen charakterisiert. In der Stadt kommt es jährlich zu Zusammenrottungen von Rechtsextremisten. Im Herbst 1996 hatten rechte Jugendliche ein Fabrikgebäude besetzt, dessen Räumung in der Stadt zu einer Kampagne für ein »Nationales Jugendzentrum« führte. (vgl. Bulletin Nr. 1, 1997, S. 22) Saalfeld ist kein Einzelfall, auch in Nordhausen, Sonneberg, Ilmenau oder Gotha kommt es ebenso oft zu rechtsextremen Aktivitäten und Straftaten. Thüringen liegt mit 35 rechtsextremen Straftaten je 100 000 Einwohnern bundesweit an der Spitze.
Das Gremium plant am 11. Oktober 1997 eine Demonstration in Saalfeld gegen rechte Gewalt. Die Aktion soll sich gegen »Duldung und Förderung rechter Strukturen durch Staat und Gesellschaft« richten. (ND, 13. 8.)

Saalfeld
Gegen den Sprecher des Aufruferkreises der geplanten Demonstration gegen rechte Gewalt, Angelo Lucifero von der Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus, wurden telefonisch mehrmals Morddrohungen ausgesprochen, wenn er an der Demonstration teilnehmen würde. Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Bodo Ramelow, erhielt Drohanrufe. (ND, 22. 8.)
Für den gleichen Tag wurde eine Gegendemonstration von Rechtsradikalen angemeldet. Unter deren Organisatoren tauchte auch der Name des mehrfach vorbestraften Gründers der Deutschen Nationalen Partei, des Weimarers Thomas Dienel auf. Der hatte erst im August 1996 in einem Verfahren versichert, sich von der rechtsradikalen Szene getrennt zu haben.
Der Aufruf zu einer landesweiten Demonstration gegen rechte Strukturen stieß bei der Stadtverwaltung wegen »Schädigung des Ansehens der Kommune« auf Kritik, eine Lokalzeitung bezeichnete die geplante Demonstration als »ferngesteuert und überflüssig«. Die Veranstalter hielten jedoch entgegen, daß eine etwa 80 Personen umfassende »Anti-Antifa« unter anderem aus dem Raum Saalfeld eng mit anderen neofaschistischen Organisationen zusammenarbeitet, informelle Gruppen unter einer straffen hierarchischen Führung aufbaut und erklärte Gegner ausspäht. (ND, 28. 8.)

Eichsfeld
In der Nacht zum 31. 8. verhinderte die Polizei einen Überfall auf einen Campingplatz. 25 rechte Jugendliche wurden festgenommen. Die Jugendlichen hatten sich um ein Lagerfeuer versammelt und angedroht, die Camper ähnlich wie in »Mecklenburg-Vorpommern« zusammenzuschlagen. Bei der Durchsuchung der Fahrzeuge wurden Propagandamaterial der rechten Szene und Messer gefunden. (Tagesspiegel; Berliner Zeitung; Die Welt, 1. 9.)

Gera
Rechte Jugendliche überfielen am 31. 8. einen linken Jugendtreff. Zehn Jugendliche wurden festgenommen. (Berliner Zeitung; Die Welt, 1. 9.)

Jena
Anfang September wurde auf dem Vorplatz des Theaterhauses ein Koffer mit Hakenkreuz deponiert, der eine Bombenatrappe mit echtem TNT-Sprengstoff enthielt. Die Täter wurden in der rechten Szene vermutet, über den Vorfall wurde erst zwei Wochen später informiert. (Thüringer Landeszeitung, 22. 9.)

Jena/Gera
Ein Konzert einer Neonazi-Rockgruppe, das als Geburtstagsfeier getarnt war und bereits in der Stadt Triptis verboten worden war, konnte von der Polizei am 6. 9. im Raum Jena/Gera verhindert werden. Mehr als 170 junge Leute aus ganz Ostdeutschland, die an dem Konzert teilnehmen wollten, wurden festgenommen. Einen Tag später verurteilte das Landgericht Jena 13 Rechtsradikale wegen Verwendung von NS-Symbolen zu Bewährungs- und Geldstrafen. Die Verurteilten hatten u. a. T-Shirts mit rechtsradikalen Aufdrucken, Ketten mit Runenzeichen und Koppelschlösser mit Hakenkreuzen getragen. (ND, 8. 9., 9. 9., Junge Welt; Frankfurter Rundschau; taz, 9. 9.)

Jena
In der Nacht zum 17. 9. wurde ein Polizist durch einen Bauchschuß verletzt. Der Schütze, in dessen Wohnung Waffen und Kriegsliteratur gefunden wurden, sei offenbar ein Waffennarr. Es gab Berichte, wonach er Angehöriger einer Wehrsportgruppe sei, die Staatsanwaltschaft vermutet jedoch keinen rechtsradikalen Hintergrund. (Thüringer Landeszeitung, 22. 9.)

Weimar
Ein 37 Jahre alter vietnamesischer Gemüsehändler wurde am 26.9. nach einem Streit um den Preis von Dosenbier von drei Jugendlichen niedergestochen. Der Vietnamese, der seit 20 Jahren in Deutschland lebt und mit seiner Frau einen kleinen Laden betreibt, hatte sich nach den Pöbeleien und Angriffen gegen die Jugendlichen, die die Bierdosen ohne Bezahlung mitnahmen, mit einer Eisenstange gewehrt, die Jugendlichen schlugen ihn schließlich damit, bevor ein 16jähriger ihn mit einem Messer in den Bauch stach. Vor Eintreffen der Polizei flüchteten sie. Der Vorfall auf der Straße wurde von zahlreichen Passanten beobachtet, die nicht einschritten. Nur vier stellten sich der Polizei als Zeugen zur Verfügung. Gegen die drei Jugendlichen, die als Rechtsextreme bekannt sind und sich bei ihrer Vernehmung auch so äußerten, wurde Haftbefehl erlassen. (Thüringer Landeszeitung, 27.9., 29.9., 30.9.; Tagesspiegel; taz, 30.9.))
Nach der brutalen Tat erfuhr die Familie des Vietnamesen viel spontanen Zuspruch. Die Ausländerbeauftragte organisierte eine Hilfsaktion, auch Kritik an zunächst ausgebliebener Reaktion der Stadt wurde laut. (Thüringer Landeszeitung, 7. 10, 11. 10)

Gotha
An die Mauern einer Kirche wurden von Unbekannten Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht. (Berliner Zeitung, 30.9.)

Saalfeld/Rudolstadt
Schon im August 1997 wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft »Antifa/Antirassismus«, unterstützt von Gewerkschaften, SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen für den 11. 10. in der Stadt zu einer »Demonstration gegen rechten Konsens und rechte Gewalt« aufgerufen. Saalfeld wird von den Veranstaltern als Hochburg der Rechtsextremen bezeichnet, mit 120 Personen vor Ort. Auch der Verfassungsschutz registrierte eine Zunahme rechtsextremer Aktivitäten in Ostthüringen, Saalfeld und Umgebung. Das rechtsextreme Potential wird für ganz Thüringen offiziell mit rund 1000 Personen angegeben, das Land liegt mit 35 Straftaten je 100000 Einwohner bundesweit an der Spitze. Die Veranstalter der Demonstration forderten Maßnahmen zum Eindämmen der rechtsradikalen Aktivitäten, auch die bisherigen Gegenstrategien von Sozialarbeit, Polizei und Justiz müßten überprüft werden.
Die Thüringer NPD meldete über eines ihrer nationalen Infotelefone zeitgleich eine Gegendemonstration als »Großkundgebung gegen Gewalt von links« an, die sie Ende September wieder zurückzog. Allerdings war der Verzicht nur für Saalfeld beschlossen worden, wie über das Infotelefon mitgeteilt wurde. (Thüringer Landeszeitung, 10.9.; Thüringer Allgemeine, 1. 10.; ND, 6. 10.)
Bereits ab Mitte September drängte der Stadtrat von Saalfeld darauf, die geplante Demonstration gegen rechte Gewalt zu verbieten, da die Veranstalter »Unwahrheiten über die Stadt verbreitet hätten. Auch in der Polizeidirektion wurde von »weitgehender Ruhe« in der Region gesprochen. Kurz vor dem 11. 10. wurden schließlich beide Demonstrationen in Saalfeld und in Rudolstadt verboten. Der Innenminister hatte erklärt, er werde »Thüringer Chaostage« nicht zulassen, und »Wir müssen aufpassen, daß Thüringen nicht zum Aufmarschgebiet rechter und linker Chaoten aus dem Westen wird.« (ND, 10. 10., Thüringer Allgemeine, 13. 10.)
Mit einem massiven Polizeiaufgebot von 2800 Polizisten und Kontrollen und Sperren auf den Zufahrten und Bahnhöfen in der Region Saalfeld/Rudolstadt wurden am 11. 10. die geplanten Aufmärsche verhindert. Etwa 500 Personen aus beiden Lagern wurden festgenommen, darunter auch viele unbeteiligte Jugendliche, und über 30 Stunden lang in der provisorischen »Gefangenensammelstelle« in Unterwellenborn festgehalten. Wegen der menschenunwürdigen, katastrophalen Zustände in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt, wegen Anpöbeleien und Mißhandlungen von Polizisten gegenüber linken Jugendlichen und wegen der von Betroffenen geschilderten bevorzugten Behandlung von Neonazis bei der Gefangennahme gab es in den Tagen danach Vorwürfe und Kritik am Vorgehen der Polizei, das möglicherweise ein gerichtliches Nachspiel haben könnte. Auch die Verbotsverfügung der Demonstration gegen rechte Gewalt soll in einem Hauptverfahren gerichtlich überprüft werden. (Thüringer Landeszeitung, 13. 10, 14. 10.; ND, 16. 10., 7. 11.)

Heilsberg
Bei der Großaktion der Polizei am 11. 10. im Raum Saalfeld/Rudolstadt wurde in einem Gasthof in Heilsberg, an dessen Wänden unter anderem Bilder von Nazi-Größen hingen, die bisher größte Menge an Waffen und Ausrüstungen aus der rechtsradikalen Szene in Thüringen, darunter Hieb- und Stichwaffen, Schreckschußpistolen, Reizgasbehälter, Gasmasken, Schutzhelme und komplette Funkausrüstungen sichergestellt. Die Polizei hatte den Gasthof, der offensichtlich seit längerer Zeit ein Treff von Rechtsradikalen war, gestürmt. 57 polizeibekannte Anhänger der rechten Szene aus ganz Deutschland, die sich bei dem Pächter und Gesinnungsgenossen einquartiert hatten, wurden festgenommen. Schon seit April 1997, so ein Dorfbewohner, würden »diese Typen« dreimal wöchentlich hier ihr Unwesen treiben; es sei höchste Zeit, daß »dem Spuk« ein Ende gemacht wurde. (Thüringer Landeszeitung, 13. 10.)
Zeitgleich mit dieser Aktion wurde von Polizisten auch ein abseits stehendes Haus, ein »Wohnprojekt« der linken Szene gewaltsam geöffnet und 40 Jugendliche festgenommen. Der Anwalt des Projektes ließ eine Beschwerde über rüdes Vorgehen der Beamten folgen. (Thüringer Allgemeine, 13. 10.)

Bad Frankenhausen
Seit Anfang November ermittelte die Staatsanwaltschaft Erfurt gegen vier ehemalige Soldaten aus Niedersachsen und Thüringen wegen rechtsradikaler Aktivitäten in der thüringischen Bundeswehr-Kaserne. Sie sollen im Mai 1997 in der Kyffhäuser-Kaserne den Hitler-Gruß gezeigt und gerufen haben. In der Kaserne wurden desöfteren auch rechtsextreme Lieder abgespielt und gesungen. Einer der Beschuldigten Soldaten war bereits mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt worden, er sei ein »rechtsextremer Krimineller«.
In insgesamt drei Verfahren laufen Ermittlungen gegen

Soldaten wegen einschlägiger Taten in Kasernen. So wurde im August 1997 bei einem 22jährigen in Bad Frankenhausen rechtsextremes Propagandamaterial, das er in der Kaserne verteilt hatte, in seinem Spind entdeckt. In einer Erfurter Kaserne hatte ein 21jähriger Soldat ein halbes Jahr lang immer wieder Dienstzimmer mit einem »Sieg Heil«-Ruf betreten, ein anderer hatte sich den Oberarm mit Runen der Waffen-SS tätowiert, bei einem wurde ein verbotenes Abzeichen des Ku-Klux-Klan entdeckt. (Thüringer Landeszeitung, 4. 11.,; ND, 5. 11., 6. 11.)

Gera
Ein 16jähriger wurde am 7. 11. in der Innenstadt von rechten Jugendlichen zusammengeschlagen. Er mußte mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. (Frankfurter Rundschau, 8. 11.)

Sonneberg
Ein Schüler hatte den Unterricht mit »Heil Hitler« beendet. Dieser Vorfall hatte für ihn keine Folgen. Er sollte für 14 Tage vom Unterricht ausgeschlossen werden. Auf eine Klage des Schülers wurde das Gericht aktiv und entschied am 21. 11., daß zum Schulausschluß ein ordentlicher Beschluß der Lehrerkonferenz der Schule nötig gewesen wäre. (Junge Welt, 22. 11.)

Saalfeld
Am ersten Runden Tisch gegen Gewalt, der als Reaktion auf die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen ins Leben gerufen wurde, trafen sich am 20. 11. Kommunalpolitiker und antifaschistische Jugendliche zum Gespräch. Es konnte keine Einigung erzielt werden, ob die geplante Demonstration am 11. 10. ein geeignetes Mittel gewesen sei, um auf die Probleme aufmerksam zu machen. Im Ergebnis hatte die Polizei bei dem Großeinsatz rechte und linke Gewalt in einen Topf geworfen. Der Pfarrer Walter Schelling wertete die Existenz einer rechten Szene in der Stadt als »bedrohlich«. Deshalb wäre es aus seiner Sicht gut gewesen, wenn die Saalfelder Bürger sich an der Demonstration beteiligt hätten. (ND, 22./23. 11.)

Gotha
Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden umfangreiches Propagandamaterial, unter anderem 32 CDs mit rechten Liedtexten gefunden. Zwei der Polizei bereits als Rechte bekannte Jugendliche wurden festgenommen. (Thüringer Landeszeitung; Junge Welt, 22. 11.)

Jena
In der Universität ist geplant, ein Bild des ehemaligen Nazi-Rektors der Universität, des Rassenkundlers Karl Astel, in die Ahnengalerie aufzunehmen. (ND, 10. 12.)

Eisenach
Die Gründungsveranstaltung der »Initiative für Deutschland«, einer rechten Sammlungsbewegung, die im Frühjahr 1998 zu einer Bundespartei vereint werden soll, sollte am 13. 12. in der Stadt tagen, wurde aber nach Hessen verlegt. Als in Eisenach bekannt wurde, daß es sich nicht, wie zunächst angekündigt, um eine FDP Veranstaltung mit Heiner Kappel handelt, wurde der Vertrag vom Geschäftsführer des Tagungshotels storniert. Ein Eisenacher Bündnis von Gewerkschaften, Kirchen, Bündnis90/Die Grünen und PDS hatte am gleichen Tag zu einer Demonstration gegen die rechten Umtriebe aufgerufen, die nur geringe Resonanz fand. (ND, 15. 12.)

Beuren
Eine als private Geburtstagsfeier deklarierte Veranstaltung der rechten Szene in einer Gaststätte wurde in der Nacht zum 21. 12. von der Polizei aufgelöst. Als die Band aus Kassel namens »Hauptkampflinie« ausländerfeindliche Lieder spielte, grölten die Teilnehmer, die aus dem gesamten Bundesgebiet gekommen waren, Hetzparolen und »Sieg Heil«. 187 Personen wurden festgenommen. Rund ein Drittel der Festgenommenen stammte aus Thüringen. (Berliner Zeitung; ND, 22. 12.)

Jena
Zwei Jugendliche wurden am 20. 12. festgenommen, weil sie den Hitlergruß gezeigt hatten. (ND, 22. 12.)

Sachsen-Anhalt

Am 24. 1. notierte die »Junge Welt« Fakten aus dem Bericht des Landesverfassungsschutzes. Demnach ist die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten wieder angestiegen. Erhöht haben sich besonders Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien. Schwerpunkt der rechtsextremen Szene seien die Regionen Harz, Naumburg und Wittenberg.

Wittenberg
Am 23. 1. wurde eine 36jähriger Deutscher wegen seiner dunklen Hautfarbe auf dem Wittenberger Bahnhof von sechs rechten Jugendlichen zunächst beschimpft und anschließend zusammengeschlagen. (Frankfurter Rundschau; Magdeburger Zeitung, 25. 1.)

Magdeburg
Am 24. 1. erlag ein Obdachloser den schweren Schädelverletzungen, die ihm am Tag zuvor von noch nicht ermittelten Tätern zugefügt worden waren. (taz, 25./26. 1.)

Magdeburg
Am 1. 2. wurde ein 13jähriger vor einem der Magdeburger McDonalds-Einrichtungen von drei rechten Jugendlichen überfallen, getreten und zusammengeschlagen. (Magdeburger Volksstimme, 3. 2.)

Stendal
Am 4. 2. überfielen vier rechte Jugendliche einen vietnamesischen Souvenirhändler, raubten ihn aus, schlugen ihn und fügten ihm eine Kopfverletzung bei. (Junge Welt, 7. 2.)

Halberstadt
In der Nacht vom 8. auf den 9. 2. wurde ein 18jähriger Aussiedler niedergestochen, der nur knapp dem Tod entkam. (Tagesspiegel, 13. 2.)

Magdeburg
In den frühen Morgenstunden des 9. 2. wurde an einer Straßenbahnendhaltestelle des Stadtviertels Olvenstedt der 17jährige Frank Böttcher von mehreren rechten Jugendlichen zusammengetreten und mit Messerstichen so schwer verletzt, daß er kurze Zeit später verstarb. Einige Stunden zuvor hatte der siebzehnjährige Punk in einer nahe der Straßenbahnhaltestelle gelegenen Klinik ambulant eine Verletzung behandeln lassen, die er sich zu Hause zugezogen hatte. Dem Personal hatte er erzählt, daß er auf dem Weg ins Krankenhaus von rechten Jugendlichen angepöbelt worden war.
Ein Passant hatte den Schwerverletzten gefunden und zurück ins Krankenhaus gebracht. (taz; Frankfurter Rundschau, 10. 2.)
Am Sonntagnachmittag demonstrierten daraufhin etwa 500 vorwiegend junge Menschen durch die Magdeburger Innenstadt gegen rechte Gewalt. (Berliner Zeitung; Neues Deutschland, 10. 2.) Am Tatort wurden von Anwohnern und Freunden Frank Böttchers Blumen und ein Bild des Ermordeten aufgestellt sowie Mahnwachen abgehalten. Blumen und Bild waren allerdings in der Nacht zum Montag von Unbekannten zerfetzt worden. (Frankfurter Rundschau, 11. 2.)
Die Plattenbausiedlung Olvenstedt ist nach Angaben der »Jungen Welt« eine Hochburg rechter Jugendlicher. In Magdeburg gibt es darüber hinaus zwei Jugendclubs, »Rampe« und »Brunnenhof«, in denen sich die rechte Szene etabliert hat. Bereits 1992 wurde ein Punker von rechten Jugendlichen zu Tode geprügelt. Am Himmelfahrtstag 1994 war es zu pogromartigen Hetzjagden auf afrikanische und vietnamesische Bürgerinnen und Bürger gekommen. Das aber sind nur die Höhepunkte der Aktivitäten, die Rechte in der Landeshauptstadt und ihrer Umgebung seit Jahren kontinuierlich entwickeln: in Jugendclubs werden immer wieder Rekrutierungsversuche durch rechtsextremistische Kader unternommen, werden rechte Rock-Konzerte in der Umgebung zu Formierungszwecken organisiert. Unter Berufung auf den PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner sprach die »Frankfurter Rundschau« (11. 2.) davon, daß 91 Prozent aller extremistischen Straftaten in Sachsen-Anhalt aus dem rechten Spektrum kommen.
In einem längeren Beitrag über die Situation in Magdeburg zitierte die »Frankfurter Rundschau« am 24. 2. eine ältere Einwohnerin des Plattenbauviertels Olvenstedt sinngemäß: »Wer aussähe wie der bunte Frank Böttcher mit seiner Irokesenfrisur, habe sich sein Schicksal selbst zuzuschreiben.« Der Beitrag befürchtet, daß nicht wenige erwachsene Bewohner von Olvenstedt diese Auffassung teilen: »Man ist sich einfach in vielem mit den Schlägern einig, wenn auch ›nicht ganz‹ in der Methode.«
Bereits einige Tage zuvor, am 21. 2., schrieb die »Süddeutsche Zeitung« im Hinblick auf eine in Magdeburg geplante Demonstration gegen rechte Gewalt, von einer »Chance«, einen Eindruck zu widerlegen, der durch nicht selten allzu verhaltenen Widerspruch gegen rechte Übergriffe in den neuen Bundesländern entstanden ist: »Geringe Anteilnahme und manchmal sogar offen geäußerte Sympathie haben zu dem Eindruck geführt, viele Ostdeutsche würden die rechtsextremen Gewalttaten gar nicht ablehnen.«

Am 13. 2. berichtet der »Tagesspiegel« über das Netz rechtsextremistischer Organisationen und Verbände in Sachsen-Anhalt. Regionale Schwerpunkte der Aktivitäten sind Wittenberg (»Kameradschaft Elbe-Ost«), Naumburg und der Harz (»Harzfront« unter der Ägide Steffen Hupkas, des Herausgebers der rechtsextremistischen Zeitschrift »Der Umbruch«). Die meisten dieser Organisationen stehen in engem Kontakt mit überregionalen rechten Verbänden (Junge Nationaldemokraten) und regionalen rechten Vereinen (»Die Nationalen e. V. in Berlin und Brandenburg).

Stendal
In der Nacht vom 12. auf den 13. 2. nahm die Polizei neun rechte Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren fest, nachdem sie lautstark rechtsextremistische Parolen und »Sieg Heil«-Rufe gegrölt hatten. (Neues Deutschland; Magdeburger Volksstimme, 14. 2.)
Eine für den 16. 2. in Magdeburg geplante Demonstration der rechtsextremistischen Organisationen »Anti-Antifa« und »Freiheitlicher Volksblock« (Nachfolgeorganisation der verbotenen »Heimattreuen Vereinigung Deutschlands«) wurde von der Polizei am Freitagabend zuvor verboten. (Berliner Zeitung, 15./16. 2.)

Magdeburg
Am 17. 2. notierte der »Tagesspiegel«, daß eine für den 22. 2. in Magdeburg geplante Demonstration der rechtsextremistischen »Anti-Antifa« sowie dem sogenannten »Freiheitlichen Volksblock« von der Polizei verboten wurde.

Magdeburg
Am 1. 3. überfielen 10 bis 12 rechte Jugendliche, die mit vier PKWs unterwegs waren, ohne ersichtlichen Grund einen in seinem PKW sitzenden jungen Mann. (Magdeburger Volksstimme, 3. 3.)

Halberstadt
Die Halberstädter Polizei ermittelte sechs rechte Jugendliche im Alter zwischen 17 und 23 Jahren, die am Wochenende vom 1. auf den 2. 3. in Blankenburg zwei irakische Asylbewerber überfallen hatten. (Uckermärkische Rundschau, 7. 2.)

Köckern
Am 2. 3. randalierte eine Gruppe rechter Männer aus Brandenburg und Thüringen unter Grölen nationalsozialistischer Parolen in der Autobahnraststätte der A9. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen mit einem Mitarbeiter der Raststätte. (Magdeburger Volksstimme, 4. 3.)

Magdeburg
In der Nacht vom 6. zum 7. 3. überfielen 8 rechte Jugendliche das alternative Wohnprojekt U8 im Stadtteil Stadtfeld. Sie schlugen Fensterscheiben ein, demolierten Fahrräder und Mopeds. Anschließend schlugen sie ein paar Straßen weiter mit Knüppeln und Latten auf einen jugendlichen Bewohner des alternativen Projekts ein. (Junge Welt, 14. 3.)

Klötze
Im dem altmärkischen Ort überfielen in der Nacht zum 19.4. vier 18- bis 24jährige, der Polizei »einschlägig bekannte« Jugendliche eine Gruppe, zu der auch drei Wolgadeutsche gehörten. Die Aussiedler wurden beschimpft und geschlagen. (JW, 21.4.)

Sachsen-Anhalts Verfassungsschutzchef Wolfgang Heidelberg äußerte in einem Gespräch mit der »Tageszeitung« vom 19.4. nach dem Mord an zwei Mitgliedern der »Kameradschaft Wittenberg« in Berlin: »Wir beobachten die seit 1991 unter wechselnden Namen bestehende »Kameradschaft Wittenberg«, zuvor »Kameradschaft Elbe-Ost« als einen rechtsextremistischen Schwerpunkt in Sachsen-Anhalt. Zur Zeit gehören ihr etwa 80 Anhänger an. Im letzten Jahr hat die Organisation rund 30 Sympathisanten hinzugewonnen ... Gewalttaten finden in diesem Bereich regelmäßig statt.« (taz, 19.4.)

Lochau
Am 20.4. überfielen sieben rechte Jugendliche einen 19jährigen Italiener. Sie zerrten ihn in eine Bushaltestelle. Sie fügten ihm mit einer Rasierklinge zahlreiche Schnitte in Hals und Gesicht zu. Anschließend beschimpften sie ihn als »Mafiosi« und drohten ihm mit dem Tod, falls er Deutschland nicht verlasse. Schließlich raubten sie ihm Geld. Die Jugendlichen waren mit grünen Bomberjacken und Uniformhosen bekleidet. Einer trug ein Hakenkreuz als Ohrring. (Frankfurter Rundschau, 21.4.; JW 22.4.)

Gleina
Am 4.5. überfielen 40 bis 50 rechtsradikale Jugendliche aus dem Raum Naumburg eine Diskothek. Sie schlugen mit Ketten wahllos auf die Besucher ein und verletzten einen Jugendlichen. (ND, 5.5.)

Halle
Sechs Jugendliche bedrohten am 8.5. die Mitglieder eines slowakischen Kinderchores. Einen ausländerfeindlichen Hintergrund schloß die Polizei aus, der Übergriff sei »dem sehr starken Alkoholisierungsgrad der Jugendlichen geschuldet gewesen«. (JW, 10./11. 5)

Magdeburg
In der Stadt, in der vor genau drei Jahren am Himmelfahrtstag eine regelrechte Jagd auf Ausländer stattfand, überfielen an diesem Tag 20 Jugendliche der rechten Szene mit Ketten bewaffnet ein Treffen von Amateurfunkern und verletzten acht Personen. Acht mutmaßliche Rechtsradikale wurden festgenommen und die Polizei ermittelt wegen schweren Landfriedensbruch. Im Stadtteil Neu Olvenstedt belästigten Jugendliche einen Afrikaner aus Togo sowie dessen Frau und Kind. Die Polizei verhinderte, daß die Situation weiter eskalierte und nahm 18 mutmaßliche Rechtsradikale fest. (Frankfurter Rundschau, 10.5.)

Bitterfeld
Am 10.5. stürmten 40 rechte Jugendliche ein erst seit kurzem bezogenes alternatives Jugendkulturzentrum. Die Angreifer brachen die Tür auf, stahlen Einrichtungsgegenstände und technische Geräte und hinterließen Hakenkreuz-Schmierereien. (E-Mail)

Halle
Ein Gruppe rechter Jugendlicher versuchte am 10.5. mehrmals vergeblich, auf das Gelände eines alternativen Wohn- und Kulturprojekts in der Stadt vorzudringen. (E-Mail)

Magdeburg
Angesichts von 865 Straftaten im Jahre 1996 sowie rund 600 Personen, die im Land Sachsen-Anhalt rechtsmilitanten Organisationen angehören, besteht für Innenminister Püschel bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 1996 kein Anlaß zur Entwarnung. Vor allem in Magdeburg, Merseburg, Halle, Wittenberg sowie im Harz seien die Rechten aktiv. (ND, 16.5.)

Magdeburg
Die Landesregierung räumte am 16.5. in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der PDS ein, daß die rechtsextremen Musikgruppen »Doitsche Patrioten« und »Elbsturm« jahrelang in den Proberäumen eines mit Bundes- und Landesmitteln geförderten Jugendprojektes proben durften. Beide Bands, die in ihren Liedtexten zu Fremdenfeindlichkeit aufrufen, nahmen mehrfach an illegalen Skinhead-Konzerten teil. Als Eintrittsstempel für die Konzerte waren Hakenkreuze verwendet worden.
(Frankfurter Rundschau, 24.5.)

Prettin
Etwa 150 Rechtsextremisten aus Norddeutschland, Berlin und Sachsen-Anhalt versammelten sich am 17.5. zu einem Schweigemarsch und anschließender öffentlicher »Gedenkfeier« auf dem Friedhof, um ihren Gesinnungsgenossen, den Anführer der »Kameradschaft Wittenberg, der Ende April bei Auseinandersetzungen innerhalb des rechtsextremen Lagers von zwei Berliner Neonazis getötet worden war, zu ehren. Fahnen in den Farben des Deutschen Reiches, Baseballschläger und Brecheisen wurden von der Polizei beschlagnahmt. (Frankfurter Rundschau, 20.5.)

Halberstadt
Ein Asylbewerber aus Äthiopien wurde am 17.6. abends von zwei unbekannten Männern mit einem Baseballschläger angegriffen und verletzt. Zuvor hatten sie ihn und einen weiteren äthiopischen Asylbewerber aus einem Auto heraus mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. (ND, 19.6.)

Magdeburg
Nach drei Verhandlungstagen im Prozeß wegen des Tötungsverbrechens an dem 17jährigen Punk Frank Böttcher im Februar 1997 wurde am 26.6. der gleichaltrige Marcus J. zu sieben Jahren Jugendhaft verurteilt. Nach Einschätzung von Polizei und Staatsanwaltschaft gehörte der Täter zwar zu den Sympathisanten der rechten Szene, war jedoch kein aktiver Neonazi. Die Verteidigung forderte trotz des Geständnisses eine fünfjährige Haftstrafe auf Bewährung mit der Begründung, die Tat sei im alkoholischen Rausch geschehen. Als Hauptursache für derartige Verbrechen nannte der Anwalt die hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, insbesondere im Stadtteil Olvenstedt, wo sich auffallend viele Mädchen und Jungen der rechten Szene zugehörig fühlten. (Berliner Zeitung, 25.6.; ND; Tagesspiegel, 27.6.,)

Magdeburg
Am 28. 6. griffen fünf Jugendliche an einer Straßenbahnhaltestelle einen Libanesen an und verletzten ihn. Die Jugendlichen wurden festgenommen, einen ausländerfeindlichen Hintergrund schloß die Polizei nicht aus. (Frankfurter Rundschau; Berliner Zeitung, 30. 6.)

Altenweddingen
Mit einem Großeinsatz löste die Polizei am 28. 6. in dem Ort nahe Magdeburg ein Skinhead-Konzert mit etwa 150 Besuchern auf. Bei Kontrollen im Vorfeld des Konzertes hatte die Polizei bereits 250 Platzverweise erteilt. Es wurden Baseballschläger, Eisenstangen, Messer und ein Totschläger beschlagnahmt. (Mitteldeutsche Zeitung; Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau, 30. 6.)

Halle
In der Nacht zum 29. 6. kam es nach einem Punkrock-Konzert mit 400 Punks zu schweren gewaltsamen Ausschreitungen. Etwa 60 Punks bewarfen bei einer regelrechten Straßenschlacht Polizisten mit Steinen, demolierten Autos und stießen Container um. Bei dem mehrstündigen Einsatz der Polizei wurden 15 Polizisten verletzt. Als Motiv für die Krawalle vermutete auch die Polizei einen Zusammenhang mit der Veranstaltung eines rechten Verlages im in der Nähe befindlichen Halleschen Kongreß- und Kulturzentrum. (ND; Berliner Zeitung, 30. 6.; Frankfurter Rundschau, 1. 7.)

Halle
Unter der Überschrift »Straßensteine und Saalgeschosse« berichtet am 1. 7. die Zeitung »Neues Deutschland« ausführlich über eine zweitägige Veranstaltung am 28. und 29. 6. im Halleschen Kongreß- und Kulturzentrum, die auch von der Polizei als Motiv für die gewalttätigen Krawalle der Punks gesehen wurde. Für ein »Pressefest« hatte der Verleger und Republikaner Manfred Rouhs, Herausgeber des Magazins »Europa vorn«, in den Saal des Hauses geladen, um Lesungen für Kunden mit anschließender Diskussion zu veranstalten. Der langjährige »Republikaner« Parteichef Franz Schönhuber hielt eine Rede über Pressefreiheit, auf dem Programm stand auch ein Liederabend mit Frank Rennicke. Während der Veranstaltung wurden Verlagsproduktionen wie das Nachschlagebuch »Vorbildliche und bewährte Männer der Waffen-SS« oder die »Dokumentation polnischer Grausamkeiten« angeboten, ebenso die neueste Schrift von Schönhuber »Le Pen – ein Rebell«, in dem er die rechtsextreme französische Front National als künftiges Modell für die Bundesrepublik anbietet. Der Polizei zufolge war die Veranstaltung nicht anmeldepflichtig, weil sie in geschlossenen Räumen stattfand. (ND, 1. 7.)
Nach Recherchen der »Mitteldeutschen Zeitung« waren dem Saalvermieter die rechtsextremen Hintergründe des Verlages nicht bekannt und die Sicherheitskräfte hatten ihn wissentlich nicht rechtzeitig aufgeklärt. Damit bestätigte sich auch die Tatsache, daß Rechtsextreme ihre Anmeldungen tarnen und unter Angabe anderer Gründe als geschlossene Veranstaltungen deklarieren. (Mitteldeutsche Zeitung, 5. 7.)

Am 16. 7. beschlagnahmte die Polizei in mehreren Städten Sachsen-Anhalts, so in Halle, im Saalkreis und Eisleben bei Durchsuchungen von Wohnungen und Geschäftsräumen rechtsextremistisches Propagandamaterial in großer Menge. Bei den Razzien seien unter anderem 1300 CDs, zahlreiche Musikkassetten, Broschüren und andere Schriften mit verbotenen rechtsradikalen Inhalten sichergestellt worden. Auch zwei Versandbetriebe von rechtsextremistischem Lied- und Schriftgut wurden ermittelt. Die betroffenen Personen wurden der rechten Szene zugeordnet. (Leipziger Volkszeitung; ND; Frankfurter Rundschau, 18. 7.)

Im ersten Halbjahr 1997 wurden in Sachsen-Anhalt insgesamt 463 rechtsradikale Straftaten erfaßt. Damit erhöhte sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 153 Delikte. Der Anstieg resultierte vor allem aus der Zunahme von Propagandadelikten, wie Zeigen des Hitler-Grußes. Auch beim Straftatbestand der Volksverhetzung gab es mit 29 Fällen (15 im ersten Halbjahr 1996) eine Zunahme. 28 Körperverletzungen wurden 1997 registriert. (Mitteldeutsche Zeitung, 25. 7.)

Magdeburg
Ein 19jähriger wurde am 27. 7. abends von zwei Jugendlichen geschlagen und mit ihren Stiefeln getreten. Er mußte ambulant behandelt werden. Die beiden Jugendlichen fühlten sich offenbar durch die gefärbten Haare provoziert. Sie sind der Polizei bereits wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung bekannt. (JW, 29. 7.)

Naumburg
Das »Neue Deutschland« berichtete in einem Report über Schwarze Listen in Naumburg, in einer Stadt, die laut Innenministerium neben Wernigerode, Quedlinburg und Wittenberg zu den Schwerpunktregionen rechtsextremistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt gehört. Wie schon im Herbst 1996 waren Ende Juli erneut denunziatorische Flugblätter mit Namen und Hausnummern von Antifaschisten und linken Politikern aufgetaucht, verfaßt von einer »Naumburger Bürgerinitiative gegen linksextremistische Gewalt«, die ankündigte, ihre »Aktionen gegen linke Gewalt und deren Hintergründe in Naumburg und Umgebung« fortzusetzen. Einen Zettel: »Der Führer hat dich zum Tode verurteilt«, fand einer der namentlich im Flugblatt erwähnten in seinem Briefkasten. 1996 formierten sich parteiübergreifender Protest und breite demokratische Aktionen in der Stadt gegen die rechtsextremen Schmierereien und Verunglimpfungen. Als Ende Juli eine von der PDS-Fraktion angeregte Veranstaltung zum Problem Rechtsextremismus in Naumburg mit Abgeordneten, Naumburgern und Gästen der Stadt stattfand, registrierten die bedrohten Bürger eine gewisse Teilnahmslosigkeit in der Stadt und ein duldendes Klima. Dennoch sei öffentlicher Widerstand nötig, was voraussetzt, die Bürger Naumburgs über die Hetzschriften zu informieren. Der Oberbürgermeister der Stadt, Curt Becker, selbst auf der Liste vereinnahmt und der Meinung, in der Stadt gebe es gar keine Rechtsextremisten, sowie der örtliche Revierleiter der Polizei hatten ihre Teilnahme wegen »Terminschierigkeiten« abgesagt. (ND, 2./3. 8., Flugblatt der »Bürgerinitiative«) (vgl. Bulletin, Nr. 1/1997, Chronik, S. 25)

Für den 30. August riefen verschiedene antifaschistische Gruppierungen zu einer Demonstration durch die Naumburger Innenstadt auf. (ND, 7. 8.)

Halle
Die Polizei nahm am 6. 8. einen als rechtsradikal bekannten 24jährigen Bombenbastler fest. In der Wohnung wurden neun selbstgebastelte Sprengsätze, ein Kilogramm Schwarzpulver und 50 Kilogramm militärische Pyrotechnik gefunden. Weiterhin wurden mehrere Zündvorrichtungen, eine Pistole, Munition sowie rechtsextremistisches Propagandamaterial beschlagnahmt. Der gelagerte Sprengstoff hätte ausgereicht, um ein großes Wohnhaus vollständig in Schutt und Asche zu legen. Der 24jährige hatte bereits am 10. November 1992 auf dem Hauptbahnhof in Halle eine Rohrbombe gezündet. Er habe mit Blick auf die Reichspogromnacht ein Zeichen setzen wollen, gab er damals zu Protokoll. Für den Anschlag wurde er 1993 zu zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. (Mitteldeutsche Zeitung; Frankfurter Rundschau, 8. 8.)
Am 8. 8. wird der Bombenbastler wieder auf freien Fuß gesetzt, da gegen ihn keine ausreichenden Haftgründe vorlagen und keine Fluchtgefahr bestand. (Mitteldeutsche Zeitung, 9. 8.)

Burg
Ein Aufmarsch von etwa 60 Rechtsradikalen löste die Polizei am 9. 8. in der Stadt auf, etwa 20 wurden festgenommen. Sie trugen Transparente und Propagandamaterial mit sich. (Tagesspiegel, 10. 8.; Mitteldeutsche Zeitung, 11. 8.)

Quedlinburg
Begleitet von einem starken Polizeieinsatz demonstrierten vor den geplanten Rudolf-Heß-Gedenkmärschen etwa 400, meist jugendliche Demonstranten aus der linken Szene in der Stadt und forderten ein härteres Vorgehen gegen Neonazis. Quedlinburg ist Wohnort von Steffen Hupka, Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) und Führungsfigur einer starken Neonaziszene im Ostharz. Er ist Herausgeber des »Umbruch«, einer bundesweiten Strategie- und Schulungszeitung für Nazi-Funktionäre. (Tagesspiegel, 10. 8.; ND, 11. 8.)

Halle
Bei dem Versuch der Polizei, in der Stadt einen Aufmarsch von etwa 50 Rechtsextremen am 16. 8. zu verhindern, ging sie auch gegen 30 bis 40 linke Gegendemonstranten vor. Wegen Landfriedensbruch wurden einige von ihnen, darunter der stellvertretende Landesvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt, Frank Baier, festgenommen. Die 50 Neonazis wurden nicht zugeführt, festgenommen oder mit dem Vorwurf des Landfriedensbruchs konfrontiert. (ND, 18. 8.)

Halle
Am 17. 8. wurde einem 33jährigen Diskobesucher der Einlaß verwehrt, es kam zum Streit, der schließlich widersprüchlichen Angaben nach eskalierte. Tatsache war, daß der Diskobesucher den dunkelhäutigen Einlasser »Nigger« nannte und die Frage stellte: »Jetzt müssen wir uns wohl schon von Negern den Eintritt verweigern lassen?« (Mitteldeutsche Zeitung, 19. 8.)

Magdeburg/Olvenstedt
In der Nacht zum 17. 8 beschimpften fünf Männer einen syrischen Gastwirt und bedrohten ihn mit einem Messer. Das Opfer blieb unverletzt, die Täter konnten festgenommen werden. (Lausitzer Rundschau, 18. 8.)

Halle
Sechs Jugendliche schlugen am 8. 9. eine Iraker. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Zwei Täter wurden festgenommen. (Frankfurter Rundschau; Junge Welt, 10. 9.)

Langenstein
In der Nacht zum 14. 9. fuhren vier Jugendliche gezielt in die Gedenkstätte des ehemaligen Außenlagers des KZ Buchenwald Langenstein, um dort Hakenkreuze sowie »Juden raus, Wehrsportgruppe Langenstein« auf Wände zu sprühen. (Junge Welt, 19. 9.)

Oebisfelde
Am 4. 10. wurden acht Jugendliche von etwa zehn Skinhaeds an einer Bushaltestelle überfallen, als »Zecken« beschimpft und zwei von ihnen verletzt. Die angegriffenen Jugendlichen gehörten zwar nicht der linken Szene an, sind aber offensichtlich so eingeordnet worden. (Frankfurter Rundschau, 6. 10.)

Quedlinburg
Eine kritische Ausstellung zur Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wurde am 9. 10 von Anhängern der rechten Szene, unter ihnen auch Steffen Hupka, überfallen. Die Jugendlichen im Alter von 15 bis 35 Jahren waren am 9. 10. »zielgerichtet und organisiert« angereist. Alle zwölf noch am Tatort von der Polizei gestellten Jugendlichen wurden nach Feststellung der Personalien auf freien Fuß gesetzt. (Berliner Zeitung; ND, 11. 10.)

Burg
Am 14. 10. attackierten vermummte Jugendliche drei türkische Imbißbetreiber mit Holzlatten, demolierten die Einrichtung und riefen ausländerfeindliche Parolen. Sechs Tatverdächtige im Alter zwischen 15 und 22 Jahren wurden festgenommen. (Frankfurter Rundschau, 16. 11.)

Klötze
Fünf Jugendliche wurden am 25. 10. auf einem Volksfest von 30 Jugendlichen der rechten Szene zusammengeschlagen. Die Opfer erlitten Verletzungen. Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen. Obwohl sie den Behörden aus dem Neonazi-Milieu bekannt sind, gebe es bei dem Überfall keinen direkten Hinweis auf rechtsextreme Hintergründe. (Tagesspiegel; Frankfurter Rundschau; ND, 27. 10.)

An mehreren Schulen im Süden von Sachsen-Anhalt wurden Broschüren mit rechtsextremistischem Inhalt verbreitet. (taz, 27. 10.)

Barleben
In der Wohnung eines Bundeswehrsoldaten wurden am 8. 11. 200 Cds mit rechtsextremen Liedern gefunden. Der Soldat, der in Saßnitz stationiert war, wurde aus der Bundeswehr entlassen. (ND, 11. 11.)

Halle
Am 21. 11. wurden zwei Inder von etwa zehn Jugendlichen in der Innenstadt angegriffen, geschlagen und beschimpft. Die Opfer erlitten Kopfverletzungen. Die Jugendlichen wurden ihren Eltern übergeben. (Frankfurter Rundschau, 24. 11.)

Magdeburg
Am 23. 12. wurde ein 26jähriger Iraker in einer Straßenbahn von zwei Männern mit einer Gaspistole und einem Messer bedroht und mit rechten Parolen beschimpft. An einer Haltestelle konnte der Iraker fliehen und die Polizei benachrichtigen. (Berliner Zeitung, 24. 12.)

Sangerhausen
In der Silvesternacht drangen etwa sieben Jugendliche gewaltsam in ein Heim der Lebenshilfe für Behinderte ein und traktierten etwa 20 taubstumme Bewohner des Heimes. Dabei wurden drei Heimbewohner verletzt, zwei mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei nahm vier Täter fest. (ND, 2. 1. 98)

Brandenburg

Brandenburg
Am 3. 1. und am 4. 1. beleidigte und bedrohte ein 18jähriger Rechter mehrfach den indischen Verkäufer und den türkischen Besitzer einer Imbißbude. Bei weiteren Ermittlungen wurde bekannt, daß der Jugendliche bereits Ende Dezember von seinem Fahrzeug aus mit einer Waffe gedroht und ausländerfeindliche Sprüche gegrölt hatte. (Junge Welt, 8. 1.)

Elsterwerda
Nachdem am 7. 1. eine Gruppe von etwa 15 rechten Jugendlichen vier »linke« Jugendliche verfolgt und mit Leuchtspurmunition beschossen hatte, holten sich die vier Bedrohten Verstärkung und verfolgten ihrerseits die rechten Jugendlichen. Ein Rechtsradikaler wurde dabei krankenhausreif geschlagen. (Frankfurter Rundschau, 9. 1.)

Jüterbog
Am 10. 1. kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei deutschen Jugendlichen und vier Indern, in deren Verlauf die beiden Deutschen sowie ein Inder verletzt wurden. Die Inder äußerten gegenüber der Polizei, daß ausländerfeindliche Beschimpfungen die Auseinandersetzung herbeigeführt hatten. Die beiden Deutschen gaben an, wegen ihres Outfits von den Indern als Nazis bezeichnet worden zu sein. (Märkische Allgemeine Zeitung, 14. 1.)

Dabendorf
Am 17. 1. bewarfen zwei Jugendliche einen türkischen Mann, der auf dem Weg zur Arbeit war, mit Steinen und fügten ihm dadurch eine Platzwunde am Kopf zu. (Junge Welt, 20. 1.)

Frankfurt (Oder)
Am 23. 1. wurde ein 14ähriger polnischer Jugendlicher von drei Deutschen zunächst beraubt und verprügelt. Anschließend wurde er in eine Spielothek geschleppt und von weiteren sechs Männern und einer Frau brutal mißhandelt. (Neues Deutschland, 25./26. 1.)

Potsdam
Am 24. 1. randalierten zwischen 15 und 20 Jugendliche in einer Straßenbahn unter Grölen nazistischer Parolen. (Neues Deutschland, 27. 1.)

Ludwigslust
Ebenfalls am 29. 1. wurden zwei Asylbewerber aus den ehemaligen GUS-Staaten von einer Gruppe rechter Jugendlicher bedroht. Zunächst brachten die Jugendlichen einen Zettel mit ausländerfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen an der Windschutzscheibe des Autos, mit dem die beiden Männer unterwegs waren, an. Als diese die Polizei verständigen wollten, wurde mit einem Luftgewehr aus der Gruppe heraus auf sie gezielt. (Nordkurier, 31. 1.)

Fredersdorf
Am 31. 1. haben zwei deutsche Männer einen Vietnamesen zunächst beschimpft, mißhandelt und lebensbedrohlich verletzt. In einem Interview mit der »Berliner Zeitung« sprach der Fredersdorfer Bürgermeister von einer »absoluten Einzeltat« und wies den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit im Dorf zurück. Über die Polizei hinaus gibt es entsprechend dem »subjektiven Sicherheitsempfinden im Ort« eine 13 Mann starke Bürgerwehr. (Berliner Kurier, 3. 2.; Berliner Zeitung, 5. 2.)
Da der Vietnamese aufgrund der ihm zugefügten Verletzungen zeitlebens gelähmt sein wird, hat die Gemeindeverwaltung auf Vorschlag einer Gemeindevertreterin hin ein Spendenkonto eingerichtet. (Märkische Oderzeitung, 15. 2.)

Perleberg
Am gleichen Tag wurde ein afrikanischer Asylbewerber aus einer Gruppe von zehn rechten Jugendlichen heraus vor einem Supermarkt vom Fahrrad gezerrt, beschimpft, getreten und zusammengeschlagen. Gegen zwei der Haupttäter, einen 17jährigen Maurerlehrling und eine gleichaltrige Schülerin wurde inzwischen Anklage erhoben. Die Gruppe hatte während des Übergriffs »Sieg Heil« skandiert. (Berliner Kurier, 3. 2.)

Am 1. 2. berichtete die »taz« in einem längeren Artikel über das Dorf Dolgenbrodt, in dem 1992 von einem Jugendlichen – Anhänger der rechten Szene – ein bezugsfertiges Asylbewerberheim niedergebrannt worden war. Bereits während der Verhandlungen gegen den Jugendlichen war der Verdacht aufgekommen, daß mehrere Einwohner ihn angestiftet und über eine Kollekte bezahlt hatten. Es

wäre auch gar nicht das erste Mal gewesen, daß rechte Jugendliche zur Schaffung von »Ruhe und Ordnung« instrumentalisiert werden. Nachdem sich dieser Verdacht erhärtet hat, wurden in den vergangenen Wochen mehrere Dolgenbrodter Einwohner verhaftet. Alle der von der Journalistin befragten Einwohner bedauerten den »warmen Abriß« des Heims, bekundeten aber im gleichen Atemzug ebenso einhellig ihre Erleichterung darüber, daß nun keine schwarzafrikanischen Asylbewerber im Ort ansässig sind. (vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 3.2. und Berliner Zeitung, 4.2.)
Einer der verhafteten Dolgenbrodter hat inzwischen gestanden, dem Täter zunächst 2000 DM für die Legung des Brandes und später 10000 DM Schweigegeld gezahlt zu haben. Als Motiv zur Brandanstiftung nannte er Angst um seine Familie, da das als Asylbewerberheim vorgesehene Gebäude an sein Grundstück grenzte. (Berliner Zeitung, 6.2.; Frankfurter Rundschau; Die Zeit, 7.2.)

Lauchhammer
In der Nacht vom 6. zum 7.2. wurde ein vietnamesischer Imbißstand von bisher noch unbekannten Tätern niedergebrannt. (Junge Welt, 8./9.2.)

Regionalbahn Nauen-Falkensee
Am Abend des 7.2. mißhandelten fünf rechte Jugendliche, von denen drei aus dem Berliner Bezirk Spandau stammen, einen libanesischen Asylbewerber schwer. (Junge Welt, 10.2.)

Potsdam
In der Nacht zum 8.2. grölten acht rechte Jugendliche in einem Nachtbus zunächst nationalsozialistische Parolen. Anschließend folgten sie zwei aussteigenden Fahrgästen, rissen einen von ihnen zu Boden und traktierten den 20jährigen mit Fußtritten. (Junge Welt, 10.2.)

Am 8.2. berichtet der »Tagesspiegel« über drei im vergangenen Jahr erfolgte Aufnahmen Rechtsradikaler in die brandenburgische Junge Union. Die politische Vergangenheit der betreffenden Mitglieder, die ausgeschlossen wurden bzw. in absehbarer Zeit werden, ist der Jungen Union zunächst nicht bekannt gewesen.

Belzig
Am 9.2. beschmierten rechte Jugendliche einen China-Imbiß mit Hakenkreuzen und der Parole: »Ausländer raus!«. (Junge Welt, 13.2.)

Potsdam
Am 11.2. wurde ein Schwarzafrikaner von drei rechten Jugendlichen verfolgt und als »Nigger« beschimpft. Unter Grölen faschistischer Parolen griffen die drei Jugendlichen den Mann schließlich tätlich an. Zwei Bürger, die versuchten schlichtend einzugreifen, wurden von den Jugendlichen ebenfalls attackiert. Andere Zeugen riefen die Polizei. (Berliner Zeitung; Berliner Kurier; Junge Welt; Tagesspiegel, 13.2.)

Am 12.2. berichtete die »Berliner Zeitung« unter Berufung auf den Sprecher des Brandenburger Innenministeriums, Manfred Füger, von dem Vorhaben, im März einen Präventionsrat gegen Rechtsextremismus zu gründen, dem unter anderen Vertreter der Polizei und Sozialarbeiter angehören sollen.
In der gleichen Ausgabe äußerte in einem Interview der Präsident des Brandenburger Verfassungsschutzes, Hans-Jürgen Förster, die Befürchtung einer Allianz zwischen intellektuellen Rechtsextremen und politisch unorganisierten Jugendcliquen. Die »Jungen Nationalen« (die Jugendorganisation der NPD) und besonders die »Nationalen e.V.« verlagern ihre Schwerpunkte von der Verharmlosung oder Verherrlichung nationalsozialistischer Verbrechen auf aktuelle soziale Problemlagen und entwickeln populistische Tageslosungen wie »Arbeit zuerst für Deutsche«, um auf diese Weise latent gewaltbereite Jugendliche in die rechte Szene einzubinden. Dies geschieht vor allem in Berlin, hat aber unmittelbare Auswirkungen auf Brandenburg. Gegenwärtig bemühen sich rechtsextremistische Intellektuelle um den Auf- bzw. Ausbau eines bundesweiten rechten Medienverbundes. Über die Printmedien und elektronischen Medien hinaus gibt es in vielen neuen Bundesländern auch die Einrichtung der Nationalen Info-Telefone.

Guben
Am 14.2. löste die Polizei eine Versammlung von 40 Rechtsradikalen auf. (Potsdamer Neueste Nachrichten, 17.2.)

Oranienburg
Am selben Tag wurde ein Jugendlicher wegen rechtsextremer Parolen festgenommen. (Potsdamer Neueste Nachrichten, 17.1.)

Oranienburg
Am 14.2. berichtete der »Tagesspiegel« von ausländerfeindlichen Äußerungen in einem Antwortschreiben des Jugenddezernenten auf die Einladung zu einem Forum gegen Rassismus in Oranienburg. Darin hieß es unter anderem, daß es unvergleichlich mehr Gewalt von Ausländern gegen Deutsche gebe als umgekehrt. Der Kreistag Oberhavel hatte sich inzwischen von dem Schreiben distanziert. Der Jugenddezernent Michael Garske entschuldigte sich auf dem Forum für die entsprechenden Äußerungen in dem Schreiben und verwies darauf, daß nicht alle Schreiben seiner Abteilung von ihm selbst verfaßt werden. Da er den Brief unterschrieben hatte, übernahm er die Verantwortung für die Entgleisungen. (Tagesspiegel, 14.2.)

Guben
Am 14.2. löste die Polizei eine Veranstaltung der »Jungen Nationaldemokraten« auf und beschlagnahmte rechtsextremistisches Propagandamaterial. (Neues Deutschland, 17.2.)

Neuruppin
Am 15.2. griffen 12 bis 15 rechte Jugendliche drei Algerier an. Die Jugendlichen waren aus mehreren Fahrzeugen gesprungen und hatten die eine Straße entlang gehenden Algerier mit Baseballschlägern attackiert. (Neues Deutschland, 17.2.)

Oranienburg

Am Wochenende vom 15. auf den 16.2. versuchten 17 rechte Jugendliche, eine Diskoveranstaltung des Louise-Henriette-Gymnasiums zu betreten. Als ihnen der Einlaß verwehrt wurde, demolierten sie die Wechselsprechanlage des Gebäudes, grölten »Sieg Heil« und zeigten den Hitler-Gruß. Die herbeigerufene Polizei nahm zwei der rechten Jugendlichen fest. Einer der Festgenommenen trug eine Kassette mit rechtsextremistischer Propaganda bei sich. (Junge Welt, 17.2.)

Brandenburg

Zwei linksorientierte Jugendliche sind von zwei rechten Jugendlichen am 17.2. in einer Straßenbahn zunächst angepöbelt und anschließend zusammengeschlagen worden. (Neues Deutschland, 20.2.)

Ludwigslust

In der Nacht vom 21. zum 22.2. wurden zwei afrikanische Asylbewerber, die an einer Haltestelle auf den Bus warteten, aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit einer Schreckschußpistole bedroht. Die Angreifer konnten kurz darauf von der Polizei gestellt werden. (Nordkurier; Neues Deutschland, 24.2.)

Potsdam

In der gleichen Nacht ist ein 28jähriger Türke von 13 rechten Jugendlichen auf dem Regionalbahnhof Rehbrücke überfallen und beraubt worden. Die Jugendlichen, die am Bahnhof Bier getrunken hatten, forderten den Mann auf, seinen Personalausweis vorzuzeigen. Als er dies ablehnte, prügelten sie auf ihn ein und beraubten ihn. (Märkische Allgemeine Zeitung; Berliner Zeitung, 24.2.)

Frankfurt (Oder)

In der Nacht zum 23.2. ist ein 35jähriger Kubaner von fünf rechten Jugendlichen verfolgt, geschlagen und getreten worden. Dabei riefen die Jugendlichen »Ausländer raus!« und »Hau ab aus Deutschland!«. Durch eine Polizeistreife konnte noch Schlimmeres verhindert werden. (Neues Deutschland, 25.2.)
Kurze Zeit nach der Festnahme der Täter versammelten sich etwa 20 weitere rechte Jugendliche vor der Polizeihauptwache ein und forderten die Freilassung ihrer »Kameraden«. (Märkische Allgemeine Zeitung; Berliner Zeitung; BILD-Zeitung, 25.2.)

Fürstenwalde

Am späten Abend des 28.2. überfielen sechs rechte Männer einen 26jährigen Russen, schlugen mit einem Schraubenschlüssel auf ihn ein und beraubten ihn. (Märkische Oderzeitung, 3.3.)

Forst

Das folgende »Gedicht« wurde Ende Februar von einem Schüler der 9.Klasse mit in die Schule gebracht. Er argumentierte damit und versuchte den zur Thematik Ausländer unterrichtenden Lehrer sowie seine Mitschüler »zu überzeugen«. Er teilte mit, daß ihm das mit Computer geschriebene Blatt von seinen Eltern übergeben wurde:
»Der Asylbetrüger in Deutschland: Geliebt von der CDU bis zur FDP und ganz besonders von der SPD und den Grünen. Verhalten des deutschen Steuerzahlers, der den Betrug auch noch finanzieren muß:

Herr Asylbetrüger, na wie geht's???
„Oh ganz gut, ich bringe den Deutschen Aids.
Komme direkt aus Übersee –
hab' Rauschgift mit, so weiß wie Schnee,
verteil' im Sommer wie im Winter
sehr viel davon an deutsche Kinder.
Muß nicht zur Arbeit, denn zum Glück
schafft deutsches Arschloch in Fabrik.
Hab' Kabelfernsehen, lieg in meinem Bett,
werd' langsam wieder dick und fett,
zahl weder Miete, Strom noch Müllabfuhr,
das müssen dumme Deutsche nur!!!
Auch Zahnarzt, Krankenhaus komplett
zahlt jeden Monat deutscher Depp.
Wird deutscher Depp mal Pflegefall
verkauft der Staat sein Haus, Hof und Stall.
Man nimmt ihm einfach alles weg,
schafft vierzig Jahre umsonst, der Depp.
Wenn deutscher Dummkopf ist gestorben,
dann müssen Erben Geld besorgen,
denn Deutscher muß bezahlen für Pflegeheim und Grab,
was als Asylbewerber umsonst ich hab.

Man sieht, daß Deutscher ein Idiot,
muß auch noch zahlen, wenn denn tot.
Ich liebe Deutschland – wo auf der Welt
gibt's für Asylbetrug noch soviel Geld?
Ist Deutschland pleite, dann fahr ich heim,
und sag' leb wohl Du Dummes Schwein.«

Das »Gedicht« wurde schon vor mehr als einem Jahr aus dem Aktionsfeld der Nationalen e.V. heraus im Land Brandenburg in Umlauf gesetzt und tauchte u.a. in Schwedt und Angermünde, in Frankfurt/Oder und Fürstenwalde auf.
(mobiles beratungsteam brandenburg, Februar 1997)

Fürstenwalde

Gegen »Bonzen« regen sich die jungen Leute auf. Die Politik in Bonn scheint ihnen daneben und nicht glaubhaft. Sie arbeite in die eigenen Taschen und begünstige den Reichtum. An das Volk wird nicht gedacht. Gemeinschaft ist ihnen nicht wirklich wichtig und auch nicht Gerechtigkeit.
Das sind Gedankengänge, die in der Szene rechtsextrem Orientierter im Schwange sind. So findet der Schlecki »Jagt sie davon die Bonzen von Bonn«, unterzeichnet von »Deutscher Jugend Bund« großen Anklang und wird gern von ihnen verbreitet. (mobiles beratungsteam brandenburg, Februar 1997)

Hardenbeck

Am 1.3. grölten in einer Diskothek rechte Jugendliche »Sieg Heil!« und zeigten den Hitlergruß. Ein 16jähriger, der daraufhin nach Hause gehen wollte, wurde mit Fäusten attackiert und mit Füßen getreten. (Märkische Oderzeitung, 3.3.)

Frankfurt (Oder)
In der Nacht vom 1. zum 2.3. überfielen zwei rechte Jugendliche eine 35jährige Frau und ihren türkischen Ehemann. Die Rechten riefen ausländerfeindliche Parolen, schlugen und traten auf das Ehepaar ein. (Märkische Oderzeitung, 3.3.)

Am 3.3. informierten zahlreiche Brandenburger Lokalzeitungen sowie der »Tagesspiegel« über den Plan der Landesregierung, einen Präventionsrat gegen Rechtsextremismus einzurichten. Etwa 30 Vertreter gesellschaftlich relevanter Einrichtungen, Organisationen und Gruppen wie Kirche, Parteien, Ministerien, Eltern- und Schülerräte, Kommunen, Industrie, Handel, Handwerk und Presse sollen auf diese Weise an einem Runden Tisch zusammengeführt werden, um sich über die Situation im Land zu verständigen und Signale gegen fremdenfeindliche Gewalt zu setzen. (Märkische Oderzeitung u. a.)

Zossen
In der Nacht vom 3. zum 4.3. haben bisher Unbekannte Hakenkreuze und Losungen wie »Sieg Heil!« und »Ausländer raus!« an mehrere Häuserwände geschmiert. (Märkische Allgemeine Zeitung, 5.3.)

Ludwigsfelde
In der Nacht zum 5.3. wurde auf einen türkischen Imbißwagen ein Brandanschlag verübt. (taz, 6.3.)

Röddelin
Am 5.3. versammelten sich vor den Toren des Aussiedlerheimes etwa 30 rechte Jugendliche und grölten ausländerfeindliche und nationalsozialistische Parolen. Die alarmierte Polizei konnte bei ihrem Eintreffen gewalttätige Übergriffe gerade noch verhindern. (Berliner Zeitung, 6.3.)

Frankfurt (Oder)
Am 7.3. forderte ein von der Polizei noch nicht ermittelter Mann einen polnischen Staatsbürger in einem Supermarkt auf, die Einrichtung zu verlassen. Als dieser der Aufforderung nicht nachkam, wurde er von dem Unbekannten niedergeschlagen. (Tagesspiegel, 9.3.; Märkische Oderzeitug, 10.3.)
Am selben Tag demolierte eine Gruppe Jugendlicher ein Fahrzeug mit polnischem Kennzeichen. (Märkische Oderzeitung; Tagesspiegel, 10.3.)
Am 8.3. schlugen drei rechte Jugendliche in der Gaststätte »Pflaumenbaum« einen marokkanischen Staatsbürger nieder. (Märkische Oderzeitung; Süddeutsche Zeitung; Tagesspiegel; Berliner Morgenpost, 10.3.)

Fürstenwalde
Am 11.3. überfielen im St.-Marien-Dom vier Rechtsradikale eine Jugendgruppe. Sie griffen sich gezielt einen Jugendlichen aus der Gruppe heraus, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Nazis raus« trug, schlugen, traten und mißhandelten ihn mit einer Kette. Einer der Rechtsradikalen verübte am Abend des gleichen Tages noch einen Überfall auf einen 45jährigen Mann, den er brutal zusammenschlug. (Märkische Oderzeitung; Tagesspiegel, 13.3.; Potsdamer Neueste Nachrichten, 14.3.)

Rathenow
In der Nacht vom 14. zum 15.3. hat eine Gruppe zwölf junger Rechter drei Jugendliche vor einer Diskothek zunächst beschimpft und später angegriffen. (Märkische Allgemeine Zeitung, 17.3.)

Potsdam
Am 15.3. wurde in Potsdam eine 50x50 cm große Hakenkreuzschmiererei entdeckt. (Berliner Morgenpost, 17.3.)

Frankfurt (Oder)
Am 15.3. randalierten drei Rechtsradikale in einer Straßenbahn, grölten faschistische Parolen, zeigten den Hitlergruß und hantierten mit einer Schreckschußpistole. Später belästigten sie in der Rettungsstelle eines Krankenhauses Patienten und Pflegepersonal. (Berliner Morgenpost; Tagesspiegel, 18.3.)

Fürstenwalde
Am 18.3. wurde eine libanesische Familie von vier Rechtsradikalen geschlagen und mit einem Messer bedroht. (Berliner Zeitung, 20.3.)

Lindow
Am 21.3. störte eine im Auto vorbeifahrende Gruppe rechter Jugendlicher den Jugendkreuzweg, als einer der Jugendlichen aus dem Wagen herausbrüllte: »Skinheads, Skinheads! Juden raus!« (Märkische Allgemeine Zeitung, 27.3.)

Frankfurt (Oder)
In der Nacht zum 22.3. wurden 26 überwiegend aus Frankfurt stammende rechte Jugendliche festgenommen. Sie waren mit einem Reisebus aus Sachsen eingetroffen und »Sieg Heil« sowie »Deutschland den Deutschen« skandierend durch die Straßen gezogen. (Ruppiner Anzeiger; Berliner Zeitung, 24.3.)

Brandenburg
Am 22.3. sangen und grölten ca. 20 rechte Jugendliche in einer Wohnung rechtsextremistische Lieder und Parolen. (Ruppiner Anzeiger; Berliner Zeitung, 24.3.)

Wriezen
Am 25.3. bedrohte ein 40jähriger Mann, der sich im Hafturlaub befand, einen türkischen Imbißbesitzer mit dem Messer, grölte ausländerfeindliche Parolen und beschädigte den Imbißstand. (Märkische Allgemeine Zeitung, 27.3.)

Niederlehme
Am 26.3. haben sechs rechte Jugendliche zwei andere Jugendliche überfallen und mit einem Baseballschläger und einem Stein zusammengeschlagen. Die Angreifer trugen Gürtel mit Hakenkreuzschnallen sowie eine Armbinde mit dem gleichen Symbol. (Neues Deutschland; Berliner Zeitung, 29./30.3.)

Frankfurt (Oder)
Trotz Verbot durch die Polizei haben sich am 28.3. etwa 70 Rechte zu einer geplanten Demonstration der Jungen Nationalen unter dem Motto »Stoppt den antideutschen

Rassismus – Keine Gewalt gegen Deutsche« eingefunden. (Märkische Allgemeine Zeitung; taz; Uckermärkische Rundschau; Neues Deutschland, 29. 3.)

Potsdam
Am 28. 3. wurde ein kroatischer Asylbewerber von acht Rechtsradikalen überfallen, mit Steinen beworfen und mit Tritten und Faustschlägen mißhandelt. Dabei wurden Parolen wie »Deutschland den Deutschen« gegrölt. (Frankfurter Rundschau; Märkische Oderzeitung, 1. 4.)

Der Vizechef des Brandenburger Verfassungsschutzes, Jörg Milbradt, reihte in einem Bericht der »Frankfurter Rundschau« die rechtsextremistischen Überfälle vom Osterwochenende in Ostdeutschland ein in die Kette vergangener Gewalttaten. Es sei trotz der großen Zahl der Angreifer falsch, von einer »neuen Qualität« zu sprechen, sagte er. Die Aktionen seien nach »bekanntem Muster« abgelaufen. Ein harter Kern militanter Rechtsextremer plane eine Aktion – »und dann zieht ein ganzer Rattenschwanz an Mitläufern hinterher«. Eine Erklärung sei die Abfolge »etlicher freien Tage«, an denen sich die Langeweile potentieller Täter unerträglich steigere und ein Ventil suche. (Frankfurter Rundschau, 2. 4.)

Frankfurt (Oder)
Am 3. 4. schlugen drei Jugendliche auf der Straße mit einem Vorschlaghammer auf einen Polen ein und beraubten ihn. Zuvor hatten sie sich als Polizisten ausgegeben. Am Tatort verbrannten die Angreifer die persönlichen Papiere des Opfers. Die Staatsanwaltschaft räumte ein, es könnte zumindest Ausländerfeindlichkeit ein Motiv sein. (Berliner Zeitung, 5./6. 4.)

Potsdam
Vor dem Potsdamer Landgericht begann am 7. 4. der Prozeß wegen Mordversuchs an einem italienischen Bauarbeiter im Herbst 1996 in Trebbin. Bei der Schilderung des Tathergangs gingen die Interpretationen weit auseinander, aus Sicht der Anklage war das Jagen von Italienern jedoch erklärtes Ziel der beiden jugendlichen Angeklagten. Im Zuschauerraum verfolgten auf drei von vier Stuhlreihen junge Rechtsradikale und Angehörige den Prozeßverlauf. Aus den Sätzen der Zeugen aus dem Freundeskreis der Angeklagten wurde deutlich, daß es vor dem Prozeß Absprachen gegeben hatte. In einem Beitrag des »Tagesspiegel« wurde der Verdacht geäußert, daß der Anwalt der Angeklagten mit dem Rechtsextremismus sympathisierte und mit Kopfnicken und Augenzwinkern den Rechtsradikalen während des Prozesses versuchte, Signale zu geben. Wegen versuchten Mordes und an Brutalität und Ausländerfeindlichkeit kaum zu überbietender Gewalt wurden die Täter Ende des Monats zu 15 Jahren Haft bzw. 8 Jahren Jugendhaft verurteilt. (Tagesspiegel, 10. 4.)

Frankfurt (Oder)
Nach einem Bericht der Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« drohe der Prozeß gegen acht Polizisten aus Bernau, die seit über einem Jahr wegen schwerwiegender Anschuldigungen vor Gericht stehen, zu einem Musterbeispiel für Verschlepppungstaktik zu werden. Die Polizisten hatten monatelang in den Diensträumen ihrer Wache Vietnamesen geschlagen und gedemütigt. Doch nicht rückhaltlose Aufklärung von Fremdenfeindlichkeit und Amtsmißbrauch innerhalb der Polizei zeichne den Prozeß aus, sondern strafprozessuale Finten und Finessen, hinter denen die Tatvorwürfe, die damals bundesweit für Aufsehen sorgten, verschwinden. Die Verteidiger führen Regie, die angeklagten Polizisten werden zu Opfern einer vermeintlichen Verschwörung, die Vietnamesen zu Lügnern. Die Gewerkschaft der Polizei gewährte den Angeklagten trotz der gravierenden Verdachtsmomente kollegialen Rechtsschutz und berief sich dabei auf die »Solidargemeinschaft«. (Die Zeit, 11. 4.)

Fürstenwalde
Mit Freisprüchen endete am 11. 4. vor dem Amtsgericht der sogenannte Döner-Prozeß gegen drei rechte Jugendliche aus Fürstenwalde. Die Angeklagten hatten den libanesischen Imbißverkäufer im Sommer 1996 mit Knüppeln geschlagen, der Libanese hatte sich mit dem Dönermesser gewehrt. Der Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung konnte im Prozeß nicht nachgewiesen, der genaue Tathergang nicht mehr nachvollzogen werden Für die Verteidiger hatte es nicht einen Beweis für eine ausländerfeindliche Gesinnung der Täter gegeben. Die Zeitung »Der Tagesspiegel« urteilte: »Das ist der konsequente Schlußpunkt. Man könnte auch sagen: Die Fortsetzung der Fremdenfeindlichkeit mit juristischen Mitteln«. (Tagesspiegel, 13. 4.)

Bei Feiern anläßlich des Hitlergeburtstages am 20. 4. randalierten in mehreren Orten Brandenburgs Rechtsextreme, so in Joachimsthal, in Menkin, in Bernau, in Prenzlau. Mehr als 40 von ihnen wurden festgenommen. Zur »Gefahrenabwehr« wurden rechte Jugendliche in das Polizeipräsidium gebracht und später wieder freigelassen. Es wurden Waffen sichergestellt. (JW, 21. 4.)

Altlandsberg
Auf einem wilden Campingplatz am Krummen See trifft sich regelmäßig eine Gruppe Berliner Jugendlicher, um am Lagerfeuer rechtsradikale Lieder zu grölen. Zwei von ihnen wurden in den frühen Morgenstunden des 27. 4. von unbekannten Jugendlichen in ihren Zelten überfallen und mit Stöcken geschlagen. (Berliner Zeitung, 29. 4.)

Hennigsdorf
Zwei Unbekannte griffen am 1. 5. frühmorgens einen 34jährigen Portugiesen an und schlugen ihn zusammen. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. (ND, 3./4. 5.)

Lehnin
Ein Treffen von Rechtsradikalen am 8. 5. konnte von der Polizei verhindert werden. Es gab Platzverweise sowie Festnahmen. (ND, 10./11. 5.)

Potsdam
Am 8. 5. überfielen vier Jugendliche einen Türken, schlugen und beraubten ihn. Dabei wurde er mit einer Pistole bedroht. (ND, 10./11. 5.)

Potsdam
Sieben Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren bedrohten am 8.5. an einer Tankstelle das Personal. Sie raubten einen Kasten Bier und feierten mit »Sieg-Heil-Rufen« Herrentag. (Berliner Zeitung, 10./11.5.)

Potsdam
Am 8.5. war ein 31jähriger Türke aus Berlin mit seinem Motorrad unterwegs. Er wurde von einem PKW gebremst, von den vier Insassen in den Wagen gezerrt und mit einer Pistole bedroht und beraubt. (Tagesspiegel; ND 10.5.)

Fürstenwalde
Zwei Täter versuchten in der Nacht zum 10.5. mit zwei Molotowcocktails das »Heim für alleinreisende ausländische Jugendliche« in Brand zu setzen. Die Brandsätze prallten an den Netzen ab, die zum Schutz vor den Fußbällen vor die Scheiben gespannt sind, und konnten von der Polizei gelöscht werden. Im Heim leben etwa 50 Jungen und Mädchen aus 16 unterschiedlichen Herkunftsländern. Als Motiv für den versuchten Anschlag sind für die Polizei auch »normale Streitigkeiten unter jungen Leuten« denkbar. Die Sammlungsorganisation »Die Nationalen« verfügt in der Kleinstadt über ein Sympathisantenpotential von rund hundert Personen. (ND; Berliner Zeitung, 12.5.; Frankfurter Rundschau, 16.5.)

Zollchow
Am 10.5. warfen auf dem Gemeindefriedhof unbekannte Satansjünger Grabsteine um und besprühten einige sowie das Tor zur Trauerhalle mit satanischen Zeichen. (ND, 12.5.)

Frankfurt (Oder)
Weil ein Pole sich im Grenzstau vorgedrängelt hatte, ging ein 22jähriger deutscher Autofahrer am 14.5. mit einer Axt gegen den Polen vor. Er schlug durch das geöffnete Wagenfenster auf Kopf und Gesicht des Polen ein. Er nahm den Tod seines Opfers billigend in Kauf, der Bedrohte konnte die Schläge abwehren. (ND, 17./18.5.)

Frankfurt (Oder)
Ein 18jähriger stach am 15.5. mit seinem Butterflymesser an einer Bushaltestelle auf einen Passanten ein und verletzte ihn lebensgefährlich. Die Polizei schloß ein politisches Motiv aus. Nach Informationen des »Tagesspiegel« gehört der Täter zur einer Gruppe Rechtsradikaler, die im Februar 1997 einen Kubaner durch die Innenstadt hetzten und zusammenschlugen. (Tagesspiegel, 16.5.)

Potsdam
Mitte Mai informierte das Innenministerium mit einem Faltblatt für Touristen über die Sicherheit auf Zeltplätzen im Land Brandenburg. Neben Allgemeinplätzen des Faltblattextes, wie die Aufforderung besonnen zu Handeln, Panik und Hektik zu vermeiden und Kontakt mit den Angreifern zu suchen, werden die brutalen Übergriffe auf Zeltplätze im vergangenen Jahr noch nachträglich verharmlost mit der Bemerkung, »die Täter sind häufig die ganz normalen jungen Leute von nebenan«. (Märkische Oderzeitung, 18.5.)

Spremberg
Das Cottbuser Polizeipräsidium verbot ein für den 24.5. geplantes und als private Geburtstagsfeier ausgegebenes Konzert mit der Rockgruppe »Rabauken« aus Düsseldorf. Zum geplanten Skinhead-Konzert sollten 250 Teilnehmer aus Cottbus, Spremberg und Hoyerswerda kommen. (Berliner Zeitung, 24./25.5.; Tagesspiegel 24.5.)

Potsdam
Wissenschaftler des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) stellten in ihrer Ende Mai veröffentlichten Studie u. a. fest, daß Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeiten unter Schülern und Auszubildenden Brandenburgs zunehmen. 1996 gehörte jeder dritte Jugendliche einer gewaltbejahenden Gruppe an, 21 Prozent bekannten sich zu rechtsextremistischen und 35 Prozent zu ausländerfeindlichen Einstellungen. Für gewaltbereite Jugendliche sei die Auswahl der Opfergruppe »weitgehend zufällig, so der Direktor des Instituts, Dietmar Sturzbecher. Gewalt sei »Freizeitvergnügen, Frustablassen, Kick, Thrill«. Nach Erkenntnisse aus der Studie gibt es einen harten Kern von ungefähr sechs bis sieben Prozent der Jugendlichen mit hochgradig rechtsextremen Überzeugungen. (Berliner Zeitung; Tagesspiegel, 30.5.)

Fürstenwalde
Ein jüdischer Friedhof sowie der Dom der Stadt wurden am 3.6. mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. Auf einer Länge von 15 Metern wurden an die Friedhofsmauer mit rostroter Farbe SS-Runen sowie die Worte: »Tod den« und in Fortsetzung ein Judenstern gesprüht sowie »Kampfgruppe Hess – Verrat – Rache«. Der Dom wurde mit einem Judenstern und der Losung »Juden raus!« beschmiert. (Lausitzer Rundschau, 4.6.)

Potsdam
Im Zusammenhang mit der geplanten Verlegung des Asylbewerberheimes mit 200 Plätzen nach Hermannswerder, druckte die Zeitung »Der Potsdamer« am 4.6. einen Brief einer Potsdamer Leserin, in dem diese offen ihre ausländerfeindliche Haltung bekennt und begründet. Sie schrieb u. a.: »Was wollen die über acht Millionen Asylbewerber bei uns in Deutschland? Wir deutschen Bürger haben diese Leute nicht gerufen, die nicht nur unsere Wohnungen, auch Arbeitsplätze wegnehmen. Diese Menschen kommen aus Ländern, die nicht unsere Mentalität haben, und sie sind nicht gewillt, sich uns Deutschen anzupassen ... Unsere Jugend sitzt zu Hause ohne Arbeit rum, und Ausländer bekommen Arbeit und Wohnung. Selbst die Ex-Jugoslawen wollen Deutschland nicht mehr verlassen. Nicht, weil sie hier beschimpft werden, sondern weil ihnen die gebratenen Tauben in den Hals geschmissen werden. Es kann nur eine Lösung geben: Raus mit diesen Asylanten«. (Der Potsdamer, 4.6.)

Häsen
Bei einer Sportveranstaltung am 7.6. wurde ein dunkelhäutiger Besucher von einem Jugendlichen angegriffen, beschimpft, bespuckt und mit Fäusten geschlagen. (ND, 9.6.)

Perleberg
Am 9.6. wurde ein Asylbewerber aus Palästina von vier Jugendlichen angegriffen, geschlagen, getreten und verletzt. (ND, 11.6.) Einige Tage später konnte ein 21jähriger wegen des Angriffs in Perleberg verhaftet werden. (ND, 14.6.)

Görzke
In dem Ort in der Nähe von Potsdam wurden drei Asylbewerber in der Nacht zum 14.6. von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen. Bei einer Freiluft-Diskothek auf dem Schützenplatz des Ortes verfolgten etwa 15 Jugendliche mit Stöcken und Messern bewaffnet die Ausländer und schlugen einen Inder zusammen. Dieser wehrte sich mit einem Messer und verletzte einen Angreifer mit schweren Stichverletzungen. Der Verletze war nicht zur Aussage vor der Polizei bereit. (Frankfurter Rundschau, 18.6.)
Am 16.6. meldeten sich drei Bewohner eines Asylbewerberheimes bei der Polizei mit der Aussage, in der Diskothek von etwa 15 Jugendlichen überfallen und gejagt worden zu sein. Dabei habe der Inder einen Angreifer mit einem Messer verletzt. (Berliner Morgenpost, 18.6.)

Fürstenwalde
In den frühen Morgenstunden des 14.6. wurde ein 35jähriger Angolaner, der als Zusteller der »Märkischen Oderzeitung« unterwegs war, von zwei Unbekannten zunächst angepöbelt, dann verfolgt, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und in die Nieren und schließlich, am Boden liegend, mit Füßen getreten. Da der Angolaner eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt, arbeitete er als Zusteller. (Märkische Oderzeitung; Berliner Zeitung; Berliner Morgenpost, 16.6.)

Fürstenwalde
Zwei Unbekannte griffen am 19.6. auf offener Straße einen 24jährigen Libanesen an und schlugen ihn. Die Täter flüchteten. Eine ausländerfeindliche Tat sei nicht auszuschließen. (Tagesspiegel, 21.6.; ND, 21./22.6.)

Wildau
Wegen der Anzeige eines Hitlergrußes veranlaßte die Polizei am 21.6. bei einem 26jährigen eine Wohnungsdurchsuchung. Dabei stellte sie eine Handgranate und Munition für Maschinenpistolen sicher. Gegen den Jugendlichen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz eingeleitet. (Tagesspiegel; ND, 24.6.)

Ruhlsdorf
In einem Leserbrief an die »Märkische Oderzeitung« schilderten Schüler einer 9. Klasse eines Gymnasiums aus Recklinghausen ihre positiven Eindrücke während ihres Aufenthaltes im Feriendorf Dorado in Ruhlsdorf Anfang Juni. Die einzig negative Erfahrung dieser Tage waren die Skinheads am Strand des Sees, die dort öfters campierten und lautstark feierten. Die Polizei sorgte für ihre Sicherheit, schreiben die Schüler, dennoch hätten viele von ihnen noch Angst. (Märkische Oderzeitung, 26.6.)

Am 27.6. veröffentlichte die »Märkische Allgemeine« einen Bericht unter der Überschrift: »Wenn die Angst stumm macht.« Viele Zeugen in Brandenburg schweigen, weil sie bedroht werden.« So war ein Bürger Zeuge eines ausländerfeindlichen Angriffs mit schweren Verletzungen geworden. Er war bereit, mit 18 weiteren Zeugen der Polizei Aussagen zu machen. Die weiteren Zeugen, die alle, wie auch der Täter, aus dem Ort stammten, konnten sich an nichts mehr erinnern. In den Tagen nach der Tat und vor dem Prozeß sah sich der nun einzige Zeuge mehrfach Bedrohungen und Schikanen ausgesetzt, Autodiebstahl, Tötung seines Hundes, Entwendung seiner Post u.a. In dieser Zeit lebte er in Angst. Solche Vorfälle sind kein Einzelfall. (Märkische Allgemeine, 27.6.)

Königs Wusterhausen
Am 2.7. wurde ein 21jähriger Asylbewerber aus Kenia aus einer Gruppe von etwa sechs Jugendlichen heraus ohne erkennbaren Grund beschimpft, geschlagen und getreten, als er auf dem Bahnhof auf einen Zug wartete. Ein 17jähriger aus Königs Wusterhausen konnte festgenommen werden. (ND; Frankfurter Rundschau; Berliner Zeitung, 3.7.)

Herzsprung
Etwa 30 bis 40 Jugendliche im Alter von 16 bis 26 Jahren trafen sich am 4.7. zu einer als privat deklarierten Geburtstagsfeier an einer Badestelle des Parsteinsees. Sie kamen vor allem aus den Städten Angermünde, Schwedt und Eberswalde. Das Geburtstagstreffen war auf Antrag von zwei Parsteiner Jugendlichen vom Bürgermeister, Heinz Georg Müller, genehmigt worden. Die Gemeinde hatte sogar das Zelt und einen Stromanschluß zur Verfügung gestellt. Im Laufe des Abends wurden rechtsextreme Lieder mit Texten wie »Ausländer raus und »Wir sind das braune Bataillon« oder »SA marschiert« abgespielt und ausländerfeindliche Parolen gebrüllt sowie Signalmunition abgeschossen. Anwohner der naheliegenden Bungalowsiedlung alarmierten die Polizei, die die Versammlung auflöste. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit Jugendlichen. Während der Räumungsaktion der Polizei versuchte der Bürgermeister zwischen Polizei und den Jugendlichen zu vermitteln. Das Auftreten der Polizeibeamten hielt er für »weit überzogen. »Ich hatte den Eindruck, die wollten hier eine Übung machen«, erklärte er.
In einem Gespräch mit der »taz« auf die Frage, warum er Rechtsradikalen eine Veranstaltung genehmigte, antwortete er: »Daß da Rechtsradikale dabeisein sollten, wußte ich nicht. Mein Sohn hat auch fast Glatze, die rennen heute doch alle so rum.« Beim Vernehmen der rechten Musik konnte er nicht einordnen, »ob das Lied verboten ist oder nicht«. Obwohl er einräumte, daß es in der Region Probleme mit Rechtsradikalen gibt, antwortete er auf die Frage nach der Stimmung im Dorf: »Die sagen, wenn nicht die Übermacht gekommen wäre, wäre nichts passiert. Und passiert ist ja auch nichts. Gut, es sind Straftaten, wenn einer mit der Waffe hantiert. Aber im Grunde ist nichts passiert.« (taz, 8.7.)
Der Bürgermeister wurde von der Polizei wegen Behinderung polizeilicher Maßnahmen festgenommen und legte inzwischen vorübergehend sein Amt nieder. (taz; Berliner

Morgenpost; Märkische Oderzeitung, 8.7.; ND, 8.7., 9.7.; Frankfurter Rundschau, 8.7.)
Bereits eine Woche vor dem Vorfall in Herzsprung hatte die Polizei eine Feier von Rechtsradikalen im benachbarten Schmargendorf aufgelöst. Der Personenkreis sei der gleiche gewesen. (Märkische Allgemeine Zeitung, 11.7.)
Im Zusammenhang mit der Anmeldung solcher Treffen als »private Geburtstagsfeier«, sprach schon vor einem Jahr der Leiter des sächsisch-anhaltinischen Staatsschutzes, Hermann Hartmann, von einer neuen Taktik der Rechtsextremisten: Unter dem Deckmantel legaler und kurzfristig verabredeter Zusammenkünfte wie eben Geburtstagsfeiern sollen neue Kommunikationsverbindungen entwickelt und Feindbilder gefestigt werden. (vgl. Bulletin 1/1997; Chronik 1996, S. 24)

Saarmund
Drei italienische Bauarbeiter wurden von Unbekannten angegriffen. Der Angriff geschah am Abend des 4.7., wurde von der Polizei aber erst am 6.7. mitgeteilt. Anhaltspunkte für eine ausländerfeindliche Motivation gebe es nicht, da die Italiener nicht entsprechend beschimpft wurden. Die Italiener waren auf dem Weg zu ihren Wohncontainern. Sie hatten sich mit zwei Mädchen unterhalten, als drei Autos hielten. Drei junge Männer stiegen aus, schlugen und traten auf die Italiener ein und fuhren zusammen mit den Mädchen davon. (Märkische Oderzeitung; Berliner Zeitung; ND, 8.7.)

Potsdam
Vier Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren versuchten am 8.7. in einen Imbiß-Verkaufsstand einzudringen. Sie drohten dem türkischen Verkäufer, in der Nacht wiederzukommen und den Kiosk anzuzünden. Als sie versuchten, von hinten in den Kiosk einzudringen, wurde der 25jährige Türke geschlagen und von einer Flasche getroffen. Er wehrte sich mit einem Dönermesser und verletzte einen der Jugendlichen schwer. Passanten alarmierten die Polizei. Diese nahm die drei unverletzten Angreifer sowie den leichtverletzten Türken mit. Er wurde mit ihnen mehr als 12 Stunden in Gewahrsam gehalten und vernommen. Gegen ihn wird wegen Körperverletzung ermittelt. Die rechten Jugendlichen sind der Polizei bereits wegen fremdenfeindlicher Vorfälle bekannt, es gebe auch mehrere Ermittlungen zu Diebstählen, Einbrüchen und Körperverletzung. (Tagesspiegel; Frankfurter Rundschau; ND; Märkische Allgemeine Zeitung, 10.7.)

Waßmannsdorf
Nach einem Angriff auf mehrere Ausländer des Asylbewerberheimes wurden am 9.7. vier Bauarbeiter festgenommen. Die aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden Männer hatten einen Wachschutz-Mitarbeiter und mehrere Ausländer in dem Heim mit Zaunlatten bedroht. Wie Heimbewohner aussagten hatten, sie schon zuvor drei Asylbewerber im Ortszentrum mit Steinen und Bierbüchsen beworfen und ausländerfeindliche Parolen gegrölt. (Tagesspiegel; ND; Berliner Zeitung; Märkische Allgemeine Zeitung, 11.7.)

Gräbendorf
In der Nacht zum 9.7. randalierte eine Gruppe Jugendlicher aus Berlin auf dem Campingplatz Hölzener See bei Gräbendorf. Sie grölten Nazi-Lieder und feuerten Schreckschußpistolen ab. Keiner der etwa 1000 Camper alarmierte die Polizei, erst am nächsten Tag wurde sie verständigt. Auch wollte zunächst keiner der Camper gegen die Jugendlichen aussagen, gegen die die Staatsanwaltschaft wegen Grölens von Naziliedern ermittelt. (Berliner Morgenpost, 11.7.)

Körba
Auf einem Jugend-Campingplatz der Gemeinde an einem See randalierten am 13.7. acht Jugendliche. Dabei wurde ein 16jähriger aus Leipzig ins Gesicht getreten und mußte im Krankenhaus behandelt werden. Sie beschädigten außerdem zwei Mopeds und rissen ein Zelt ein. Schon in der Nacht zuvor war die Polizei zum See gerufen worden, weil Jugendliche Nazi-Parolen grölten. Als Beamte am nächsten Tag die etwa 150 Meter vom Ort der nächtlichen Grölerei entfernten Camper befragte, wollte niemand etwas gehört haben. (Tagesspiegel; Frankfurter Rundschau, 15.7.; ND, 16.7.)

Potsdam
Bei einer Versammlung von 10 Jugendlichen am 16.7. in einer Wohnung wurden Nazi-Lieder gesungen und rechte Parolen gegrölt. Bei der anschließenden Wohnungsdurchsuchung wurden Munition, Bilder und Nazi-Auszeichnungen gefunden. Drei der Jugendlichen seien der Polizei bekannt. (ND; Berliner Zeitung; JW, 18.7.)

Potsdam
Der Minister für Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten in Brandenburg, Hans Otto Bräutigam, befürchtet eine schwierige Diskussion über die EU-Osterweiterung. Viele Brandenburger haben Angst vor Billiglohnarbeitern aus Osteuropa. In einem Gespräch mit dem »Tagesspiegel« spricht er sich angesichts teilweiser berechtigter Sorgen um den Arbeitsplatz für Übergangsregelungen aus und antwortet auf die Frage, ob die Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg noch weiter zunehmen werde: »Es gibt hier eine gewisse fremdenfeidliche Stimmung. Diejenigen, die ihre Fremdenfeindlichkeit ganz offen zum Ausdruck bringen, sind nicht so viele – die Zahl der Übergriffe ist nicht das Erschreckende dabei, sondern deren Brutalität. Zugleich ist nicht zu übersehen, daß die Ängste gegenüber Fremden zugenommen haben. Das ist ein anderes Thema als Billiglohnarbeiter. Beide Themen berühren sich, doch die fremdenfeindliche Stimmung ist vor allem eine Folge der Verunsicherung seit der Wiedervereinigung. Wir haben es, zugespitzt gesagt, mit einer Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde zu tun. Die tiefere Ursache für die fremdenfeindliche Stimmung unter den Brandenburgern liegt im Mangel an Gewöhnung an Fremde. Sie wird im gleichen Maß wie die Verunsicherung zurückgehen.« (Tagesspiegel, 20.7.)

Am 22.7 berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« über das Problem des Rechtsextremismus in Brandenburg. In Gesprächen mit Verantwortlichen im Land wurde die

gesellschafliche Verfassung des Landes beschrieben. Fremdenfeindliche Übergriffe ereignen sich fast täglich, trotz des geringen Ausländeranteils von nur etwa zwei Prozent. Die Ausländerbeauftragte Almuth Berger sagte der Zeitung: »Ein großer Teil der Bevölkerung nimmt die fremdenfeindlichen Übergriffe schweigend hin oder billigt sie sogar.« Menschen mit einer anderen Einstellung seien in der Minderheit oder fürchten sich, mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit zu gehen. Für rechtsextremistische Gruppen sei es in Brandenburg möglich, ganze Stadtteile oder Dörfer zu beherrschen, resümierte die Ausländerbeauftragte. Gleichzeitig fördere auch die öffentliche politische Diskussion eine Atmosphäre, in der Ausländer pauschal abgelehnt werden. Ein Unterschied zwischen der Fremdenfeindlichkeit in Ost und West sieht die Ausländerbeauftragte in der Art, wie sie in Ostdeutschland ungehindert und unwidersprochen artikuliert werden kann. »Es gelingt der Gesellschaft nicht, ihre Werte so deutlich zu vertreten, daß Konsens gegenüber der Gewalt herrscht«, sagte sie. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 7.)

Hennigsdorf
Seit dem 18. 7. kursierten in der Stadt zahlreiche Flugblätter, auf denen eine »Kameradschaft Oberhavel« die Einwohner der Stadt auffordert, sich für den Abriß des sowjetischen Ehrenmals einzusetzen. Das Ehrenmal wird als »Schandmal« bezeichnet, die »angebliche Befreiung« mit »Vergewaltigung und Mord« in Verbindung gebracht und die Verschwendung von Steuergeldern für ein »Russendenkmal« moniert. Aus Protest gegen die von der Stadt bewilligte Bereitstellung von Geldern für die Sanierung des Ehrenmals wurde die Bevölkerung für den 26. 7. zu »phantasievollen Aktionen« mit »geeigneten Gerätschaften« aufgerufen.
Die »Kameradschaft Oberhavel« eine 1996 gegründete, formell eigenständige Gruppierung und besonders aktive Untergliederung der »Nationalen« unter Leitung von Frank Schwerdt wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft. Sie besteht aus 20 bis 25 Personen, gibt eine eigene Publikation heraus und pflegt gute Verbindungen zu Berliner Rechtsextremisten. Die per Flugblatt angekündigte Versammlung war nicht offiziell angemeldet, somit gab es für die Polizei keinen Grund für ein eventuelles Verbot oder die Erteilung von Auflagen. (ND, 24., 25. 7.)
Die für den 26. 7. geplanten rechtsextremistischen Aktivitäten konnten durch eine verstärkte Polizeipräsenz verhindert werden. (taz, 24. 7.; ND, 28. 7.)

Bagenz
Auf dem Zeltplatz des Ortes am Spremberger See wurden am 31. 7. nachts bei einem Überfall von etwa 30 teils vermummten Jugendlichen aus der linken Szene vier jugendliche Camper aus Görlitz verletzt. Dem Überfall vorausgegangen waren Streitigkeiten mit den Görlitzern, die laut rechtsorientierte Musik abgespielt hatten. Die Täter hatten sich anschließend Verstärkung geholt und mit »Nazischweine, verpißt euch« Rufen die Görlitzer mit Baseballschlägern verprügelt. Die Camper in Bagenz befürchteten weitere Gewalttätigkeiten zwischen Jugendlichen der rechten und linken Szene. Der Polizeisprecher legte Wert auf die Feststellung, daß es im Bereich Cottbus »so einen Vorfall überhaupt noch nicht« gegeben hätte.
Der »Tagesspiegel« kommentierte den Vorfall als eine »Ferienvariante des brutalen Hauens und Stechens unter Jugendlichen, wie es ständig und überall zu beobachten ist«, egal ob zuerst Rechte oder Linke provoziert und dann geschlagen haben. (Märkische Oderzeitung; Frankfurter Rundschau; Tagesspiegel; ND; Berliner Zeitung, 2. 8.)

Frankfurt (Oder)
Ende Juli wurden drei Skinheads, die im Jahre 1996 monatelang die Oderregion terrorisiert hatten, von einem Jugendschöffengericht wegen mehrfacher Gewaltexzesse an Jugendlichen zu mehrjähriger Freiheitsstrafe bzw. mit Bewährung verurteilt. (Tagesspiegel, 1. 8.)

Fredersdorf
Zum »Zecken Aufklatschen« wurde am 2. 8. das Grundstück des früheren DDR-Bürgerrechtlers Reinhard Schult und des ehemaligen Mitglieds des PDS-Bundesvorstands, Karin Dörre, von etwa 25 Jugendlichen mit »Heil Hitler-Rufen« gestürmt. Es wurden Fensterscheiben eingeworfen und die Gäste der Geburtstagsfeier angegriffen und verletzt, Reinhard Schult mußte mit Gehirnerschütterung und Blutergüssen im Krankenhaus behandelt werden. Unter den Gästen war auch eine Mitarbeiterin des Jugendcafés in Angermünde, das in der Region wegen seiner engagierten Ausländerarbeit bekannt ist. (Berliner Zeitung, 6. 8.; taz; Berliner Zeitung, 9. 8.))

Frankfurt (Oder)
Am Abend des 6. 8. überfielen sieben Jugendliche zwei arabische Asylbewerber auf der Straße und verletzten einen so schwer, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Jugendlichen hatten in einer Straßenbahn rechtsextremistische Lieder gegrölt, und, als sie auf der Straße die Ausländer sahen, den Fahrer zum Anhalten aufgefordert. Der fuhr jedoch bis zur nächsten Haltestelle weiter, von wo die Jugendlichen zurückliefen und auf einen der Ausländer einschlugen. Die Staatsanwaltschaft hielt den Fall für so gravierend, daß sie eine Belohnung von 5000 Mark zur Ergreifung der Täter ausgesetzt hatte. (Märkische Oderzeitung; ND; Frankfurter Rundschau; Tagesspiegel, 8. 8.)
Ein Woche später konnten sechs »als sogenannte Rechte« und »zum Teil einschlägig bekannte« Jugendliche festgenommen werden. Der Ausländerbeirat der Stadt forderte angesichts wiederholter Angriffe rechter Gruppen auf in Frankfurt lebende Ausländer von den Justizbehörden »endlich einmal ein nach dem Gesetz mögliches Schnellverfahren« zur Verurteilung der Täter. (Märkische Oderzeitung, 16./17. 8.)

Rauen
Ein für den 9. 8. geplantes Konzert des Liedermachers Veit Keltenborn wurde am 9. 8. vom Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) verboten. Der Veranstalter war Frank Schwerdt. (Chronologie der Verbote im Land Brandenburg, T. II, Ministerium des Innern)

Frankfurt (Oder)
Eine für den 9. 8. geplante Demonstration aus dem Umfeld der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) unter dem Motto: »Freiheit für Erich Priebke« wurde am 8. 8. vom Polizeipräsidium der Stadt verboten. (Chronologie der Verbote im Land Brandenburg, T. II, Ministerium des Innern)

Fürstenwalde
Unter dem Veranstaltungsmotto: »Erst Heß, jetzt Priebke – Gerechtigkeit statt Siegerwillkür!« wurde für den 9. 8. von den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) eine Demonstration angemeldet. Sie wurde am 8. 8. verboten. (Chronologie der Verbote im Land Brandenburg, T. II, Ministerium des Innern)
Um das Verbot durchzusetzen, kündigte die Polizei verstärkte Kontrollen an und empfahl den Bürgern, den Bahnhofsvorplatz in Fürstenwalde ganz zu meiden. (Märkische Oderzeitung, 9./10. 8.)

Frankfurt (Oder)/Fürstenwalde
Die für den 16./17. 8. in beiden Städten geplanten Gedenkveranstaltungen zum zehnten Todestag von Rudolf Heß hat das Polizeipräsidium untersagt. Begründet wurde das Verbot mit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Zu den Veranstaltungen waren etwa 500 Neonazis angemeldet worden. (Berliner Zeitung; ND, 9./10. 8.)

Fürstenwalde
Zwei liberianische Asylbewerber wurden am 10. 8. nachts überfallen. Sie waren mit Fahrrädern unterwegs in das Zentrum der Stadt, als sie von einer Gruppe von etwa 15 Jugendlichen angehalten, beschimpft, geschlagen und getreten wurden. Beide Opfer erlitten Verletzungen. Bei der Anzeige war für die Polizei das Motiv »unklar«. (ND; Berliner Morgenpost; taz, 13. 8.)
Drei Tage später ermittelte die Polizei zwei Tatverdächtige, von denen einer, der als Rädelsführer des Überfalls galt, bereits am Vorabend aufgefallen war, als ein illegales Konzert mit einem rechtsradikalen Sänger im Nachbarort Rauen aufgelöst wurde. (Märkische Oderzeitung, 14. 8.)

Hennigsdorf
Am 15. 8. wurde die rechtsextremistische »Kameradschaft Oberhavel« verboten. Es handelte sich bundesweit um das erste Verbot einer »Kameradschaft«. Die »Kameradschaft Oberhavel« war 1996 mit Hilfe führender Funktionäre des in Berlin ansässigen Vereins »Die Nationalen e. V.« gegründet worden. Die etwa 30 Mitglieder, die meisten um die 20 Jahre alt, hatten sich regelmäßig zu Schulungen und auch zu wehrsportlichen Übungen getroffen, in der Vereinszeitschrift wurde nationalsozialistische Propaganda betrieben. Die Gründung scheinbar unabhängig von einander agierender Gruppierungen ist eine neue Strategie der Rechtsextremisten, sich Verboten zu entziehen. (Märkische Allgemeine Zeitung; ND; Tagesspiegel; Berliner Zeitung, 16./17. 8.)

Göhlsdorf
Während eines Dorffestes am 15. 8. randalierten 30 bis 40 Skinheads, die von Augenzeugen als Potsdamer und Werderaner erkannt wurden. Nach Gesprächen mit der Polizei fuhren sie zunächst weg, blieben aber in Ortsnähe. Nach Mitternacht wollten sie sich nicht mit dem Ende des Festes abfinden. Sie rissen ein Festzelt nieder und gingen auf Bürger los. (Märkische Allgemeine, 18. 8.)

Hennigsdorf
Rund 40 an Verkehrsschildern und Lichtmasten angeklebte Aufkleber, die zum »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« aufriefen, wurden am 16. 8. in der Stadt entfernt. Auf anderen Aufklebern hieß es: »Arbeit zuerst für Deutsche – NPD macht Ordnung«. (Berliner Zeitung, 17. 8.)

Potsdam
An mehreren Orten Potsdams bzw. an Autobahnbrücken wurden am Morgen des 17. 8. Bettlaken mit Aufschriften wie »Rudolf Heß lebt« und »Rache für Rudolf Heß« von der Polizei entfernt. (Potsdamer Neueste Nachrichten, 18. 8.)

Spremberg
Am 17. 8. kam es vor dem offenen Jugendtreff zu schweren Auseinandersetzungen zwischen etwa 20 der rechten Szene zugehörigen und 40 bis 50 linken Jugendlichen. Bei der Straßenschlacht wurden auch PKWs beschädigt und Fensterscheiben eingeworfen. Gegen 15 Jugendliche wird wegen schweren Landfriedensbruch ermittelt. Verantwortliche des Netzwerkes Kinder- und Jugendarbeit, der Verein betreut den offenen Jugendtreff, gingen davon aus, daß die »randalierenden Chaoten« zugereiste waren. Streetworker zeigten sich ratlos, ein Polizeisprecher verwies auf ein Konfliktpotential unter den Jugendlichen, daß sich »von Racheakt zu Racheakt hochgeschaukelt« hat. Allerding sei Spremberg kein Einzelfall, ähnliche Vorfälle gab es schon in Finsterwalde, Senftenberg, Elsterwerda. (Lausitzer Rundschau, 19. 8.)

Falkensee
Am 17. 8. überfielen früh morgens mehrere Unbekannte mit Baseballschlägern schlafende Berliner und Brandenburger Camper am Ufer des Falkenhagener See. Vier Jugendliche wurden schwer verletzt, die Täter konnten fliehen. (Berliner Morgenpost, 19. 8.)
Eine Woche später hatte die Polizei 12 Jugendliche Täter ermittelt, die nach Polizeiangaben kein »politisches Motiv« hatten, sondern sich für eine Schlägerei zwischen Jugendlichen in der Kleinstadt rächen wollten. (Märkische Allgemeine, 26. 8.)

Frankfurt (Oder)
Vor dem Landgericht begann am 18. 8. der Prozeß gegen zwei Männer, die im Januar 1997 einen Vietnamesen in Fredersdorf so brutal mißhandelt hatten, daß er später an den schweren Verletzungen starb. Die Täter waren stark betrunken, ihr Motiv war Ausländerhaß. (Tagesspiegel, 18. 8.)

Eberswalde
Sieben Jugendliche wurden am 21. 8. beim Singen rechtsradikaler Lieder festgenommen. Die von Bürgern alarmierte Polizei fand rechtsextremistische Aufkleber, Aufnäher und Handzettel. (ND, 23./24. 8.)

Linthe
Am 23. 8. schlugen drei Jugendliche einen 30jährigen Tunesier vor einem Lebensmittelmarkt. Er mußte sich in stationäre Behandlung begeben. (Märkische Allgemeine Zeitung, 27. 8.; ND, 28. 8.)

Milmersdorf
Zwei russische Aussiedler wurden am 6. 9. von zehn unbekannten Tätern angegriffen, geschlagen und getreten. (ND; Tagesspiegel, 8. 9.)

Potsdam
Drei Jugendliche wurden am 11. 9. in der Stadt festgenommen, weil sie rechte Parolen grölten und Aufkleber mit rechtem Inhalt bei sich trugen. (Berliner Morgenpost, 14. 9.)

Paulinenaue (Havelland)
Am 12. 9. wurden drei Bewohner einer Unterkunft für polnische Lehrgangsteilnehmer von drei deutschen Jugendlichen verprügelt sowie Scheiben und Türen der Unterkunft beschädigt. Die Polizei schloß bei der Vernehmung der Jugendlichen einen ausländerfeindlichen Hintergrund aus, da sie angaben, die Polen hätten die Mädchen aus ihrem Dorf »angemacht«. (Berliner Morgenpost, 15. 9.)

Oranienburg
Die Bewohner der Siedlung, die zum ehemaligen KZ-Sachsenhausen gehörte und seit 1982 privat bewohnt wird, wehren sich seit Jahren gegen strenge Auflagen der Denkmalschützer, die das Ensemble aus KZ, Truppenlager und Siedlung erhalten wollen. Dabei geht es den Bewohnern um die Sorge, daß sie bei Verstoß gegen die strengen Auflagen enteignet werden könnten, aber auch um die Angst, ihre Siedlung könnte zu einem Wallfahrtsort für Neonazis werden. (Tagesspiegel, 13. 9.)

Ludwigsfelde
In der Nacht zum 14. 9. wurde ein italienischer Bauarbeiter auf dem Weg von einer Disko zu seinem Hotel von sieben Unbekannten angegriffen und verletzt. Er mußte ambulant behandelt werden. (Berliner Morgenpost, 15. 9.)

Frankfurt (Oder)
Zwei Jugendliche in betrunkenem Zustand grölten am 15. 9. abends von einem Baugerüst im Zentrum der Stadt rechte Parolen. (Berliner Zeitung, 17. 9.)

Pritzwalk
Am 18. 9. wurde eine Punk-Band bei einer Probe im Kulturzentrum »Volkshaus« von 15 rechtsradikalen jungen Männern mit Baseballschlägern überfallen. Drei Bandmitglieder erlitten sehr schwere Kopfverletzungen. Die Schläger zerstörten außerdem Mobilar und Instrumente der Band, bevor sie grölend in die Innenstadt weiterzogen, wo sie parkende Autos beschädigten. (ND; Berliner Morgenpost; Frankfurter Rundschau, 20. 9.)
Die Staatsanwaltschaft vermutet einen langfristig vorbereiteten, gezielten Angriff auf die Punkband, einige Mitglieder gehörten der Hausbesetzerszene in Perleberg an. Die der Polizei einschlägig bekannten und vorbestraften rechten Jugendlichen kamen aus dem Kreis Prignitz, Potsdam und dem Landkreis Teltow-Fläming. (taz; Tagesspiegel, 20. 9.)
Vor dem Überfall gab es telefonische Hinweise von Bürgern an die Polizei, daß im Ort »Neonazis unterwegs sind und randalieren«. Zeugen belasteten die Polizei, zu spät reagiert zu haben. Die Polizei kam erst zum Tatort, als die Opfer, von Freunden in die Klinik gebracht, schon behandelt wurden. (taz, 22. 9.; Märkische Allgemeine Zeitung, 24. 9.)
Nach dem brutalen Überfall gab es einige Tage später insgesamt acht Haftbefehle wegen versuchten Mordes und schweren Landfriedensbruch. (ND, 23. 9.)

Fürstenwalde
Nach eigenen Aussagen wurde ein marokkanischer Asylbewerber von sechs jungen Männern am 20. 9. zusammengeschlagen. Er wurde im Krankenhaus behandelt. (Märkische Oderzeitung, 23. 9.)

Erkner
Fünf jugendliche Männer und vier Mädchen sangen bei einer Feier am 21. 9. in einer Wohnung lautstark Nazi-Lieder und grölten rechte Parolen. Nachbarn alarmierten die Polizei, die die Jugendlichen festnahmen. Dabei leisteten sie erheblichen Widerstand, vier Polizisten wurden verletzt. (Märkische Oderzeitung; Berliner Zeitung; ND, 23. 9.)

Gollwitz
Seit Mitte September stand die kleine Gemeinde mit 400 Einwohnern in den Schlagzeilen, weil sie sich gegen die Unterbringung von 50 bis 60 jüdischen Aussiedlern aus der früheren Sowjetunion in dem leerstehenden alten Gutshaus des Ortes wehrten. Für die einen ist der Ort zu klein, man fürchtet die daraus resultierenden Konflikte, die anderen befürchten Kriminalität, andere wollen kein zweites Dolgenbrodt, sie haben Angst vor ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Die Einwohner fühlten sich übergangen und vom Beschluß zu spät informiert, mit dem Gutshaus hatten sie andere Pläne. Der Bürgermeister kann mit den vielen Fremden Sicherheit und Ordnung nicht gewährleisten. So faßte die Gemeindevertretung am 18. 9. einstimmig den Beschluß, die Aussiedler nicht aufzunehmen. »Der Aufenthalt der Immigranten würde erheblich in das dörfliche Gemeinschaftsleben eingreifen und die Entwicklung des Ortes behindern«, hieß es in der Erklärung. »Wir sind nicht ausländerfeindlich«, sagte der Bürgermeister, »doch viele befürchten, daß mit den Ausländern auch Rechtsradikale ins Dorf kommen.« Den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit wiesen die Einwohner zurück, einige ihrer Argumente gegen die Aufnahme sind jedoch unmißverständlich. Nachfolgend einige O-Töne aus den zahlreichen Presseberichten:
»Wenn die kommen, ziehe ich einen meterhohen Zaun um mein Grundstück.« »Den Ausländern stecke man alles hinten und vorne rein ...« »Keiner muß sich wundern, wenn es hier mal brennt«. »Die Juden, die immer nur Geschäfte machen, die sollen doch nach Israel gehen, wo sie herkommen.« »Das kann man doch jeden Tag im Fernsehen sehen. Diese Kriminellen, die Einbrecher aus dem Osten.« »Ist doch allgemein bekannt, daß Ausländer keine Friedensbringer sind.« »Wenn Rumänen oder Asylanten

kommen, hat jeder Angst um sein Hab und Gut. Das ist vielleicht ausländerfeindlich, aber nicht braun.«
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama, klassifizierte das Geschehen als neuerlichen »antisemitischen« Höhepunkt. Die Landesregierung räumte »Planungsfehler ein, und entschied, daß vorerst keine Aussiedler nach Gollwitz sollen. (Märkische Allgemeine Zeitung 24.9.; Berliner Morgenpost; ND; Frankfurter Rundschau; 25.9.; Märkische Oderzeitung; ND, 27.9.; taz, 2. 10.)

Bernau
Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen mit fremdenfeindlichem Hintergrund sorgten für Unruhe in der Stadt. Die etwa 200 nach Bernau gezogenen Aussiedler-Familien aus den ehemaligen GUS-Republiken wurden schon öfter Ziel verbaler, aber auch tätlicher Angriffe einheimischer Jugendcliquen. Am 21.9. standen sich im Ortsteil Bernau-Süd etwa 100 Jugendliche beider Seiten gegenüber. Die Polizei konnte eine Schlägerei verhindern. Ein Lehrer einer Gesamtschule, der zunehmende Aggressionen gegen Aussiedlerkinder beobachtet, initiierte einen Appell der Bernauer Stadtverordneten an die Bürger, die Gewalt nicht eskalieren zu lassen. (Berliner Morgenpost, 27.9.)

Pritzwalk
Am 29.9. wurde ein Inder von einem 22jährigen Jugendlichen geschlagen, getreten und schwer verletzt. In einem Wortgefecht wurde der Inder zuvor mehrmals mit »Neger raus« beleidigt, auch gegen die anwesende deutsche Verlobte und das Kind gab es Pöbeleien. Die Frau versuchte den alkoholisierten Angreifer zu beruhigen. Der Täter konnte flüchten, nach dem Haftbefehl gegen den mehrfach vorbestraften wurde von einem fremdenfeindliches Motiv gesprochen. (Tagesspiegel; ND; Berliner Morgenpost, 1. 10)

Jüterbog
Ein 19 Jahre alter Jugendlicher beschädigte am 1. 10. aus persönlichem Frust und Ausländerhaß, wie er eingestand, 36 Gräber auf dem Jüterboger St.-Jacobi-Friedhof und beschmierte sie mit Naziparolen. Außerdem besprühte er die Eingangstür, Fenster und Rückfront des Kirchengebäudes mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen. (ND, 2. 10, 4. 10.)

Hermannswerder
Das geplante Asylbewerberheim wird entsprechend eines Beschlusses der Potsdamer Stadtverordneten vom 1. 10. auf der Insel Hermannswerder eingerichtet. Eine Bürgerinitiative hatte im Vorfeld der Entscheidung Einspruch erhoben. Asylbewerber seien unerwünscht, die Polizei und die eigens zum Schutz der Bürger gegründete Bürgerwehr könnten dem Asylbewerberheim keinen ausreichenden Schutz vor Übergriffen bieten. (ND, 4. 10.)

Fahrland
Ein 32 Jahre alter ausländischer Arbeitnehmer aus Ungarn wurde in der Nacht zum 6. 10. von sechs bis zehn Jugendlichen mit Baseballschlägern verprügelt, als er sich weigerte, Geld herauszugeben. Er wurde schwer verletzt in einem Krankenhaus versorgt. (Märkische Allgemeine Zeitung; ND; Berliner Morgenpost, 7. 10.)

Birkenwerder
Am 8. 10 entdeckten Passanten Schmiererein auf der Sraße. Unbekannte hatten Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole auf die Fahrbahn geschmiert. Im Museum der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen wurden auf einer Ausstellungstafel Parolen mit volksverhetzendem Inhalt geschmiert. (ND; Berliner Zeitung, 9. 10.)

Prenzlau
Zwei Jugendliche beschimpften am 8. 10. einen vietnamesischen Imbißbetreiber vor seinem Geschäft mit fremdenfeindlichen Parolen. Als der Vietnamese sie zur Rede stellen wollte, gingen die Jugendlichen mit einer Flasche auf ihn los und verletzten ihn. Der Angegriffene wehrte sich mit einem Messer und verletzte einen der Angreifer. Als Tatmotiv stellte sich bei der Vernehmung Ausländerfeindlichkeit heraus. (ND; Frankfurter Rundschau, 10. 10.)

Gollwitz
Am 9. 10 einigten sich die Gemeindevertreter mit einer knappen Mehrheit darauf, die Gespräche über die kurzfristige Nutzung des Gollwitzer Herrenhauses für jüdische Zuwanderer wieder aufzunehmen. Die Bereitschaft basierte auf einem Kompromis, statt der 60 jüdischen Zuwanderer nun über die »mittelfristige Ansiedlung« von 15 bis 20 Neubürgern zu verhandeln. Die Gemeindevertretung, beschloß die jüdischen Zuwanderer nicht vor Ablauf eines Dreivierteljahres wegen notweniger Reparaturarbeiten in dem vorgesehenen Haus aufzunehmen. Der Ausländerbeauftragte des Kreises kritisierte, daß die ausländerfeindlichen Äußerungen im Vorfeld weder bedauert noch widersprochen wurden. (Frankfurter Rundschau, 11. 10.)
Nach dem sogenannten »Königsteiner Schlüssel« werden 3,5 Prozent der jüdischen Zuwanderer dem Land Brandenburg zugewiesen. Bis Ende 1996 waren es 1633 Personen. Sie kommen meist aus großen Städten, der Anteil von Akademikern überwiegt. 1997 sind rund 500 jüdische Zuwanderer dazugekommen. Die deutsche Sprache beherrschen sie kaum, deshalb, aber auch, um die Bildung jüdischer Gemeinden nicht zu erschweren, sollen sie zentral und möglichst in größeren Städten angesiedelt werden. Die Geschäftsführerein der Jüdischen Gemeinde Brandenburg in Potsdam befürchtet, daß es immer wieder aus »Mangel an Bildung und Kontakt mit Fremden« zu Gollwitzer Verhaltensmustern kommen wird. (Lausitzer Rundschau; Märkische Allgemeine Zeitung, 11. 10.)
Die ohne Scheu und Scham in der Öffentlichkeit geäußerten fremdenfeindlichen Ansichten einiger Gollwitzer sorgten für ein Dauerthema in den Medien. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, und Ministerpräsident Manfred Stolpe, der Verständnis signalisierte und die Gollwitzer gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit in Schutz genommen hatte, stritten darüber, ob das Dorf Beweis für einen neuen Antisemitismus in Brandenburg sei. Stolpe sprach von einem »Riesendefizit«, daß die Deutschen im Osten in der »multikulturellen Begegnung« hätten.
Für das ablehnende Verhalten der Einwohner stehen viele

Erklärungen, die nichts entschuldigen. Das soziale Alltagsleben überdeckt den Blick auf die Entwicklung rechter Werte und Normen, die weite Teile der Bevölkerung und der Jugend erfaßt, ob sie nun auf eigene Überlegung zurückgehen, oder ob nur Gruppennormen entsprochen wird. So berichteten Jugendliche von der Arbeitslosigkeit der Eltern, von fehlenden Ausbildungsplätzen, den Bemühungen um einen Jugendclub. Sie haben Angst, sind verunsichert und lehnen alles Fremde ab. »Fremde Kulturen gehören hier nicht her«. Wenn schon, dann solle man doch lieber Obdachlose in dem Herrenhaus unterbringen. »Das sind schließlich Deutsche, und die liegen auf der Straße.« Andere meinten, es sei doch immer dasselbe, »die Ausländer kriegen Arbeit und Geld und nehmen uns dann die Mädels weg.« (Märkische Oderzeitung, 11.10.; Kieler Nachrichten, 10.10.)

Lübben
Ein Ehrenmal für sowjetische Kriegsgefangene wurde in der Nacht zum 11.10. mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug »Heil Hitler« beschmiert. (ND, 14.10.)

Schwedt
»Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst« – so der Titel einer Recherche über das gesellschaftliche Klima in fünf ostdeutschen Städten, darunter Schwedt, erschienen bei Rowohlt von Burkhard Schröder. Obwohl es in Schwedt spektakuläre Fälle rechter Gewalt seit einiger Zeit nicht mehr gab, kann der Autor keine Entwarnung geben: »Jugendliche und Erwachsene, die das Outfit des Rechtsextremismus gewählt haben, sind für Schwedt völlig normal..., niemand schaut entgeistert hin, daß so etwas zum Stadtbild gehört ...«. Viele Kinder und Jugendliche passen sich in Kleidung, Auftreten, Freizeitverhalten den dominierenden rechten Normen an, nur um in Ruhe gelassen zu werden. Auffallend auch die Tatsache, daß ungewöhnlich viele Zeugen von Straftaten in Schwedt Angst haben, vor Gericht auszusagen, wenn der Täter kurze Haare hatte. Der Autor benennt die nach seinen Recherchen gefährlichsten und gefürchtetsten rechten Gewalttäter, die alle zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Ursachen für die Schwedter Zustände sieht Schröder in einem falschen Konzept der Schwedter Jugendarbeit. Die sei »völlig unpolitisch, was faktisch den Rechten in die Hände arbeitet ...« »Wer ... mit allen spricht, macht alle hoffähig.« So könnten Jugendliche auf die Idee kommen, daß die rechte und die linke Szene zwei Alternativen seien, für die man sich entscheiden könne. Der finanzielle und personelle Aufwand konzentriert sich fast ausschließlich auf die rechte Problemgruppe, so Schröder, »während die Masse der normalen Jugendlichen außen vor bleibt.« (Märkische Oderzeitung, 16.10.)

Netzen
Der Gemeinderrat von Netzen, ein Ort zwanzig Kilometer von Gollwitz entfernt, hat sich einstimmmig für die Aufnahme von 150 Emigranten und den Umbau eines Ferienlagers zum Aussiedlerheim ausgesprochen. In einem Beitrag des »Tagesspiegel« wird der Frage nachgegangen, ob die Einwohner von Netzen (660 Einwohner) tatsächlich anders über den Zuzug von Aussiedlern denken als die Gollwitzer Bürger. Die Wirtin sagte wie mancher im Ort: »Angst hätt ich am meisten vor den Glatzen.« Denn rechte Jugendliche gebe es genug. »Nachher brennt dann hier womöglich irgendwas, oder die schlagen zu«, sagte sie. Auch der Jugendclub sei von Rechten überfallen worden, weil man dort einen holländischen Jugendlichen vermutet hatte. (Tagesspiegel, 22.10.)

Eberswalde
Eine Gruppe Jugendlicher griff am 22. 10 abends einen 35jährigen Angolaner an. Er wurde zunächst mit rassistischen Pöbeleien belegt und geschlagen, danach hetzten zwei Jugendliche ihre Pitbull-Terrier auf ihn. Er mußte im Krankenhaus mit Bißwunden behandelt werden. Einer der Täter gehört dem rechten Spektrum an und ist den Ermittlungsbehörden bekannt. Als Motiv für den brutalen Überfall wurde Ausländerfeindlichkeit genannt. (Märkische Oderzeitung; ND, 24.10.)

Potsdam
Am 22.10., zu Prozeßbeginn gegen zwei Jugendliche, die am 13. Februar 1997 in Caputh einen Italiener nach einem gemeinsamen Gaststättenaufenthalt brutal zusammengeschlagen und ihn anschließend in der Havel ertränkt hatten, wurde die Tat nicht auf ein ausländerfeindliches Motiv zurückgeführt. Die Ermittler waren von einer »normalen« Wirtshausschlägerei ausgegangen, der Staatsanwalt wies den Verdacht, Fremdenfeindlichkeit habe eine Rolle gespielt, als »konstruiert« zurück. Ein Zeuge berichtete jedoch, es sei gut vorstellbar, daß Fremdenfeindlichkeit die Aggressivität verstärkt habe. (Berliner Zeitung; Tagesspiegel, 23.10.)
Eine »seelische Störung und Alkohol hätten zu der »Gewaltorgie« geführt. Der Bruder des Opfers sprach davon, das viele im Dorf die »Exekution« mitbekommen hätten, und niemand rechtzeitig die Polizei verständigt hätte. Auch der Richter beklagte die mangelnde Zivilcourage von Zeugen, denn sowohl Kneipenbesucher als auch Dorfbewohner konnten beobachten, wie der Italiener mißhandelt wurde. Keiner hatte eingegriffen. Auch nach der Schlägerei wurde der Italiener nicht vermißt, auch nicht von dem Wirt, bei dem er zur Untermiete wohnte. Erst einen Monat nach der Tat wurde der Leichnam des Italieners bei der Caputher Fähre gefunden. Die beiden Jugendlichen wurden zu 13 bzw. 9 Jahren Haftstrafen verurteilt. (Tagesspiegel; ND; Märkische Oderzeitung, 4.11.)

Frankfurt (Oder)
Auch im Prozeß gegen einen 30jährigen Mann, der am 31. Januar 1997 in Fredersdorf einen vietnamesischen Asylbewerber so schwer mißhandelte, er schlug ihn mit Wucht kopfüber auf den Betonboden, daß der daraufhin querschnittsgelähmte Vietnamese seinen Verletzungen erlag, wich die Staatsanwaltschaft vom zunächst eindeutigen Motiv Ausländerhaß ab, und verurteilte den Täter wegen Totschlags bei verminderter Schuldfähigkeit zu neuneinhalb Jahren Haft. Der Angeklagte hatte geäußert, »den Fidschi mach ich platt«, und »Fidschis müßten aus Deutschland raus«, dennoch müsse Ausländerfeindlichkeit als bestimmendes Motiv ausscheiden, vielmehr sei ein lange schwelender Streit um Zigarettenhandel das Hauptmotiv gewesen.

Die beiden Fälle waren in Brandenburg die bislang einzigen (bekannt gewordenen), in denen Ausländer von Deutschen getötet wurden. (Tagesspiegel; Berliner Morgenpost, 24. 10)

Gollwitz
Der Kreistag Potsdam Mittelmark hat mit einer Resolution bekundet, Spätaussiedler, Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende menschenwürdig unterzubringen, ohne dies von Staatsbürgerschaft, Nationalität, Sprache oder Hautfarbe abhängig zu machen. Die Abgeordneten distanzierten sich damit von den fremdenfeindlichen Äußerungen Gollwitzer Bürger. (Märkische Allgemeine Zeitung, 25. 10.)

Seelow
Wunsch nach einer Glatze erfüllt. Ein 15jähriger Jugendlicher, dessen Eltern ihm eine »Bombenfrisur« nicht gestatteten, ließ sich die Haare absichtlich von einem Freund bis auf die Kopfhaut schneiden und erfand anschließend für die Eltern und die Polizei eine Straftat. Er sei von zwei gleichaltrigen Jugendlichen überfallen worden, die ihm gewaltsam die Haare geschnitten hätten. (Tagesspiegel, 29. 10.)

Gollwitz
Am 29. 10. erfuhr die Öffentlichkeit, daß in der Gemeinde per Postwurfsendung volksverhetzende Schriften verteilt worden waren, die aus einem rechtsextremistischen Flugblatt bestand, dem ein 28seitiges Heft mit dem Aufdruck gegen einen vermeintlichen »Völkermord am Deutschen Volk« beigefügt war. In der Broschüre wehren sich 66 Unterzeichner gegen die »Überfremdung« und »Umvolkung« durch Zuwanderer, die in Deutschland überhandnehme. Das Flugblatt warnt vor einer »Überfremdungsaktion in Mitteldeutschland bis in die kleinste Gemeinde hinein«. Rechtsextremisten sahen offenbar Möglichkeiten, die Befindlichkeiten der Gollwitzer und ihre Ängste vor den Fremden anzusprechen und sie für sich zu vereinnahmen. (ND; Berliner Zeitung; Märkische Allgemeine Zeitung, 30. 10.; Frankfurter Rundschau, 31. 10.)
Die aufgetauchten Schriften sollen nach Erkenntnis der Polizei im Großraum Celle in Niedersachsen abgeschickt worden sein. (Berliner Zeitung, 31. 10.)

Frankfurt (Oder)
Zwei polnische Studenten der Europa-Universität Viadrina wurden am 31. 10. in der Stadt am Oderturm, der als Treff für rechte Jugendliche bekannt ist, von vier Jugendlichen überfallen. Sie wurden als »Zecken« und »polnische Schweine« beschimpft und einer von ihnen geschlagen und am Kopf verletzt. Er wurde mit Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht. »Skinheads treten Europa«, titelte eine polnische Zeitung am 3. 11. ihren Bericht über den Vorfall in der Stadt. Das Image der als Schule des Zusammenwachsens in Europa dargestellten Universität sei ernsthaft gefährdet. In einem offenen Brief an alle Frankfurter Bürger mahnte der Rektor der Universität, wachsamer gegen fremdenfeindliche Ausschreitungen zu sein und die unerträglichen Anpöbeleien polnischer Studenten nicht zu dulden. Der Bürgermeister der Stadt sprach von einer Gruppe von nur 20 bis 25 Jugendlichen, die vor allem am Bahnhof immer wieder mit Übergriffen auffallen. Polnische Studenten sprachen dagegen von einer latenten Bedrohung auf Frankfurts Straßen, von Hakenkreuzen im Uni-Gebäude und alltäglichen Schikanen. »Viele vermeiden in Geschäften, in der Straßenbahn oder im Bahnhof Gespräche in ihrer Muttersprache.« Dem Polizeipräsidium ist keine rechte Szene in der Stadt bekannt. »Die Zahl der Übergriffe ist nicht höher als in anderen Städten«. Alles bewege sich in »normalen Größen.« (Berliner Morgenpost, 2. 11.; Märkische Oderzeitung, 4. 11.; ND; Tagesspiegel, 6. 11.; Berliner Zeitung, 7. 11.)
Studenten der Universität hatten für den 9. 11. zu einer Lichterkette gegen Gewalt aufgerufen, an der sich 3000 Frankfurter beteiligten. (Tagesspiegel, 11. 11)

Lebus
Am 4. 11. wurden in die Glasverkleidung einer Bushaltestelle NS-Symbole eingeritzt. Gegen einen 17jährigen Jugendlichen wird ermittelt. (ND, 6. 11.)

Birkenwerder
Im Museum der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen wurden von Unbekannten Parolen mit volksverhetzendem Inhalt auf eine Ausstellungstafel aufgetragen. (Berliner Zeitung, 9. 11.)

Birkenwerder
Am 5. 11. wurden auf der Fahrbahn Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole entdeckt, die Unbekannte auf die Fahrbahn geschmiert hatten. (Berliner Zeitung, 9. 11.)

Frankfurt (Oder)
Ein Asylbewerber aus China wurde in der Nacht zum 7. 11 in der Innenstadt an einer Bushaltestelle ohne erkennbaren Grund von drei Jugendlichen angegriffen, durch die Stadt gehetzt und verletzt. Zeugen alarmierten die Polizei. Die Tatverdächtigen stammen aus der Oderstadt. Die Polizei geht davon aus, das die Täter zum rechten Milieu gehören und eine fremdenfeindliche Motivation hatten. (Märkische Oderzeitung, 8. 11.)

Milmersdorf
Drei Jugendlliche versuchten am 7. 11. abends gewaltsam in die Wohnung einer 42jährigen russischen Aussiedlerin einzudringen. Die Frau konnte sie vertreiben. Daraufhin rotteten sich etwa 50 Jugendliche zusammen. Die alarmierte Polizei fand bei einem Jugendlichen ein Hakenkreuz am Gürtel, bei einem anderen ein aufgenähtes Gauabzeichen Brandenburg. (Tagesspiegel, 9. 11.)

Hennigsdorf
Bei einer Auseinandersetzung zwischen einem angetrunkenen 27jährigen Jugendlichen und dem Personal einer griechischen Gaststätte, wurde ein Grieche am 8. 11. vor der Gaststätte lebensgefährlich durch Messerstiche verletzt. Auch in der Gaststätte kam es zu weiteren Handgreiflichkeiten zwischen Passanten und weiteren Angestellten der Gaststätte (Berliner Zeitung, 10. 11.)
Aus einer Recherche des »Tagesspiegel« wurden konkretere Fakten deutlich. Eine Gruppe von etwa zehn Skinheads, zu der sich weitere 20 Personen zugesellten, hatte

zuvor vor der Gaststätte »Sieg Heil« gebrüllt. Der 27jährige Täter lebt in Hennigsdorf und war mit anderen Skins häufig zu Gast in dem Lokal. Er hat die Tat gestanden, Fremdenhaß jedoch bestritten. Der Sohn des Verletzten schilderte, daß der Jugendliche ein T-Shirt mit einem dreizackigen Hakenkreuz trug, was möglicherweise ein Hinweis auf die von England aus agierende Gruppe »Blood & Honour« ist, die auch in Deutschland Skinhead-Konzerte organisiert. Die Staatsanwaltschaft räumt ein, daß Ausländerfeindlichkeit »zumindest unterschwellig mitgespielt« hat. (Tagesspiegel, 24. 11.)

Gollwitz
Am 9. 11 waren rund 200 Personen zu einer Kundgebung, zu der »antinationale und linke Gruppen« aufgerufen hatten, gekommen, eine Demonstration war auf Grund der Stimmung im Dorf nicht genehmigt worden. In einer Presseerklärung hatten sie den Einwohnern vorgeworfen, den antisemitischen Haß in Deutschland »unzensiert und unverhüllt« wieder politikfähig gemacht zu haben. 250 Polizisten riegelten die Zufahrtsstraßen ab und kontrollierten alle Fahrzeuge. Es kam zu massiven Pöbeleien zwischen der Dorfbevölkerung, unter ihnen auch einigen Skinheads, und den Teilnehmern. Die Dorfbewohner fühlten sich unverstanden und zu Unrecht an den Pranger gestellt. Der Bürgermeister räumte ein, es sei nicht alles »druckreif« gewesen, was Einwohner im Zusammenhang mit der Unterbringung jüdischer Immigranten geäußert hätten. Aus dem Schutz einer Gruppe von etwa 15 Jugendlichen wurde der Hitler-Gruß gezeigt. (Märkische Allgemeine Zeitung; Die Welt; ND, 10. 11.; Junge Welt, 11. 11.)

Eisenhüttenstadt
Unbekannte verwüsteten am 9. 11. eine Kindertagesstätte und einen angrenzenden Jugendclub. Es entstand großer Schaden. (ND, 11. 11.)

Oranienburg
Ein an einer Gedenktafel für jüdische Opfer der Nazizeit aus Anlaß des 59. Jahrestages der Reichspogromnacht niedergelegter Kranz ist in der Nacht zum 10. 11. von Unbekannten beschädigt worden. (ND, 12. 11.)

Bernau
Zwei Jugendliche, 15 und 17 Jahre alt bedrohten am 10. 11. auf der Straße einen 46jährigen Russen mit einer Gaspistole, und fragten ihn, ob er Ausländer sei. Ein dritter Jugendlicher forderte schließlich dazu auf, in seiner Wohnung gemeinsam Bier zu trinken. In dem Wohnheim begannen die deutschen Jugendlichen lautstark rechte Lieder abzuspielen, einer aus dem Trio schnitt sich in die Hand und sagte, deutsches Blut sei heller als das von Ausländern. Der Russe ergriff aus Furcht die Flucht. Die Jugendlichen verfolgten ihn, schlugen ihn zu Boden und traten ihn mit ihren Stahlkappenstiefeln in Gesicht und Bauch. Als er erneut fliehen wollte, schoß ihm einer mit der Gaspistole an den Kopf. Gegen die 17- und 26jährigen Täter wurde Haftbefehl erlassen. Der 15jährige kam in ein Jugendheim. Bei der Wohnheimdurchsuchung wurden auch bei einem Unbeteiligten zahlreiche Hakenkreuzaufkleber entdeckt. (Berliner Zeitung, 14. 11.; Tagesspiegel, 15. 11.)

Gollwitz
In einem Gespräch mit der Zeitung »Junge Welt« äußerte die Geschäftsführerin der Jüdischen Gemeinde Brandenburg, Irina Knochenhauer, Kritik am Land Brandenburg, daß die Verteilung von Zuwanderern in den Kreisen nicht genügend vorbereitet und organisiert hat und so eine »chaotische Situation« entstanden sei. Die Jüdischen Zuwanderer sollten in größeren Städten untergebracht werden, weil sie auch aus Großstädten kommen. Ursachen für die in Gollwitz erfolgte Ablehnung jüdischer Zuwanderer sieht sie in einem zunehmenden Antisemitismus, der in ganz Deutschland vorhanden und gefährlich ist, auch in Brandenburg. »Wenn es den Menschen sozial, politisch, wirtschaftlich schlechter geht, werden Schuldige gesucht ... Es sind immer wieder Fremde. Und Juden sind fast immer Fremde.« (Junge Welt, 11. 11.)

Die rechtsextreme Gewalt bleibt in Brandenburg nach Aussage des Innenministeriums besorgniserregend hoch, die Zahl der Übergriffe wird 1997 mit mehr als 500 Straftaten das Niveau von 1996 erreichen. »In diesem Jahr erschreckt erneut die schrankenlose Brutalität, mit der die Täter vorgehen«, sagte Generalstaatsanwalt Rautenberg. Nach Verfassungsschutzangaben handele es sich vor allem um Jugendliche, die sich in Cliquen zusammengetan haben, ihre Attacken selten planen, morgens nicht wissen, daß sie abends Straftäter werden und natürlich viel Alkohol konsumieren. (Berliner Morgenpost, 13. 11.)

Schlunkendorf
250 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland versammelten sich am 15. 11. in einer Gaststätte zu einem Skinhead-Konzert. Nachdem Einwohner die Polizei alarmiert hatten, wurde die Veranstaltung, die als private Feier angemeldet worden war, am späten Abend von der Polizei aufgelöst. Aus der Menge heraus waren immer wieder rechtsradikale Parolen skandiert worden. (Berliner Zeitung, 17. 11.)

Frankfurt (Oder)
Drei Veranstaltungen zum Volkstrauertag am 15. 11. wurden vom Polizeipräsidium verboten. Angemeldet waren sie vom Landesvorstand Berlin/Brandenburg der Jungen Nationaldemokraten, der NPD und des Nationalen Widerstandes Frankfurt (Oder). Angekündigt waren Redebeiträge und Kranzniederlegungen auf den Soldatenfriedhöfen in Seelow und Lietzen sowie an einer Gedenkstätte in Gorgast. Die Veranstalter rechneten mit über 1000 Teilnehmern. (Berliner Zeitung, 15./16. 11.)
Der Innenminister wertete das »Ausbleiben« von Gedenkfeiern zum Volkstrauertag als Erfolg der Politik. Die Neonazis hätten allmählich verstanden, daß es sinnlos sei, »Brandenburg zum Tummelplatz für ihre wirren Ideen« zu machen. (Berliner Zeitung, 18. 11.)

Frankfurt (Oder)
Am 20. 11. wurden zwei russische Aussiedler von einem 21jährigen Jugendlichen angegriffen. Weil er sich von Ausländern kein Bier anbieten lassen wollte, hetzte er nach einer handgreiflichen Auseinandersetzung seine beiden Kampfhunde auf die Aussiedler. Einer mußte mit mehre-

ren Bißwunden im Krankenhaus behandelt werden. Passanten verständigten die Polizei, die den Täter festnahm. (ND, 25. 11.)

Im Regionalzug von Berlin-Wannsee nach Belzig wurde am 22. 11. abends der 28jährige Martin Agyare aus Ghana zum zweiten Mal überfallen. Er wurde von fünf Jugendlichen, die vom Hertha-BSC-Spiel im Olympiastadion kamen, in dem mit wenigen Fahrgästen besetzten Zug angegriffen und geschlagen. Sie nannten ihn »Bimbo« und wollten Zigaretten von ihm, schließlich riefen sie »Nigger raus« und »Deutschland den Deutschen«. Als einer mit einer Hertha-Fahne auf ihn losging, schoß er mit seiner Schreckschußpistole dem Angreifer ins Gesicht. Die Jugendlichen zogen daraufhin bei Michendorf die Notbremse, der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Täter sind der Polizei wegen Delikten wie Diebstahl, Sachbeschädigung sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bekannt. (ND; Berliner Zeitung, 25. 11.)
Der Asylbewerber aus Ghana lebt seit 7 Jahren in Deutschland, zuletzt bei einer Familie in Belzig, die ihn als Pflegesohn aufgenommen hat. Am 17. 9. 1994 wurde er schon einmal Opfer einer Gewalttat. Damals hatten ihn nach eigenen Angaben Skinheads in einer S-Bahn überfallen, mit Messerstichen verletzt und aus dem fahrenden Zug geworfen. Er wurde schwer verletzt auf den Gleisen bei Hohen Neuendorf gefunden. Ein Unterschenkel mußte ihm amputiert werden. Das Strafverfahren wurde eingestellt, da sich sich keiner der Fahrgäste als Zeuge meldete, trotz Belohnung. Die Täter wurden nie ermittelt. Auch wurde ihm damals nachgesagt, er hätte sich die Verletzungen selbst zugefügt. Die Familie, die ihn nach der Tat aufgenommen hatte, wird nach eigenen Aussagen seitdem von Nachbarn gemieden oder beleidigt, auch der Afrikaner litt unter den häufigen Anpöbeleien. (Frankfurter Rundschau; ND, 26. 11.; Bericht im ORB, 28. 11.)

Gollwitz
Beim Verteilen antisemitischer Schriften hat die Polizei am 26. 11. den bekannten Hamburger Rechtsextremisten Günter Roersch gestellt, Er sei auch der Autor von Texten mit Ausfällen gegen Ignatz Bubis, die einige Wochen zuvor in Gollwitz verbreitet wurden. (Frankfurter Rundschau, 28. 11.)

Frankfurt (Oder)
Zwei Jugendliche grölten am 26. 11. in einer Straßenbahn rechte Parolen. Die beiden wurden beim Aussteigen festgenommen. (ND, 28. 11.)

Oranienburg
Eine ukrainische Besuchergruppe wurde am 26. 11. in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in Oranienburg von neun 15- bis 19jährigen Jugendlichen, darunter zwei Mädchen, als »Judenpack« und »Judenschweine« beschimpft. Die Jugendlichen konnten sich an der Einlaßkontrolle vorbei auf das Gelände begeben, obwohl sie als »Skinheads zu erkennen gewesen« seien. Dem Wachschutz gelang es die Jugendlichen rauszuwerfen. Beim Verlassen der Gedenkstätte hatten sie ein britisches Fernsehteam angepöbelt und den Hitler-Gruß gezeigt. Auch als die Polizei sie wenig später festnahm, demonstrierten sie ihre Gesinnung mit dem Hitler-Gruß. Die Jugendlichen sind bereits wegen »allgemeiner Kriminalität und der Verwendung verfassungswidriger Zeichen« bekannt. Sie stammen alle aus Ostberliner Stadtbezirken. (Lausitzer Rundschau; ND; Tagesspiegel, 27. 11.)
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, warf der Polizei Versagen vor, weil sie nicht in der Lage sei, die Gedenkstätte angemessen zu schützen. Es sei unverständlich, daß eine Gruppe von Skinheads ungehindert auf das Gelände kommen konnte. Die Polizei verwies auf die Zuständigkeit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Für die Sicherheit der Einrichtung sei deren Wachpersonal zuständig. (Berliner Zeitung, 29. 11.)

Herzberg
Im Regionalzug Neuruppin-Oranienburg versuchten am 30 11. zwei Rechtsradikale, unter Brüllen von Naziparolen und Schlägen einem 16jährigen den Rucksack wegzunehmen. Das Zugpersonal konnte einschreiten. Bei der Festnahme in Herzberg fand die Polizei u. a. rechte Musikkassetten. (Junge Welt, 1. 12.)

Belzig
In der Nacht zum 3. 12. wurde ein Asylbewerber aus Togo von drei jungen Männern aus einem Auto beschimpft und von einem ins Gesicht geschlagen. Daraufhin schlug der Afrikaner zurück. Er erstattete Anzeige, die von ihm beschuldigten Jugendlichen gaben sich ihrerseits bei der Polizei als Opfer aus. Sie sind bei der Polizei u. a. wegen Verwendens von Nazi-Symbolen bekannt. (Märkische Oderzeitung; Berliner Zeitung, 4. 12.)

Frankfurt (Oder)
An einem friedlichen Protestmarsch gegen Gewalt und Fremdenhaß am 6. 12. nahmen etwa 400 junge Leute aus Berlin, Cottbus, Frankfurt (Oder) und dem polnischen Slubice teil. Der Protestzug war organisiert vom »Bündnis gegen die Jungen Nationaldemokraten« und sollte ursprünglich zur Wohnung des Mitglieds der rechtsextremen Jungen Nationaldemokraten, Jörg Hähnel, führen. Die Polizei, die die Demonstration dorthin verboten hatte, war mit einem massiven Aufgebot anwesend und begleitete den Zug auf einer anderen Strecke. Nach der Veranstaltung kam es durch vermummte Demonstranten zu Plünderungen in einem Supermarkt. (Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau, 8. 12.)

Goyatz
Zwei Jugendliche schlugen in der Nacht zum 8. 12. einen 18jährigen vor einem Lokal und ließen ihn schwer verletzt liegen. Sie waren zuvor wegen rechter Parolen aus dem Lokal gewiesen worden. (ND, 9. 12.)

Eisenhüttenstadt
Drei Jugendliche überfielen in der Nacht zum 10. 12. einen Imbißstand und mißhandelten zwei Jugoslawen. Die 19 und 20 Jahre alten Täter hatten aus reinem Fremdenhaß gehandelt. (Junge Welt, 11. 12.)

Potsdam
Am 10. 12. wurde ein 57jähriger türkischer Asylbewerber von drei Jugendlichen geschlagen und beraubt. Er mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Jugendlichen konnten fliehen. (ND, 12. 12.)

Schönerlinde
Unbekannte Täter versuchten in der Nacht zum 12. 12. ein Ausländerwohnheim, daß von knapp 50 Rußlanddeutschen bewohnt wird, darunter 21 jüdische Zuwanderer, in Brand zu stecken. Sie warfen vier Molotow-Cocktails gegen die Außenwand, einer löste durch eine gebrochene Fensterscheibe einen Zimmerbrand aus. (Berliner Zeitung, 13./14. 12.)
Bei den vier Tatverdächtigen, die einige Tage später ermittelt wurden, konnte Ausländerfeindlichkeit als Tatmotiv nicht ausgeschlossen werden. (ND, 17. 12.)

Eberswalde
Fünf rechte Jugendliche griffen in der Nacht zum 12. 12. zwei Passanten an einer Bushaltestelle mit Baseballschlägern an und verletzten einen 30jährigen Türken lebensgefährlich. Die Jugendlichen, die aus Blumenberg stammen, sollen schon vor dem Übergriff in zwei weiteren Fällen versucht haben, mit ihren Baseballschlägern wahllos auf Passanten einzuschlagen. (ND; Tagesspiegel, 13./14. 12.)

Frankfurt (Oder)
15 Jugendliche, die am 12. 12. zwei Passanten mit einer Schreckschußpistole beschossen hatten, wurden festgenommen. In einem Einkaufszentrum hatte die Gruppe zuvor »Sieg Heil« skandiert und den Hitlergruß gezeigt. (Frankfurter Rundschau; ND, 16. 12.)

Potsdam-Babelsberg
Am 21. 12. wurde eine lautstarke Feier von fünf Jugendlichen durch die Polizei beendet. Anwohner hatten sich über die laute rechte Musik und »Sieg-Heil«-Rufe beschwert ...(ND, 23. 12.)

Oranienburg
34 Jugendliche im Alter von 14 und 33 Jahren wurden am 27. 12. festgenommen. Sie hatten einen aus Indien stammenden Wirt beschimpft und bedroht und bei ihrer Festnahme Naziparolen gerufen und den Hitlergruß gezeigt. (Frankfurter Rundschau; ND, 29. 12.)

Eberswalde
Jugendliche bedrohten am 31. 12. einen türkischen Koch mit einer Schreckschußpistole. (ND, 2. 1. 98)

Mahlow
Zehn Jugendliche griffen am 31. 12. vier Türken an, zwei der Opfer erlitten leichte Verletzungen. (ND, 2. 1. 98)

Milow (Uckermark)
Am 31. 12. wurde ein Konzert mit 100 vorwiegend rechten Teilnehmern aus Mecklenburg-Vorpommern von der Polizei aufgelöst. Dabei wurden Polizisten mit Steinen beworfen und zwei leicht verletzt. Die Gaststätte ist als Treffpunkt der rechten Szene bekannt. Der Inhaberin wurden derartige Veranstaltungen bereits in der Vergangenheit verboten. (ND, 2. 1. 98)

Mahlow
Ein 14jähriges Mädchen wurde bei einer Silvesterfeier von mindestens sieben Jugendlichen aus Berlin und dem Umland, darunter zwei Mädchen, gequält und verletzt. Sie wurde geschlagen und getreten, ihr wurde ein Hakenkreuz auf die Brust gesprüht und schließlich der Kopf kahl rasiert. Sie mußte in eine Krankenhaus eingeliefert werden. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden Musikkassetten von rechtsradikalen Gruppen gefunden. (ND, 3./4. 1. 98)

Berlin

Mitte
Am 19. 1. bedrohten acht rechte Jugendliche sechs andere Jugendliche und schlugen auf die drei Jungen unter ihnen ein. Als ein Passant einzugreifen versuchte, prügelten und traten die Jugendlichen auf ihn ein. (Berliner Kurier, 20. 1.)

Am 10. 2. verurteilte das Berliner Landgericht Christian Wendt, einen der aktivsten Rechtsextremisten in der Umgebung Berlin und Brandenburg (Vorstandsmitglied des »Nationalen e. V.«) unter anderem wegen der Leugnung des Holocaust und der Verbreitung von nationalsozialistischer Propaganda. Sein Verteidiger Hans Günter Eisenecker stellte den Angeklagten als Justizopfer dar und äußerte implizit Verständnis für dessen »Zweifel« am Holocaust. Die entschiedene Zurückweisung jeglichen Zweifels an der historischen Tatsache des Holocaust durch den Richter beantwortete Wendt mit Gelächter. (Tagesspiegel, 11. 2.)

Hellersdorf
Die »Berliner Zeitung« (13. 2.) und das »Neue Deutschland« (31. 1., 5. 2.) berichteten bereits im Vorfeld vom Widerstand gegen den geplanten Aufmarsch und eine anschließende Kundgebung der Jungen Nationalen (JN) unter der Losung »Arbeit zuerst für Deutsche« am 15. 2. in Hellersdorf. Der Protest gegen eine solche Demonstration ging quer durch alle Parteien, die in der Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung vertreten sind. Die Berliner PDS, das Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung (einschließlich der CDU) sowie der Bürgermeister des Berliner Stadtbezirks Lichtenberg hatten jeweils zu Gegendemonstrationen aufgerufen.
Am 15. 2. kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 30 rechten Jugendlichen und etwa 300 Gegendemonstranten, als jene die S-Bahn verlassen wollten, um an der geplanten ausländerfeindlichen Demonstration teilzunehmen. (Tagesspiegel, 18. 2.)

Die JN, die Jugendorganisation der NPD, hat sich in den letzten Jahren zu einer der einflußreichsten legalen rechten Organisationen qualifiziert. Mit nationalistischen Slogans sucht sie nicht nur Jugendliche in die rechte Szene einzubinden, sondern stellt auch die Feindbilder bereit, die rechten Jugendlichen zum Ziel verbaler und tätlicher

Angriffe werden. In Berlin betreibt die JN unter anderem das sogenannte »Nationale Info-Telefon«, über das Informationen zu Aktivitäten der rechten Szene abgefragt werden können. (Berliner Zeitung, 12.2.)
Eine ganze Reihe rechtsextremistischer Aktivisten (z.B. Steffen Hupka, Organisator der rechten »Harzfront« im Ostharz) und Organisationen pflegen engen Kontakt zur JN. (Tagesspiegel, 13.2.)

Hellersdorf und Lichtenberg
Am 15.2. kam es am S-Bahnhof Wuhletal zu Auseinandersetzungen zwischen den zur geplanten Demonstration anreisenden Aktivisten und Sympathisanten der JN, Gegendemonstranten und der Polizei.
Am Bahnhof Lichtenberg kam es am Abend ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten.
Im Gegensatz zu den Innenministerien der Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg, die für den gleichen Tag geplante rechte Demonstrationen verboten hatten, hatte sich der Berliner Innensenator zu einem solchen Schritt nicht entschließen können. (Junge Welt, 17.2.)

Marzahn
Am 19.2. wurde der 62jährige Buchhändler, Klaus Baltruschat, von dem mit einer Schrotflinte bewaffneten Rechtsextremist Kai Diesner durch Schüsse in den Oberkörper verletzt. Neben der Buchhandlung befinden sich die Bezirksgeschäftsstelle der PDS sowie das Wahlkreisbüro Gregor Gysis. Ein anonymer Bekenneranruf bei der PDS-Landesvorsitzenden Petra Pau am Abend desselben Tages erhärtete den Verdacht der Polizei, daß es sich um einen Anschlag gegen die PDS handelte, der mit den Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten der JN und Gegendemonstranten am Wochenende zuvor in Zusammenhang gebracht wurde.
(taz; Berliner Zeitung; Tagesspiegel, 20.2.)
Vier Tage später erschoß Diesner einen Polizeibeamten auf einer Autobahnraststätte bei Lauenburg und verletzte einen weiteren Polizisten schwer.
Diesner ist nach eigenen Aussagen Mitglied des sogenannten »Weißen Arischen Widerstands«. Bereits 1996 war er wegen »Bildung eines bewaffneten Haufens« zu einer Geldstrafe verurteilt worden. (Berliner Zeitung, 25.2.; taz, 26.2.; Frankfurter Rundschau, 27.2.)

Charlottenburg
Das neue Straßenschild der kürzlich in Flatowallee umbenannten Reichssportfeldstraße ist in der Nacht vom 22. zum 23.2. von zwei Rechten beschmiert worden. Mit dem Namen »Flatow« wollte das Bezirksamt an zwei jüdische Sportler erinnern, die im KZ Theresienstadt ermordet worden waren. (Berliner Zeitung, 24.2.)

Prenzlauer Berg
Eine Gruppe rechter Jugendlicher legte am 23.2. am Grab von Horst Wessel Kränze nieder. Die Polizei, die nicht einschritt, begründete ihre Zurückhaltung damit, daß weder nationalsozialistische Parolen gerufen noch das verbotene »Horst Wessel«-Lied gesungen worden sei. (Berliner Zeitung, 24.2.)

Friedrichshain
Auf dem S-Bahnhof Ostkreuz schlugen am 26.2. ca. 15 vermummte Jugendliche mit Gummiknüppeln wahllos und unvermittelt auf wartende Fahrgäste, Frauen wie Männer, ein und verletzten einige sehr schwer. (BILD-Zeitung; Neues Deutschland; Berliner Kurier, 28.2.

Am 27.2. äußerte der CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky in einer Rede im Abgeordnetenhaus: »Wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung herrscht, ist Gesindel.« Die Mehrzahl der Abgeordneten protestierte gegen diesen Vergleich von Menschen mit Ratten und gegen eine Vielzahl anderer rechtspopulistischer Entgleisungen in der Rede Landowskys. Dieser lehnte es ab, sich zu entschuldigen und insistierte darauf, mißverstanden worden zu sein. (Berliner Zeitung, 28.2.; Neues Deutschland, 1./2.3.)

Treptow
Drei Inserenten der Treptower Schülerzeitung »Die Unbunte« haben Drohbriefe erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, im Interesse ihrer eigenen Sicherheit keine Anzeigen mehr in der Schülerzeitung aufzugeben, da diese »multikulturelle, deutschfeindliche Tendenzen« ›propagiere‹ und ›fördere‹ und »gegen deutsche Kultur, deutsches Soldatentum usw. gehetzt« werde. (Berliner Zeitung, 28.2.)

Am 7.4. wurden zwei Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien von einem Polizeiaufgebot aus einem Heim für kriegstraumatisierte Frauen in Abschiebehaft gebracht. Der Vorfall sorgte im Abgeordnetenhaus für Empörung, er sei unmenschlich und unverständlich nach Meinung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS. Der Innenstaatssekretär Böse hingegen verteidigte das harte Vorgehen und sprach sich gegen unangebrachte Emotionalisierung aus. (taz, 10.4.)

Der rechtsextremistisch ausgerichtete Verlag »Verlag der Freunde«, Herausgeber der Zeitschrift »Sleipnir«, wurde am 11.4. durchsucht. Wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole wurde bei Wohnungsdurchsuchungen in Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg Material rechtsextremistischen Inhalts beschlagnahmt. (taz; ND, 12.4.)

Weißensee
Drei portugiesische Bauarbeiter wurden am 13.4. nachts auf der Straße von fünf rechten Jugendlichen angegriffen, geschlagen und getreten. Zeugen ordneten die Täter anhand ihrer Parolen und ihrer Kleidung der rechten Szene zu. (Tagesspiegel, 14.4.)

Mitte
Am 14.4. wurde im Roten Rathaus die Ausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, »Demokratie ist verletzlich«, eröffnet. Verfassungsschutzpräsident Frisch warnte angesichts einer »blühenden Skinhead-Szene, Wehrsportgruppen, Waffenfetischisten und einzelnen Psychopathen, die zu entsetzlichen Gewalttaten fähig sind und sich auf originär nationalsozialistische Thesen berufen«, vor dem »verhängnisvollen Fehler, den rechten Extremismus zu unterschätzen«. (Frankfurter Rundschau, 15.4.)

Als Reaktion auf die gerade erschienene Ausgabe des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« mit dem Titel: »Gefährlich fremd«, in dem pauschalisierend und diskriminierend alle Ausländer als Kriminelle beschrieben wurden und damit das Ende der kulturellen Gesellschaft suggeriert wurde, äußerte Anetta Kahane von der RAA Neue Länder, Jugendarbeit und Schule e. V. am 14.4. im Gespräch mit Heribert Prantl von der »Süddeutschen Zeitung« die Befürchtung, die Beiträge im »Spiegel« seien »Wasser auf die Mühlen der allgemeinen völkischen Stimmung, die in Ostdeutschland herrscht«. Mit der derzeitigen Ausländerpolitik werde versucht, im Osten »ausländerpolitisch Tabula rasa« zu machen. (Süddeutsche Zeitung, 15.4.)

Friedrichshain

Mitte April geriet ein abgelehnter Asylbewerber aus Vietnam in einen Polizeieinsatz gegen illegale Zigarettenhändler. Polizeibeamte, die nur wenige Meter entfernt standen, riefen den Polizeihund erst zurück, nachdem das Tier viermal zugebissen hatte. Auf der Fahrt zur Polizeidienststelle wurde der Vietnamese beschimpft, gestoßen und an der Kehle gedrückt. Einen Arzt riefen die Beamten erst eine Stunde später. (ND, 22.4.)

Kreuzberg

Im Stadtbezirk wurde Mitte April in den Haushalten ein Flugblatt der CDU-Kreuzberg verteilt, das »Sofortige Rückführung aller Kriegsflüchtlinge!« fordert. »Die hohen Kosten für die Unterbringung können der steuerzahlenden Bevölkerung unseres Landes nicht länger zugemutet werden.« hieß es darin.

Treptow

»Nazi-Krieg in Berlin: 2 Tote«. Mit großer Schlagzeile titelte die Bild-Zeitung den Vorfall, bei dem Opfer und Täter zur Neonazi-Szene gehörten. Nach einer Feier im Umfeld der »Kameradschaft Treptow« wurden am 17.4. zwei Mitglieder der rechtsextremen »Kameradschaft Wittenberg«, Chris Danniel und Olaf Schmidtke von zwei zum harten Kern der militanten Berliner Neonaziszene gehörenden Gesinnungsgenossen, Detlef Nolde und Lutz Schillock nach einer Auseinandersetzung im Auto erstochen. Die Kameradschaft Treptow beschreibt sich selbst auf einem Flugblatt: »Wir sind heute, fünfzig Jahre nach dem Heldentod des Führers, seine aufgehende Saat.« (Bild, 18.4.; ND; JW, 19./20.4.)

Tiergarten

Im Bezirk tauchten am 19.4. Flugblätter der Kameradschaft »Beussel-Kiez« auf. Die Rechtsextremisten kündigten darin eine Sympathiekundgebung für den inhaftierten Neonazi-Kader Hans-Christian Wendt an. (Berliner Zeitung, 21.4.)

Hellersdorf

In einem Hellersdorfer Lokal wurde am 20.4. zu nächtlicher Stunde etwa 15 rechten Jugendlichen von den Türstehern der Einlaß verwehrt. Daraufhin stürmten die Jugendlichen die Gaststätte und schlugen mit Baseballschlägern, Schlagwaffen und Gaststättenmobilar auf Gäste und Angestellte ein. Zahlreiche von ihnen mußten ärztlich behandelt werden. Die Täter konnten alle unerkannt entkommen. (taz, 21.4.)

Weißensee

Bei einer Polizeikontrolle wurden am 20.4. nachts 30 Rechtsradikale, die von einer Veranstaltung kamen, in einem Bus überprüft, und drei von ihnen wegen Verwendung von Nazisymbolen vorläufig festgenommen. Einen Zusammenhang mit dem Geburtstag von Adolf Hitler am 20. April konnte die Polizei bei den Zwischenfällen nicht sehen. (taz, 21.4.)

Der Berliner Innensenator Schönbohm setzte sich in einem Autorenbeitrag in der Berliner Morgenpost vom 24.4. mit rechtspopulistischen und rassistischem Vokabular mit der multikulturellen Gesellschaft auseinander. Nicht in Rassismus und Diskriminierung der mehr als 400 000 nichtdeutschen BerlinerInnen sieht er die Gefahr für das demokratische Gemeinwesen, sondern weil die Einwanderer als »Fremdkörper« ein »isoliertes Eigenleben« in der Gesellschaft führen. Nach seiner Auffassung ist die Bedingung für das friedliche Zusammenleben die Unterordnung unter eine »deutsche Lebenswelt und Kultur«. (Berliner Morgenpost, 24.4.)

Am 29.4. veröffentlichte das Landesamt für Verfassungsschutz den Bericht für 1996. Darin wird ein Rückgang der Zahlen für Rechtsextreme und entsprechende Straftaten für das Jahr 1996 verzeichnet. Die rechtsextremistischen Parteien leiden an Überalterung, in der Kameradschaftsszene gibt es eine Stabilisierung, der sich zunehmend auch 18 bis 25jährige zuwenden, geht aus dem Bericht hervor.

Nachweise über rechtsextremistisch motivierten Terrorismus liegen dem Amt nicht vor, was »terroristische Gewalt« von »einzelnen militanten Rechtsextremisten« nach Ansicht des Berliner Innensenators nicht ausschließe. In einem offenen Brief warfen Berliner Politiker der Grünen und der PDS dem Innensenator vor, mit seiner »ablehnenden Haltung gegenüber Verbotsforderungen« von »geplanten Neonazi-Aufzügen« die neonazistischen Tendenzen zu »verharmlosen und rassistisches und neonazistisches Gedankengut geradezu zu fördern.« (ND, 30.4./1.5.)

Schöneberg

Mitte April wurde in einem Schreiben der Schöneberger Sozialabteilung einer Berlinerin türkischer Staatbürgerschaft die Ablehnung ihres Antrages auf Leistungen mitgeteilt. Außerdem wurde ihr empfohlen, ihr Problem doch am besten dadurch zu lösen, daß sie in ihr Heimatland zurückkehren solle. Der »Fall« sorgte für Aufregung und Empörung. In der Sitzung des Bezirksausschusses bezeichnete der stellvertretende Bezirksbürgermeister, Gerhard Lawrentz (CDU) den Nachsatz im Schreiben an die türkische Bürgerin lediglich als eine »unglückliche Formulierung«. (Schöneberger Stichel, April)

Auf Druck von Berliner Abgeordneten der PDS, der Bündnisgrünen und der SPD wurde am 5.5. ein für Mitte Mai geplantes Treffen zwischen dem Führer der neofaschistischen italienischen Alleanza Nazionale, Gianfranco

Fini und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herwig Haase sowie Innensenator Schönbohm abgesagt. Haase wollte mit dem Neofaschisten, der auf einer Deutschlandreise Berlin einen Privatbesuch abstatten wollte, einen Meinungsaustausch unter vier Augen führen, Schönbohm wollte sich über die Effizienz großstädtischer Verwaltungen mit ihm unterhalten.
Auch die Europäische Akademie im Grunewald plante, den Führer der drittgrößten Partei Italiens, der für nationalistische und antieuropäische Politik steht, über »Vorstellungen der politischen Rechten« sprechen zu lassen. (ND, 6.5.)
Kurz vor dem geplanten Termin sagte schließlich Fini seinen Besuch selbst ab. (ND 13.5.)

Treptow
25 Neonazis in Stiefel-Bomberjacken-Kleidung fuhren am 8.5., dem »Herrentag«, mit der Straßenbahn vom S-Bahnhof Grünau in Richtung Schmöckwitz ungehindert zu einem Treffen. Die Fahrgäste wagten es nicht, sich gegen Provokationen zur Wehr zu setzen. Die Situation eskalierte, als einer der Jugendlichen einer Frau eine Waffe auf den Kopf richtete. Andere klatschten Beifall, grölten Nazi-Parolen und prügelten auf die Fahrgäste ein. Beim Aussteigen warf einer noch ein Bierglas gegen die Scheiben. Die Glassplitter verletzten Fahrgäste. Zeugen alarmierten die Polizei. (ND, 10./11.5.)

Westkreuz
Am 7.6. stieg nach einem Fußballspiel von Hertha BSC eine Gruppe Hertha-Anhänger am S-Bahnhof Westkreuz in die Bahn in Richtung Potsdam. Die alkoholisierten Fans beklebten Fenster und Türen von zwei Waggons mit Hertha-Aufklebern, schlitzten die Polster auf und klebten aus den Aufklebern groß und unübersehbar ein Hakenkreuz. Im Bahnhof Potsdam wurden zwei Bundesgrenzschutz-Polizisten von einem mitreisenden Fahrgast auf die Sachbeschädigung und den politischen Hintergrund der »Feierlichkeit« aufmerksam gemacht. Deren Reaktion: »Wir wissen doch gar nicht, wer der Täter ist«, obwohl die Fans im Bahnhof weiter ihre Aufkleber verteilten. (ND, 10.6.)

Mitte
Der geplante und angemeldete Aufmarsch der Republikaner unter Federführung des Berliner Landesverbandes unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche« wurde genehmigt, weil die Kundgebung den »Verpflichtungen des Gesetzes« entspreche.
Antifa-Gruppen, PDS und Bündnis90/Die Grünen kündigten Gegendemonstrationen an. (ND, 10.6.)

Lichtenberg
Ein Asylbewerber aus Angola wurde am 12.6. abends auf dem S-Bahnhof Nöldnerplatz von neun Jugendlichen im Alter von 17 bis 27 Jahren angegriffen, geschlagen und beraubt. Die Täter wurden vom Bundesgrenzschutz festgenommen, am nächsten Tag wieder freigelassen. Einen ausländerfeindlichen Hintergrund der Gewalttat schloß die Polizei nicht aus. (Frankfurter Rundschau; ND, 14.6.)

Grunewald
Am 14.6. wurde eine Rettungsstation am Wannsee von den Mitarbeitern völlig verwüstet aufgefunden. Die komplette Einrichtung war zerschlagen, die Wände mit Hakenkreuzen beschmiert sowie wertvolle Gegenstände gestohlen worden. (Berliner Kurier, 16.6.)

Mitte/Tiergarten
Am 14.6. versammelten sich am Brandenburger Tor etwa 600 aus dem gesamten Bundesgebiet angereiste Republikaner zu ihrer Veranstaltung: »Zum Gedenken an die Maueropfer und des Aufstandes 17. Juni«, ursprünglich angemeldet unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche«. Die Reisebusse wurden unter Polizeischutz zum Kundgebungsort geleitet. Um den Platz vor dem Brandenburger Tor wurde ein »Sicherheitsgürtel« aus Polizeifahrzeugen errichtet. Die Rede des Rep-Vorsitzenden Schlierer enthielt eine Vielzahl antieuropäischer und ausländerfeindlicher Auslassungen. Er kenne in seiner Partei »keinen einzigen Nazi« sagte er und übersah die Springerstiefel der jungen Zuhörer mit den weißen Schnürsenkeln – bekennende Ausländerfeinde. Mehrere hundert Menschen protestierten gegen die Kundgebung, die von einem massiven Polizeiaufgebot abgeschirmt worden war. (ND, Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau, 16.6.)
Zeit- und ortsgleich wie die Republikaner wollte auch die rechtsradikale Nachswuchsorganisation der NPD, die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) einen Aufmarsch veranstalten. Sie hatten ihre Demonstration mit der Begründung angemeldet, daß sie die gleichen Forderungen wie die Republikaner vertreten. Bisher wurde eine Verbindung zwischen den Organisationen von beiden Seiten immer bestritten. Auch über das »Nationale Info-Telefon« versuchten die JN zum Aufmarsch zu mobilisieren. Die JN-Veranstaltung wurde von der Polizei nicht genehmigt. (ND, 14./15.6.)

Friedrichshain
Zu einer Auseinandersetzung zwischen etwa 20 Jugendlichen aus der rechten und etwa 30 Jugendlichen aus der linken autonomen Szene kam es am Abend des 21.6. am Hauptbahnhof. Die rechten Jugendlichen hatten sich auf Einladung der Jungen Nationaldemokraten Berlin versammelt und wollten zu einer Sonnenwendfeier in das Berliner Umland fahren. Am Bahnhof wurden sie von der linken Grupe mit Knüppeln, Schlagstöcken und Nunchakus (einer asiatische Waffe) zielgerichtet angegriffen. Dabei wurden drei aus der rechten Gruppe schwer verletzt. Noch vor Eintreffen der Polizei konnten alle fliehen, es wurde niemand festgenommen. (Tagesspiegel; ND; Frankfurter Rundschau; taz, 23.6.)

Zehlendorf/Charlottenburg
Die CDU-Mitglieder Ortwin Kuhn aus Zehlendorf und Georg Klaffus aus Charlottenburg schickten ein Thesenpapier »Bürgerinitiative besorgter Bürger« an alle Kreisverbände Deutschlands, um mit einer Unterschriftenliste Politiker zum Handeln aufzufordern. In dem Papier beklagten sie die »Verschwendungssucht der Politiker« und kritisierten die Ausgaben für Asylbewerber und Flüchtlinge sowie die »großzügige Finanzierung Israels« und

der sog. Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion«. In dem Papier heißt es: »Als deutscher Bürger fragt man sich, warum dieser Personenkreis ein originäres Anrecht, nur aufgrund seiner Glaubenszugehörigkeit hat, den ungehinderten Zugang zu Lasten des Steuerzahlers garantiert zu bekommen.« Es sei Zeit, den »pathologischen Philosemitismus unserer Politiker beim Namen zu nennen«, und darauf hinzuwirken, »daß das Zusammenleben von Juden und Deutschen wieder in normale, gleichberechtigte Bahnen kommt«.
Während die Berliner CDU sich noch zurückhaltend über die rechten Thesen äußerte, forderte der CDU-Generalsekretär Hintze wegen der »fragwürdigen und zum Teil rechtsradikalen Thesen« den Partei-Ausschluß der beiden CDU-Mitglieder. (Die Welt, 21.6., ND 28.7.)
Der CDU-Kreisvorstand Zehlendorf leitete ein Parteiordnungsverfahren wegen Schädigung des Ansehens und der Interessen der CDU ein. (FAZ, 20.8.)

Aus Geltungssucht gegenüber seinen Freunden hatte ein 16jähriger aus Berlin im Zeitraum Januar bis Mai 1997 in 33 Fällen Schmierereien an S-Bahnzügen mit nationalsozialistischem Hintergrund angebracht. (Berliner Morgenpost, 26.6.)

Auf dem Internet-Rechner der Internationalen Funkausstellung (IFA) wurde Anfang Juli ein Verweis auf das »Thule-Netz« unter dem Begriff »Page der Woche« entdeckt. Von deren Link-Liste gelangt der Internet-Surfer zur Sammlung aller rechten Internet-Server, wie NPD, Republikaner, FPÖ, Front National oder British National Party u. a. Der Pressesprecher der Messe Berlin bezeichnete die Übernahme des Links als »nachlässig und fahrlässig«, auf eine Löschung wurde hingewirkt. (Tagesspiegel, 5.7.)

Tiergarten

Der Berliner Verfassungsschutz bezweifelte die Echtheit eines seit Juni in Berlin kursierenden Schreibens, in dem ein Aufmarsch mit Fahnen und ein »geschlossener Fackelzug« bei der Love Parade am 12. Juli propagiert wurde. Der Brief ist unterzeichnet von Wolfgang Nahrath, ehemaliger Bundesführer der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. In dem Schreiben heißt es: »Elemente der Love Parade werden für eine völkische Deutung und Umwertung bewußt offengehalten.« »Um die deutsche Jugend wieder auf die rechte Bahn zu bringen« solle »eine ausgewählte Schar von Mädel und Jungen« aus der Wiking-Jugend vom »Sommerlager« in Mecklenburg zur Love Parade aufbrechen. Ein weiteres Flugblatt eines »Nationalen Einsatzkommandos Cottbus«, kündigte an, drei Panzerminen im Tiergarten zu zünden, wenn die Love Parade nicht abgesagt werde. Sie sei der »multikulturelle Auswuchs des Bundeskonsumsystems« und verderbe die deutsche Jugend, heißt es zur Begründung. Die Gruppierung ist dem Verfassungsschutz unbekannt. (Tagesspiegel, 9.7.; taz, 10.7.)
Mit einer Großrazzia gegen die rechte Szene reagierte Polizei und Staatsanwaltschaft am 9.7. auf die Drohung, den Tiergarten zur Love Parade zu verminen. In Berlin und Brandenburg wurden 31 Wohnungen durchsucht. Dabei wurden Flugblätter, Broschüren, Aufkleber und Disketten sichergestellt. (Tagesspiegel, 10.7.; ND, 11.7.)

Neukölln

Am 10.7. wurde in Berlins bevölkerungsreichstem Bezirk der Kinder- und Jugendhilfebericht 1996 vorgestellt. Der Bericht enthält Zahlen und Fakten zur sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen – Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Sozialhilfe, zunehmende Bereitschaft zu Gewalt, Rechtsradikalismus sowie Mangelernährung. Im Bericht werden die Folgeerscheinungen aufgelistet. So bemerken die Betreuer von städtischen Einrichtungen u. a. eine erhöhte Gewalt- und Aggressionsbereitschaft, steigenden Drogen- und Alkoholkonsum, sowie Verwahrlosungstendenzen. Zu den politischen Auswirkungen vermerkt der Bericht, daß sich in Rudow eine feste neonazistische Szene etabliert hat, die Kontakte nach Brandenburg organisiert. (Tagesspiegel, 11.7.)

Mitte Juli forderten die CDU-Ausländerexperten Dieter Hapel und Roland Gewalt Kürzungen bei Berlins Ausländer-Projekten. Sie sprachen sich dafür aus, die »Vielzahl der Ausländer-Projekte« stärker zu durchforsten und Erfolgskontrollen zu praktizieren. Der Senat müsse Gelder umschichten und sich »mehr auf das Wesentliche konzentrieren«.
1997 zahlt der Senat rund 17 Milllionen Mark für »Projekte der Integrations- und Flüchtlingsarbeit«, drei Millionen weniger als 1996. Die Ausländerbeauftragte Barbara John hat die Kürzungsvorschläge kritisiert. (Berliner Morgenpost, 14.7.)

Die Berliner Staatsanwaltschaft verschärfte vor dem Beginn der Bundesliga-Saison mit Hertha BSC den Druck auf gewalttätige Fußballfans, um die Gewalt aus den Stadien zu verbannen. Sie will bei Spielen mit einem eigenen Staatsanwalt ständig anwesend sein. Auch eine Anklage gegen zwei Berliner Hooligans wurde Mitte Juli fertiggestellt. Sie waren beteiligt, als im September 1996 rund 500 deutsche Hooligans zum Länderspiel Polen gegen Deutschland nach Zabrze gefahren waren und dort rechtsradikale Lieder gesungen und Sprüche wie »Wir sind in Polen, die Juden zu versohlen« gegrölt hatten. Die Anklage betritt juristisches Neuland, da das Verbreiten verbotener Zeichen oder Schriften nur im Inland strafbar ist. (Tagesspiegel, 16.7.; Süddeutsche Zeitung, 18.7.)

Mitte

Der FDP-Klub »Liberale Offensive« hatte Mitte Juli zu einer Veranstaltung gegen die geplante Europa-Währung geladen. Etwa 200 Berliner sind anwesend, die meisten sind gegen die europäische Einheitswährung und schimpften auf die Linken und das Großkapital. Unter den Teilnehmern auch der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl sowie Manfred Brunner vom »Bund Freier Bürger«. Beide Politiker informierten nicht, sondern schürten die Ängste des Publikums mit Parolen, die denen von Jörg Haider im Europa-Wahlkampf gleichen. Im Saal anwesend war auch Dieter Stein, Chefredakteur der »Jungen Freiheit«. (Tagesspiegel, 19.7.)

Friedrichshagen
Im Jugendclub ABC wurden am 18.7. bosnische Jugendliche von einer Gruppe Skinheads umstellt und angepöbelt. Daraufhin zog einer der Bosnier sein Klappmesser und verletzte zwei der Angreifer. Anschließend ergriff er mit einem Freund die Flucht. Sie wurden jedoch am S-Bahnhof Hirschgarten von der Skinhead-Gruppe eingeholt. Dort gingen die Auseinandersetzungen bis zum Eintreffen der Polizei weiter. 17 Personen wurden festgenommen. (Tagesspiegel, 20.7.; Berliner Zeitung, 22.7.)

Hellersdorf
Am 26.7. marschierten unter Polizeischutz mehr als 130 Junge Nationaldemokraten (JN) und Mitglieder der »Unabhängigen Kameradschaften«, angeführt von dem ehemaligen JN-Vorstandsmitglied Andreas Storr, vom S-Bahnhof Wuhletal zum U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord. Hintergrund des Aufmarsches war ein Zwischenfall am 9.7., als bei Auseinandersetzungen zwischen rechten Jugendlichen und dem türkischen Besitzer eines Imbißstandes am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord einer der Angreifer offenbar in Notwehr vom dem Türken so schwer verletzt wurde, daß dieser daraufhin starb. (ND, 28.7.)
Der Innensenat hatte das Bezirksamt Hellersdorf nicht über die geplante Naziaktion informiert. Der Aufmarsch war 48 Stunden vor Beginn durch eine Privatperson angemeldet worden. Eine »Volksinitiative Deutsche helfen Deutschen« wollte mit dem Aufmarsch gegen angebliche Gewalt von Ausländern aufmerksam machen. Da diese Vereinigung nicht verboten sei, habe kein Verbotsgrund für den Aufmarsch vorgelegen. Das rechtsextreme Nationale Infotelefon kündigte die Demonstration als »Trauermarsch« für den getöteten Marcel Appel an. Gegen den türkischen Imbißbesitzer läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung mit Todesfolge. (ND, 29.7.; JW, 30.7.)

Zehlendorf
Zwei junge Männer aus Kasachstan wurden in der Nacht zum 31.7. auf dem Vorplatz des Bahnhofes Nikolassee von sechs, dem Aussehen nach der Skinheadszene zugehörigen Jugendlichen mit Messern und Knüppeln angegriffen und beraubt. Ein ausländerfeindlicher Hintergrund ist nach den Ermittlungen der Polizei nicht erkennbar. (Tagesspiegel, 1.8.)

Hellersdorf
In der Nacht zum 2.8. stiegen elf Jugendliche mit »Sieg Heil« und »Heil Hitler«-Rufen in einen Bus und griffen mehrere Fahrgäste an, schlugen sie und beraubten sie teilweise. Danach flüchteten die fünf Jungen und sechs Mädchen, die alarmierte Polizei konnte sie später festnehmen. Nach Feststellung der Identität kamen sie wieder frei. (Tagesspiegel; JW, 4.8.)

In einer S-Bahn zwischen Ostkreuz und Pankow griffen zwei der rechten Szene zugehörige Jugendliche in der Nacht zum 2.8. einen Fahrgast grundlos an, schlugen ihn und bedrohten ihn mit einer Pistole. Aus Angst bot der Überfallene den Schlägern Geld an. Die Täter, zu denen noch ein weiterer Mann und eine Frau gehörten, flüchteten am S-Bahnhof Pankow. (ND; Tagesspiegel, 4.8.)

Am 8.8. begann in Lübeck der Prozeß gegen Kai Diesner aus dem Berliner Bezirk Marzahn wegen Mordes an einem Polizisten und Anschlag auf den Marzahner PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat im Februar 1997. Diesner bezeichnete sich selbst als »Freiheitskämpfer des »Weißen Arischen Widerstands«. Der Nebenklägeranwalt Ulrich Dost befürchtete, daß sich das Gericht der »Einzeltätervision« der Berliner Polizei anschließen wird und Diesners Hintermänner in der militanten rechten Szene Berlins ungeschoren davonkommen werden. Weder hatte der Staatsschutz in Berlin zielgerichtet ermittelt, ob hinter dem Anschlag auf den Buchhändler organisierte rechtsextreme Gruppen standen noch gingen die Ermittlungen über die gerichtsbekannten Beziehungen Diesners zum harten Kern der militanten Neonaziszene in Berlin hinaus. Auch Bernd Wagner vom »Zentrum Demokratische Kultur« zweifelte an einem Alleingang Diesners, da sein Freundeskreis in den Strukturen der ehemaligen Deutschen Alternative zu suchen sei, die wiederum über gute Kontakte zu Andreas Storr verfügt, dem Anmelder des Hellersdorfer JN-Aufmarsches im Februar 1997. »Die PDS ist eines ihrer gemeinsamen Feindbilder«, sagte Wagner. (Frankfurter Rundschau, 6.8.; taz, 8.8.; Tagesspiegel, 16.8.; ND, 17.8.)

Bei einer bundesweit vom Bundeskriminalamt initiierten Aktion gegen rechtsradikale Musikverleger wurden auch in Berlin drei Geschäfte und drei Wohnungen durchsucht. In Lichtenberg, Pankow und Prenzlauer Berg wurden Bestellunterlagen von Vertriebsgesellschaften, 130 Tonträger sowie Hakenkreuzfahnen sichergestellt. (Berliner Zeitung; taz, 7.8.)

Weißensee
Zwei Polizeibeamte hielten sich am 17.8. außerhalb ihrer Dienstzeit in dem Lokal »Heinersdorfer Krug« auf, ein Lokal, in dem häufig und der Polizei bekannte Rechtsradikale einkehren. Einer von ihnen hatte sich mit einem Skinhead im Armdrücken gemessen und nach Aussage des Gastwirtes in seiner Trunkenheit die Neonazis ständig provoziert. Als sie nachts das Lokal verließen, folgten ihnen sechs Jugendliche, griffen sie an und schlugen sie, ein Polizist mußte mit Schädelbruch in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Ob in dem Lokal am Todestag von Heß rechte Umtriebe stattfanden, wird noch ermittelt. (Tagesspiegel, 18.8.; Berliner Kurier, 27.8.)

Der Vorsitzende des rechtsextremistischen Vereins »Die Nationalen«, Frank Schwerdt, wurde am 3.9. vom Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Gegen einen 22jährigen Mittäter verhängte das Gericht ein Jahr und drei Monate Jugendstrafe. Die beiden Neonazis hatten in ihren Schriften unter anderem die Existenz der Gaskammern in Konzentrationslagern bestritten. (taz; ND, 4.9.; Süddeutsche Zeitung, 5.9.)

Pankow
In der Nacht zum 9.9. warfen zwei Täter zwei Brandflaschen gegen die Außenwand eines Wohnheimes für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Es

entstand kein Schaden, da die Brandsätze an der Wand abprallten und auf dem Rasen ausbrannten. Die Täter flüchteten auf Motorrädern. Nach Polizeiangaben handelte es sich um den ersten Anschlag auf ein Ausländerwohnheim in der Hauptstadt. (Tagesspiegel; taz; Die Welt, 10.9.)

»SS-Runen auf Hertha-Fahnen«, so der Titel eines Beitrages in der taz. Seit Beginn der Fußballsaison und dem Aufstieg von Hertha BSC skandierten immer wieder Fans Naziparolen oder streckten beim Erklingen der Nationalhymne den Arm aus. Seit Anfang Juni 1997 laufen 85 Ermittlungsverfahren gegen Hertha-Fans, 11 davon wegen Volksverhetzung und SS-Symbolen auf den Fahnen. Das Landeskriminalamt wies dabei auf eine neue »Fan«-Klientel hin: Jugendliche aus dem Osten Deutschlands, die sich verbal nationalsozialistisch äußern. Die Polizei kontrolliert vor einem Spiel die Jugendlichen an ihren Treffpunkten und auf dem Weg ins Stadion. (taz, 18.9.)

Prenzlauer Berg
Auf dem jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee wurden am 17.9. von Unbekannten 28 Grabsteine und -säulen umgestoßen und teilweise zerstört. Die betroffenen Grabmäler liegen teilweise direkt gegenüber dem Eingang, gut einsehbar von der Straße und teils direkt an der angrenzenden Polizeiwache. (Tagesspiegel, 18.9.)
Der Friedhof ist seit Juli 1997 Gegenstand von Forschungen des Salomon-Ludwig-Steinheim Instituts. Dessen Leiter Prof. Brocke konnte nicht glauben, daß die Polizei nach der Schändung »keine Hinweise auf eine antisemitische Tat« notierte. Was müsse passieren, fragte er sich, um die Zerstörung von jüdischen Friedhöfen als antisemitisch motiviert zu bezeichnen? (Frankfurter Rundschau, 23.9.)

Marzahn
In einer Wohnung waren am 17.9. sieben Jugendliche versammelt, als Anwohner auf ausländerfeindliche Rufe der Jugendlichen aufmerksam wurden und die Polizei alarmierten. Bei der Festnahme der Jugendlichen, die unter Alkoholeinfluß standen, kam es zu einer Schlägerei, bei der vier Polizisten verletzt wurden. (taz, 19.9.)

Aus einem Lagebericht des Landesamtes für Verfassungsschutz, vorgestellt am 18.9., ist ersichtlich, daß sich die Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation zumeist auf die Ostbezirke der Stadt, vor allem auf Marzahn, Pankow, Lichtenberg und Prenzlauer Berg konzentrierten. Die Straftaten würden nicht vorbereitet und im »Suff« begangen. Strukturelle neonazistische Ansätze seien nicht sichtbar. (ND; Tagesspiegel, 19.9.)

Aus einer am 25.9. vorgestellten nicht repräsentativen Studie der FU geht hervor, daß Ost-Berliner Jugendliche stärker zu rechten oder nationalsozialistischen Positionen neigen als ihre Altersgefährten in den westlichen Bezirken. Die Studie führt dies auf Enttäuschung über die Entwicklung nach der Vereinigung zurück. Es gebe einen »Kern von Jugendlichen, der stramm rechts ist«, so ein Mitautor der Studie. Die Ergebnisse seien »in dieser Eindeutigkeit überraschend«. (taz; ND, 26.9.)

NPD-Hetze im »PDS-Gewand«. Mitte Oktober waren in Berlin Flugblätter der NPD, Landesverband Berlin-Brandenburg aufgetaucht, mit dem Titel »Erst der Euro, dann die Pleite«. Machart, vom Schriftbild bis zum Partei-Logo, waren so gestaltet, daß »offensichtlich eine Verwechslung mit der PDS angestrebt wird«. (ND, 16. 10.)

Kreuzberg
Am 17.10. wurde die Wohnung einer Mitarbeiterin des Polnischen Sozialrates in der Mariannenstraße durch Unbekannte in Brand gesetzt. Während ihrer Abwesenheit wurde durch den Briefschlitz ihrer Wohnungstür Benzin gegossen und angezündet. Die Wohnung brannte aus, es wurde kein Bewohner des Hauses verletzt. Bereits in der Vergangenheit war die Frau als »Polensau« und »Polenhure« beleidigt worden. (Pressemitteilung, 27. 10.)

Mitte
Ein Beispiel für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ableitbar aus Hotelvorschriften: Eine dunkelhäutige Studentin aus Berlin, von einer Zeitarbeitsfirma als Aushilfskraft im erst kürzlich eröffneten Hotel Adlon beschäftigt, wurde vom Chef des Hauses wegen ihrer Haarfrisur (»Rastafrisur«) in den Bereich der Küche versetzt. Zur Begründung hieß es, es werde auf ein »unauffälliges, gepflegtes Äußeres Wert gelegt, die Frisur sei aus »hygienischen Gründen unzumutbar«, und es gehöre zu den »Vorgaben« für das Hotelpersonal, den »durchschnittlichen, mitteleuropäischen Gegebenheiten zu genügen.« Auch im Hotel Intercontinental durfte die Studentin nicht im Servicebereich arbeiten. (taz, 7. 10.; Tagesspiegel, 20. 10.)

Weißensee
Die Gaststätte »Heinersdorfer Krug« ist einer der Treffpunkte der rechten Szene im Stadtbezirk. Mit einer Anfrage an das Bezirksamt wies die PDS darauf hin, daß besonders an den Wochenenden sich dort junge Männer mit geschorenen Köpfen, Bomberjacken und Springerstiefeln versammeln. Auf den Straßen um die Gaststätte seien mehrfach Passanten angepöbelt, bedroht und geschlagen worden. Zwei Polizisten wurden im August 1997 krankenhausreif geschlagen. Nach Aussage des Bürgermeisters sei übermäßiger Alkoholgenuß die Ursache für die Gewalt, »Rückschlüsse auf Rechtsradikalismus könnten nicht gezogen werden«. Möglicherweise ist es hier Neonazis gelungen, eine sogenannte national befreite Zone zu schaffen, zumindest an den Wochenenden. Die Innenverwaltung teilte auf Anfrage der PDS mit, daß es im ersten Halbjahr in Weißensee elf Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, darunter eine Gewalttat, gegeben habe, regelmäßige Neonazi-Treffpunkte im Stadtbezirk seien jedoch nicht bekannt.
Der Jugendsprecher der PDS-BVV-Fraktion äußerte seinen Eindruck, daß Informationen über gewalttätige rechtsradikale Jugendliche im Stadtbezirk von offizieller Seite zurückgehalten oder verschleiert werden.
Auch laut Berliner Verfassungsschutz handelt es sich beim »Heinersdorfer Krug« um einen Treffpunkt rechtsextremer Skinheads. (ND, 8. 10.; Tagesspiegel, 9. 10.)

Friedrichshain
Das Bezirksamt Friedrichshain untersagte eine für den 26. 10. geplante Veranstaltung mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber. Schönhuber wollte in der Gaststätte des Sportobjekts Friedrichshain sein neues Buch mit dem Titel »Le Pen – der Rebell, die Front National – ein Modell für Deutschland« vorstellen. Organisiert hatte die Veranstaltung die rechtsextreme Versandbuchhandlung »Scharnhorst Buchkameradschaft« und dafür die Räumlichkeiten der Gaststätte gemietet. Antifaschistische Gruppen hatten für den Fall, daß die Lesung an einem anderen Ort stattfindet, zu Protesten aufgerufen. (ND, 25./26. 10.)

Weißensee
Der Jüdische Friedhof wurde in der Nacht zum 28. 10. geschändet. Unbekannte stürzten drei Grabsteine um, in dem Teil, in dem während des Holocaust begraben wurde. (Tagesspiegel, 29. 10.)

Marzahn
Ende Oktober wurde vor allem in Marzahner Haushalten eine 28seitige Hetzbroschüre verteilt. Das gleichzeitig mit der Wurfsendung verteilte Flugblatt deutet darauf hin, daß der Absender aus Kreisen der NPD kommt. In der ausländerfeindlichen und antisemitischen Broschüre wenden sich 66 Unterzeichner gegen den vermeintlichen »Völkermord am deutschen Volk«. »Wir, die Unterzeichner, rufen alle volkstreuen Deutschen zur Notwehr auf gegen den von der Staatsregierung amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord am Deutschen Volke ...«, heißt es im Vorwort der Broschüre. (Berliner Zeitung, 29. 10.)
Verfassungsschutz-Chef Vermander zufolge gibt es im Unterschied zum linksextremistischen Spektrum im Bereich des Rechtsextremismus keine Ansätze zum Terrorismus. »Im rechten Bereich gibt es immer wieder Gewalttaten, aber wir haben keine Belege für terroristische Tendenzen«, erläuterte er. Auch Kay Diesner, der einen Marzahner Buchhändler niedergeschossen hatte und kurz darauf einen Polizisten tötete, sei ein Einzeltäter. (Tagesspiegel, 2. 11.)

Friedrichshain
Anwohner der Finowstraße entdeckten am 3. 11. auf dem Schaufenster eines leeren Ladens einen großen weißen Davidstern, darüber stand »Achtung Jude!« (Tagesspiegel, 4. 11.)

Mitte
Am 12. 11. hatte die Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu einer Diskussion zum Thema: »Rechte Tendenzen unter Jugendlichen, diffuse Protesthaltung oder politisch motiviert?« ins Abgeordnetenhaus geladen. Diskutiert wurde die Frage, warum rechtsradikale Thesen und Argumente sowie fremdenfeindliche Einstellungen zunehmend in der »Mitte der Gesellschaft« und unter Jugendlichen Zustimmung finden. Ohne Scham und von seinen Worten überzeugt gab es eine Wortmeldung eines älteren Berliner Bürgers. Er habe kein Problem mit rechten gewalttätigen Jugendlichen, da diese Kinder nur »eine Art Notwehr begehen«, wenn sie sich gegen Ausländer wehren. Sie hätten »das Recht, ihre Heimat zu verteidigen«, denn »jeder Ausländer, der ungebeten in dieses Land kommt, begeht Landfriedensbruch.« Er klagte über von »Deutschen entvölkerte Stadtteile, über die Unsummen von Steuergeldern, und sah sein »Recht auf Heimat« gefährdet. (taz, 14. 11.)

Berlin-Gatow
In der Kaserne in Berlin-Gatow, benannt nach dem einstigen Bonner Luftwaffeninspekteur und Hitler-Kampfflieger Johannes Steinhoff, wurden am 8. 11. im Spind eines 23jährigen Obergefreiten aus dem brandenburgischen Seehausen Tonbandkassetten und Cds mit rechtsradikalen Liedern gefunden, die nach seinen Angaben aus einem Laden in Berlin-Prenzlauer Berg stammen sollen. Die Tatsache wurde durch einen Hinweis aus den eigenen Reihen bekannt. Der inzwischen vom Dienst Suspendierte bezeichnete sich auf einem bei ihm gefundenen selbstgefertigten Ausweis als SS-Sturmbannführer. (Berliner Morgenpost, 11. 11.; ND, 12. 11.)
Unter sogenannten Fascho-Gruppen kursieren Papiere, die für den Bund werben und zur Freiwilligenmeldung auffordern. (ND, 12. 11.)

Am 14. 11. beschloß die Mitgliederversammlung der »Nationalen e. V.« die Auflösung der 1991 von der NPD, der DSU, der Republikaner und neonazistischer Splittergruppen gegründeten Organisation, deren Vorsitzender der Berliner Frank Schwerdt ist. Ihnen ist es gelungen, ihr Konzept der »nationalen Jugendarbeit« umzusetzen und in allen neuen Bundesländern feste Strukturen zu entwickeln. In zahlreichen ostdeutschen Städten wurden immer neue »unabhängige Kameradschaften gebildet, nach dem Prinzip der Dezentralisierung der Rechten, um den drohenden Verboten zu entgehen. Das Vereinsziel ist somit erreicht, nun sollen verstärkt »befreite Zonen« eingerichtet werden. (ND, 19. 11.)

Friedrichshain
In der Nacht zum 25. 11 wurden in einem Nachtbus zwei Peruaner von einem polizeibekannten Rechtsextremisten aus Hellersdorf offenbar grundlos angegriffen, geschlagen und getreten. Fahrgäste informierten den Busfahrer, der die Polizei zu Hilfe rief. (Tagesspiegel, Junge Welt, 26. 11.)

Friedrichshain
Aus einer Gruppe Jugendlicher heraus wurde am 30. 11. ein 28jähriger Sudanese vor einer Diskothek angegriffen und verletzt. (ND, 1. 12.)

Das Büro gegen ethnische Diskriminierung in Berlin und Brandenburg zog ein Jahr nach der Gründung Anfang Dezember Bilanz. Von den öffentlichen Institutionen werden am häufigsten aus der Polizei Diskriminierungsfälle gegenüber Minderheiten gemeldet. So betreiben Polizisten mitunter »Kanackenjagd« als nachtdienstlichen Sport. Paß- oder Arbeitserlaubniskontrollen gehen oft mit Körperverletzung einher. Auch von den Sozial- und Arbeitsämtern seien rassistische »Entgleisungen« bekannt geworden, so Arbeitsvermittlungsangebote, die mit »Nur für Deutsche« oder »Keine Afrikaner« überschrieben wurden. (ND, 6./7. 12.)

Treptow
Bei einer Razzia gegen Mitglieder der rechtsextremistischen »Kameradschaft« Treptow und Köpenick am 8. 12. wurden in 17 Wohnungen Materialien zur Herstellung von Rohrbomben sichergestellt, auch Aufkleber, Propagandamaterial und Unterlagen über die beiden Organisationen. Dabei konnte ein Rohrbombenattentat auf ein jugendliches Mitglied der PDS in Treptow verhindert werden. Die Bombe sollte auf dem Balkon der Wohnung gezündet werden. Zur Vorbereitung des Anschlages seien bereits zwei Probesprengungen durchgeführt worden. Bei einer weiteren geplanten Sprengung hatten Passanten im Oktober 1997 eine Rohrbombe im Treptower Park gefunden. Zwei Mitglieder der »Kameradschaft Treptow« wurden festgenommen. (Berliner Zeitung, 10. 12.)
Nach dem verhinderten Attentat sah der Verfassungsschutz bei den Berliner Rechtsextremisten eine »neue Qualität«, da bisher bei Mitgliedern der Kameradschaften nur Propagandamaterial gefunden worden sei und keine Waffen- und Rohrbombenfunde. (Tagesspiegel, ND, 12. 12.)
In den Postkästen einiger östlicher Stadtbezirke wurden erneut rechte Flugblätter der »Kameradschaft Treptow« verbreitet, in denen zu Spenden für die Organisation aufgerufen wurde. (Berliner Zeitung, 13./14. 12.)

Lichtenberg
Mitte Dezember öffnete in der Normannenstraße das Café »Germania«. Die rechtsextreme »Berlin-Brandenburger Zeitung« pries das Café als »das kleine deutsche Lokal«, in dem die Gäste des Hauses »Nationale und Patrioten« sind und in dem »nationale Musik und Informationen« geboten werden. Nach einem Bericht in der Zeitung »Neues Deutschland« werden in dem Café von der Getränke- und Speisenkarte, über die Musikauswahl bis zur Ausstattung und den Bildern und Karten an den Wänden nicht nur alte germanische Traditionen wachgehalten, sondern auch eindeutig Sympathien z. B. mit Alfred Rosenberg bekundet, dem »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«. Insgesamt eine fragwürdige Attraktion in der deutschen Hauptstadt. (ND, 31. 12.)

In der S-Bahn der Linie S 1 hatten zehn Jugendliche am 22. 12. einen 38jährigen Chinesen brutal mißhandelt. Sie beleidigten den seit acht Jahren in Deutschland lebenden Koch und schlugen mit einer Stahlrute, einer verbotenen Teleskopschlagwaffe, auf ihr Opfer ein. Der Chinese versuchte sich vergeblich gegen die Schläge zu wehren. Erst als eine Frau dazwischenging, ließen die Täter von dem Mann ab. In Wittenau konnte die Frau mit dem schwer verletzten Chinesen aussteigen und die Polizei alarmieren. Auf dem Bahnhof Schönholz stiegen die Jugendlichen in den Gegenzug in Richtung Oranienburg um und griffen dort ein 15jähriges wohnungsloses Mädchen an. Die Jugendlichen, die aus Berlin und Oranienburg stammen, konnten am S-Bahnhof Wittenau aus dem Zug geholt werden. Sie waren nicht betrunken. Gegen zwei Haupttäter wurde Haftbefehl erlassen, bei den acht anderen Beteiligten sei ein Haftbefehl »nicht verhältnismäßig« gewesen. Der Chinese mußte mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. (Berliner Zeitung; Frankfurter Rundschau, 24. 12.)

Mitte
In der Großen Hamburger Straße wurde in der Nacht zum 30. 12. der Gedenkstein für jüdische Opfer der Nazidiktatur, die von einer hier befindlichen Sammelstelle in die Konzentrationslager abtransportiert wurden, umgestoßen. Dabei brach der aus zwei Teilen bestehende Stein auseinander, die Bronzeplatte wurde beschädigt. (ND, 31. 12.)

Mecklenburg-Vorpommern

Greifswald
Nachdem die Polizei zunächst von einem Kältetod ausgegangen war, hat sich nun herausgestellt, daß der obdachlose Mann, der am Neujahrstag aufgefunden worden war, von vier Jugendlichen erschlagen worden ist. (taz, 25./26. 1.)

Altentreptow
Am Wochenende vom 11. auf den 12. 1. drangen Unbekannte in das örtliche Gymnasium ein, zerstörten Inventar und beschmierten die Schultafeln mit Hakenkreuzen und SS-Runen. (Schweriner Volkszeitung, 14. 1.)

Rostock
Nach einer Trauerfeier für einen Bekannten, der bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen war, zogen etwa 40 rechte Jugendliche unter Alkoholeinfluß durch die Innenstadt und riefen Parolen wie »Wir sind rechtsradikal!«. (Ostseezeitung, 23. 1.)

Pasewalk
Am Wochenende vom 15. auf den 16. 2. überfielen drei rechte Jugendliche einen 18jährigen, schlugen ihn nieder und zwangen ihn zur Herausgabe von Bargeld und Kreditkarte. (Nordkurier, 18. 2.)

Ückermünde
Etwa zur gleichen Zeit wurde ein 42jähriger Mann von vier bis sechs rechten Jugendlichen angegriffen und beraubt. (Nordkurier, 18. 2.)

Lubmin
Am Freitag, dem 21. Februar weilte der Mecklenburg-Vorpommersche Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) in Lubmin/Kreis Ostvorpommern und stand in seiner Funktion als Minister am Abend auf einem Bürgerforum des örtlichen Gewerbevereins Rede und Antwort.
Als das Gespräch aus Fragen aus dem Publikum und Antworten vom Podium auf das Thema »Ostgrenze Deutschlands« kommt, führt Minister Jürgen Seidel aus, er gehe davon aus, daß Polen bis Mitte des nächsten Jahrzehntes in der Europäischen Union Mitglied sei.
Dies berge viele Gefahren, aber auch einige Möglichkeiten. Im folgenden Äußerte er mit voller Überzeugung folgenden Satz:
»Mir ist es lieber, wenn die Polen irgendwann EU-Geld verdienen und dann einen Mercedes kaufen können, statt ihn bei uns zu klauen.« Nach einer Kunst-Pause bekräftigte er die Aussage und setzte seine Ausführungen fort. Mit diesen Worten stellt sich Wirtschaftsminister Seidel

bewußt auf die Seite der platten nationalen Agitation.
Dies ist empörend, wo doch gerade auch Vorpommern zur Euroregion der Pomerania gehört, die die Integration im polnisch-deutschen Grenzgebiet fördern soll.
Minister Seidel verläßt damit in eklatanter Weise und ein weiteres Mal in seiner offiziellen Funktion als Minister – als jener stand er Rede und Antwort, er bezog diese Aussage in keiner Weise als persönliche Meinung – die Grenzen der Koalitionsvereinbarungen. Diese Aussage hat ihn für ein ernsthaftes, demokratisches Amt disqualifiziert. (E-Mail)

Greifswald
Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) an der Universität Greifswald hat die Betreuung der rund 400 ausländischen Studierenden vorerst eingestellt, nachdem massiv anonyme Drohungen per Post und per Telefon eingegangen waren. Bereits vor einem Jahr war der damalige Referent für Ausländerarbeit wegen wiederholter Drohungen zurückgetreten. Ein Nachfolger konnte in diesem Jahr nicht mehr gefunden werden. (Ostseezeitung, 6. 3.)

Wolgast
Ende Februar/Anfang März wurde der Briefkasten der PDS-Geschäftsstelle in Wolgast mit Haßparolen beschmiert, die mit dem Kürzel »WAW« für »Weißer Arischer Widerstand« unterzeichnet waren. (Neues Deutschland, 8./9. 3.)

Lassan
In der Nacht vom 8. zum 9. 3. zerschlugen rechte Jugendliche Fensterscheiben des Rathauses, warfen Papierkörbe um und riefen faschistische Parolen. (Ostseezeitung, 10. 3.)

Züssow
Am gleichen Wochenende bedrohte eine Gruppe rechter Jugendlicher eine Familie auf deren Grundstück. (Ostseezeitung, 10. 3.)

Grimmen
Am 18. 3. schossen vier Rechtsradikale mit einer Schreckschußpistole auf einen Türken und schlugen anschließend mit einem Baseballschläger auf ihn ein. (Junge Welt, 20. 3.)

Breechen
Am 28. 3. überfielen etwa 30 Rechtsradikale unter »Sieg Heil«-Rufen und der Parole »Macht die Zecken platt!« ein Hüttendorf von Gegnern der Ostsee-Autobahn. Drei der zehn Bewohner des Dorfs wurden verletzt. Mehrere Einrichtungen wurden total zerstört, ein Großteil der Fensterscheiben ging kaputt. (E-Mail; Frankfurter Rundschau, 1. 4.)

Schwerin
Nach dem am 3. 4. vorgestellten Verfassungsschutzbericht von Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 1996 ist die Zahl rechtsextremer Straftaten deutlich gestiegen, 769 Delikte, das sind 105 mehr als im Jahr zuvor, wurden registriert. Die rechte Szene hat sich verfestigt und zähle 600 Personen, 21 Skinhead-Konzerte konnten 1996 mit bis zu 700 Teilnehmern stattfinden. Die gewaltbereiten Rechten haben Zulauf und sind besser organisiert als noch im Vorjahr. Der harte Kern bekenne sich als »Hammer-Skins« mit Bomberjacke, Glatze und Springerstiefel offen zur rechten Szene. Der Innenminister nannte als Schwerpunkte der Rechtsextremen Neubrandenburg, Ostvorpommern und Rostock, die teilweise untereinander vernetzt sind. Es gibt mehrere rechtsextreme Kameradschaften mit einem Zulauf an neuen Mitgliedern. (Nordkurier, 4. 4.)

Klein Bünzow
Nach Recherchen der Zeitung »Nordkurier« fanden in der vorpommerschen Gemeinde 1996 zehn von etwa 20 rechtsextremistischen Musikveranstaltungen statt. Über die Veranstaltungen in der Gastwirtschaft »Linde« ist die Bürgermeisterin im Gespräch mit dem Journalisten nicht glücklich, aber es gebe keine Handhabe, die Veranstaltungen zu verbieten. Auch danach gebe es keine Klagen, heißt es vom Chef des Ordnungsamtes. Alles bleibe sauber und ordentlich. Rückzüge aufs Land, weg von den großen Städten sei gegenwärtig typisch für die rechte Szene. Nach den Veranstaltungen im Dorfsaal wird der Vertrieb brauner Devotionalien zu einem gut laufenden Industriezweig, gegen den die Polizei machtlos ist. Auch der Gastwirt der »Linde« verkauft bei einem Konzert mindestens 300 Essen und einige tausend Bier. »Das schafft«, sagte er dem Journalisten der Zeitung. (Nordkurier, 14. 4.)

Schwerin
Im Ortsteil Lankow eskalierte am 16. 4. ein Streit zwischen den Gangs zweier verfeindeter Motorradclubs, der bereits seit einem Jahr schwelen soll. Mit Baseballschlägern, Totschlägern, Stahlketten und Eisenruten prügelten 15 junge Mitglieder der »Black Union« auf ein Opfer ein, und schossen ihm dreimal ins Bein. Bei der Durchsuchung des Vereinshauses beschlagnahmten Polizisten Waffen und Schlagwerkzeuge. Der Bürgermeister des Ortes zeigte sich überrascht: »Mit den Jungs gab es bisher noch nie Probleme«. (Schweriner Volkszeitung, 18. 4.)

Das Thule-Netz informierte seine Kameraden mit der Botschaft, daß in Mecklenburg-Vorpommern auch endlich ein »Nationales Infotelefon« eingerichtet sei. Rufnummer und Ansage-Text Nr. 1 wurden mitgeliefert. (E-Mail-Nachricht, 23. 4.)

Rostock
Nach einem Aufmarsch von Rechtsextremisten am 1. Mai nahm die Polizei 60 von ihnen vorübergehend fest. (ND, 2. 5.) Am selben Tag wurde in der Stadt ein Inder und seine Ehefrau von Insassen eines Kleintransporters mit Fäusten und einer Holzlatte geschlagen (JW, 3./4. 5.)

Rostock
Für die Beamten der Polizeidirektion Rostock begann am 6. 5. die Zelt- und Badesaison. Mit einem Sicherheitskonzept für Zeltplätze versucht die Polizei, verunsicherten Urlaubern die Angst vor randalierenden, rechtsradikalen Schlägern zu nehmen. Beim Vorstellen des Konzeptes vor Zeltplatzbetreibern wurde öffentliche Kritik geübt an zu langen Reaktionszeiten der Polizei. »Es darf nicht vorkommen, daß Funkstreifen extra langsam zum Tatort fahren, damit sich alles schon erledigt hat, wenn sie vor Ort sind«, sagte der Polizeidirektor. (Ostseezeitung, 7. 5.)

Schwerin
Am »Herrentag, dem 8.5. griff eine Gruppe Jugendlicher drei Jugoslawen, einen Albaner und eine Schwerinerin an. Insgesamt gab es an dem Feiertag im Bundesland mehr als 30 Festnahmen nach Krawallen und Körperverletzungen. (ND, 10./11.5.)

Kühlungsborn
Mit Baseballschlägern bewaffnet überfiel in der Nacht zum 11.5. eine Gruppe Jugendlicher einen Campingplatz. Mehrere Camper wurden verletzt. Am selben Wochenende hatte der Campingplatzverband mit einem »Tag der offenen Tür« versucht, das Image der Branche im Lande zu verbessern, nachdem 1996 mehrere Campingplätze überfallen worden waren. (Ostseezeitung, FAZ, 13.5.)
Drei der an dem Überfall beteiligten Jugendlichen wurden Mitte Juli zu Freiheitsstrafen verurteilt. (taz, 18.7.)

Beckerwitz
In dem Ort am Ostseestrand in der Nähe von Wismar überfielen am 24.5. einheimische Jugendliche einen Campingplatz und verletzen zwei Touristen. (Frankfurter Rundschau, 26.5.)

Boizenburg
In einer Verkaufsstelle randalierten am 1.6. zwölf Jugendliche. Den von der Polizei ausgesprochenen Platzverweis beantwortete einer der Jugendlichen mit dem Hitlergruß. Nach seiner Festnahme randalierten daraufhin die anderen Mitglieder der Gruppe vor dem Polizeigebäude. (Nordkurier, 2.6.)

Sandhagen
Am 1.6. fielen zwei Jugendliche in einer Landverkaufsstelle mit Heil-Hitler- und Sieg-Heil-Rufen auf, außerdem hatten sie Hakenkreuze in Tische geritzt. (Nordkurier, 2.6.)

Liepgarten
Am 13.6. griffen nachts in dem vorpommerschen Ort etwa 10 Jugendliche ein alternatives Jugend-Zeltlager an. Sie grölten rechtsradikale Parolen, rissen zwei Zelte ein und ließen einen schwerverletzten jungen Camper liegen. Die Täter konnten entkommen. (ND; taz; Frankfurter Rundschau; Die Welt, 16.6.)
Mitte August wurden acht Jugendliche, die der örtlichen rechten Szene zugeordnet wurden und die Tat gestanden haben, von der Polizei ermittelt. Das Motiv ist unklar. Haftgründe lagen nicht vor. Das Zeltlager stand unter dem Motto »Alternativen zur Jugendarbeit im ländlichen Raum«. Beteiligt waren etwa 20 Organisationen aus dem Uecker-Randow-Kreis. (Nordkurier, 21.8.)

Warnemünde
Am 14.6. wurde ein Asylbewerber aus Togo von 10 Jugendlichen krankenhausreif geschlagen. Die Tat verlief nach bekanntem Muster: Die Jugendlichen beschimpften den Ausländer, der mit seiner Freundin spazieren ging, schlugen ihn mit Fäusten und traten ihn auch dann noch mit ihren Springerstiefeln, als er schon am Boden lag. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. (taz; ND; Berliner Zeitung, 16.6.)

Rostock
Eine Gruppe von etwa 15 Jugendlichen hatte sich am 14.6. in einer ehemaligen Kindertagesstätte getroffen und mit Rufen »Heil Hitler« und »Deutschland den Deutschen« auf sich aufmerksam gemacht. Nach einem Platzverweis durch die Polizei wichen sie auf den Wochenmarkt der Stadt aus. Dort griffen sie unter Grölen rechter Sprüche und mit Hitlergruß einen 14jährigen Türken an. Mehrere türkische Händler verteidigten ihn, griffen zu Eisenstangen und es kam zu einer Schlägerei, die erst durch die Polizei beendet wurde. (Nordkurier; taz; ND; Berliner Zeitung, 16.6.)

Nach den rechtsextremistischen Gewalttaten vom Wochenende (14./15.6.) in Mecklenburg-Vorpommern sprach sich der Innenminister Armin Jäger für ein härteres Vorgehen gegen gewalttätige Jugendliche aus. Er plädierte für pädagogische Betreuung in geschlossenen Heimen. Der Gewaltbereitschaft gelte es gezielt entgegenzuwirken. »Wer soweit abgesackt ist, daß er gewalttätig reagiert, um seinen Frust abzubauen, gehört zunächst einmal in eine geschlossene Einrichtung«, forderte der CDU-Politiker. »Das Fazit seiner Ausführungen: keine wirklich rechtsextremen Gewalttaten, vielmehr »im Suff« explodierte Emotionen, verbrämt mit diffusem Fascho-Gegröle«, vermerkt kritisch der Nordkurier am 18. 6 ...(Nordkurier, 16.6., 18.6.; Lausitzer Rundschau, 17.6.)

Hagenow
Am 17.6. kam es zu einem Überfall von drei Jugendlichen auf Bundeswehrsoldaten. Die Jugendlichen hatten zwei Pkw auf einem Sandweg angehalten und an der Weiterfahrt gehindert. Dabei forderten sie »Wegezoll« von den Soldaten und verletzten einen mit einer Bierflasche am Kopf. Er erlitt eine Gehirnerschütterung. Gegen die drei Jugendlichen wurde inzwischen Haftbefehl wegen Erpressung, Raub und Körperverletzung erlassen. Nach Angaben der Soldaten hatten die Jugendlichen kahlgeschorene Köpfe und Runen-Symbole an der Kleidung. (Berliner Zeitung; ND, 19.6.; Frankfurter Rundschau 21.6.)

Warnemünde
Eine Gruppe von Jugendlichen grölte am 28.6. auf der Mole rechtsradikale und ausländerfeindliche Parolen. Die Polizei nahm 22 von ihnen im Alter zwischen 14 und 25 Jahren aus Ost- und Westdeutschland fest. (Frankfurter Rundschau, 30, 6., 1.7.)

Karlshagen
Fünf Jugendliche aus der rechten Szene terrorisierten zwei am Strand (Insel Usedom) zeltende Familien aus Berlin. In der Nacht zum 29.6. gingen sie mit Eisenstangen und Zaunlatten auf die Zelter los und verletzten einen Mann. Die Angreifer aus Karlshagen, die Bomberjacken und Springerstiefel trugen, ließen erst von ihren Opfern ab, als der Verletze einen Schuß aus einer Gaspistole abgab und die Angreifer darauf hinwies, daß sich in einem der Zelte eine Schwangere und ein Kind befänden. (Frankfurter Rundschau; ND; Berliner Zeitung, 1.7.)
Die fünf Täter konnten ermittelt werden, Zwei der Angreifer waren der Polizei bereits bekannt. Thomas T. (18) und

Robert W. (17) waren am 13. 7. 1996 bei dem Überfall in Leisten am Plauer See auf eine campende Jugendgruppe und ihren Betreuer beteiligt gewesen. (vgl. Bulletin, Nr. 1/1997, Chronik 1996, S. 28) Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen beide einen Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls, da es sich um Wiederholungstäter handelt. Das Gericht stimmte dem Antrag zwar zu, verschonte die beiden aber vom Vollzug der Untersuchungshaft. Für den Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern war dies eine unverständliche Entscheidung. Er forderte, bei Wiederholungstätern dafür zu sorgen, daß »diese Leute aus dem Verkehr gezogen werden«. (taz; ND 7. 7.)

Pepelow
In der Nacht zum 29. 6. griffen vier Jugendliche Touristen auf dem Campingplatz bei Wismar an. In diesem Zusammenhang ermittelte die Staatsanwaltschaft Rostock sowohl gegen die Jugendlichen als auch gegen zwei Polizisten wegen Strafvereitelung im Amt. Urlauber hatten die Polizisten alarmiert, sie hatten sich jedoch geweigert, Anzeigen gegen rechtsgerichtete Schläger wegen Nötigung und Körperverletzung aufzunehmen. Die Polizisten hätten auch nicht reagiert, als einer der Jugendlichen die Hand zum Nazigruß erhoben hatte. Eine Gruppe von Urlaubern aus Norddeutschland war wegen der Vorfälle noch in der Nacht vom Zeltplatz abgereist. (Nordkurier; Frankfurter Rundschau, 2. 7.)

Seerahn (Landkreis Güstrow)
Ein 34jähriger Türke mit deutscher Staatsangehörigkeit, Betreuer einer DRK-Jugend-Reisegruppe, wurde in der Nacht zum 1. 7. von drei Jugendlichen ohne Grund in einer Telefonzelle angegriffen und verletzt. Die Angreifer, die das DRK als »offensichtlich rechtsradikal bezeichnete, schlugen mit Schlagringen und Fäusten auf ihn ein. Sie traten ihm immer wieder ins Gesicht, als er schon am Boden lag und ließen ihn schwer verletzt und bewußtlos liegen. Die Jugendlichen, unter ihnen ein 15jähriges Mädchen wurden festgenommen. Während das DRK an dem rassistischen Hintergrund des Überfalls keine Zweifel hatte, wollte sich die Polizei nicht darauf festlegen. Die Täter trugen Springerstiefel, einer ein T-Shirt der Neonaziband »Endstufe«.(Nordkurier; Frankfurter Rundschau, 2. 7.; taz, 10. 7.)

Trassenheide
Anfang Juli wurden zwei Schulklassen eines Altenburger Gymnasiums (Thüringen) im Erholungszentrum Trassenheide kurz nach ihrer Ankunft von einheimischen »Glatzköpfen« brutal überfallen. Die beiden Schulklassen reisten sofort nach Altenburg zurück, da sie sich nicht ausreichend vor wiederholten Übergriffen geschützt fühlten. Das Thüringer Kultusministerium sicherte Rechtsbeistand zu. Gleichzeitig wurden Vorwürfe laut, die Polizei habe zu spät reagiert und den Schülern nicht wie erhofft geholfen. Für die Anklamer Polizeidirektion gab es keinen Anhalt für einen rechtsorientierten Hintergrund. (Nordkurier; Thüringer Allgemeine, 5. 7.)

Markgrafenheide
Eine Gruppe von 15 bis 20 Berliner Campern wurde in der Nacht zum 8. 7. von fünf Jugendlichen aus Rathenow (Brandenburg) überfallen. Die Angreifer hatten eine Motorsäge bei sich, damit wurde jedoch niemand verletzt. (ND, 9. 7.)

Ahlbeck
Bei einer Gartenparty kam es am 8. 7. zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Gruppen mit Beteiligten aus dem Ort, aus Wolgast und Mellenthin. Etwa 15 bis 20 Personen griffen zum Teil vermummt und mit Baseballschlägern bewaffnet die Gäste der Feier an. Die Polizei vermutet einen Racheakt. (ND, 9. 7.)

Kühlungsborn
Am 10. 7. griffen drei unbekannte junge Männer einen 22jährigen Armenier an und verletzten ihn. Wenig später schlugen sechs armenische Asylbewerber wahllos auf Passanten auf der Seebrücke ein. (Frankfurter Rundschau, 12. 7.)

Im Land Mecklenburg-Vorpommern leben mehr als 60 000 Menschen vom Fremdenverkehr. Ein Drittel der etwa zehn Millionen Übernachtungen im Jahr kommen aus dem Campingtourismus. Zu Beginn der Hauptsaison gab es immer wieder Meldungen über Übergriffe auf Urlauber. Landtagspräsident und Vorsitzender des Landestourismusverbandes, Rainer Prachtl, äußerte, daß »die Schläger die Arbeitsplätze gefährden, möglicherweise der eigenen Eltern« und betonte dennoch, das Land sei so sicher wie jedes andere Bundesland. Besonders durch die Medien außerhalb des Landes käme sein Land immer wieder in die negativen Schlagzeilen. Auch das Innenministerium wiegelte ab, »hier passiert nicht mehr, hier wird nur mehr bekanntgegeben«, da jeder Vorfall, bei dem nur der Verdacht bestehe, daß Touristen zu Schaden gekommen seien, bis ins Innenministerium gemeldet werde. (Tagesspiegel, 20. 7.)

Ahlbeck
Vier Jugendliche im Alter zwischen 16 und 19 Jahren überfielen einen 56jährigen polnischen Staatsbürger, nachdem sie ihn zuvor mit ihren Krädern umkreist hatten. Dabei schlugen sie ihn und besprühten ihn mit Reizgas. (Nordkurier, 25. 7.)

Ueckermünde
Zwei armenische Asylbewerber sind in der Nacht des 27. 7. von etwa 20 bis 30 Jugendlichen durch die Stadt verfolgt worden, geschlagen und mit Steinen geworfen worden. Fünf Tatverdächtige konnten ermittelt werden. (Nordkurier, 26. 7.; JW; ND; Frankfurter Rundschau, 28. 7.)

Pasewalk
Mit »Sieg Heil« und dem Ziel, auf dem Zeltplatz an einer Badeanstalt »alles kurz und klein« schlagen zu wollen, erschienen am 27. 7. in den frühen Morgenstunden vier Jugendliche in einem PKW an der Badestelle. Der Platzwart verständigte die Polizei, sie wurden vernommen und wegen »fehlender Haftgründe« wieder freigelassen. (Nordkurier, 28. 7.)

Markgrafenheide
Ein Camper aus Berlin wurde am 31.7. vor dem Zeltplatz niedergeschlagen. Aus einer Gruppe von vier Unbekannten hatte ein Mann mit einem Baseballschläger ohne Motiv auf den Berliner eingeschlagen. Die Täter flüchteten im Auto. (Berliner Zeitung, 1.8.)

Parchim
Mit einem Flugblatt mobilisierten die Jungen Nationaldemokraten (JN) für ein militärisches Zeltlager ab 31.7. in der Nähe der Stadt. In dem Flugblatt, daß dem NPD-Organ »Deutsche Stimme« beigelegt war, wurden die Teilnehmer davor gewarnt, »Waffen sowie verbotene Zeichen, Symbole etc.« mitzubringen. Sie werden zu »absolut deutschem Verhalten« und »soldatischer Handlungsweise« aufgerufen. Ein Verbot der Veranstaltung war laut Innenministerium nicht möglich, da die NPD keine verbotene Organisation ist. Das Treffen hatte zunächst nur regionale Bedeutung, durch die Verbreitung des Flugblattes über die NPD-Zeitung wurden Rechtsextremisten in ganz Deutschland erreicht. Das Zeltlager soll auf einem Privatgelände stattfinden. Die Verwaltung der Stadt Parchim war bis zum 29.7. nicht über das geplante Zeltlager informiert. (taz, 30.7.)

Ahlbeck
20 bis 30 Jugendliche schlugen in der Nacht zum 10.8. Strandbesucher aus Berlin und Neubrandenburg mit Baseballschlägern und Fäusten zusammen. Drei Schwerverletzte mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (Nordkurier; Frankfurter Rundschau; ND, 11.8.)

Trassenheide
Auf dem Zeltplatz spielten am 16.8. jugendliche Camper lautstark Musik mit rechtsextremen Inhalt ab. Die Musikkassetten wurden beschlagnahmt. (Nordkurier, 19.8.)

Anklam
Auf dem Marktplatz der Stadt versammelte sich am 16.8. eine Gruppe von 15 bis 20 Jugendlichen aus der rechten Szene und fiel durch lautes Grölen von Naziparolen auf. Sie zeigten den Hitler-Gruß, als die Polizei einen Platzverweis aussprach. Die Jugendlichen stammten aus dem Raum Anklam, Neubrandenburg, Burg Stargard und Groß Nemerow. Im Zusammenhang mit dem Heß-Todestag wurden in der Stadt Plakate und Aufkleber mit rechtsgerichtetem Inhalt geklebt. (Nordkurier, 19.8.)

In einer Antwort auf eine Anfrage des PDS-Parlamentariers Peter Ritter bestätigte die Landesregierung, daß es seit 1993 im Land 40 Veranstaltungen rechtsgerichteter Organisationen wie NPD, DVU und Republikaner gegeben hat. Die »Zielsetzung der Treffen hat in allen Fällen in der Verbreitung des jeweiligen Gedankengutes und der Gewinnung neuer Mitglieder« gelegen. Dabei betonte die Regierung, daß es zu keinen Störungen oder sonstigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen gekommen sei. Der Parlamentarier warf der Regierung vor, neofaschistischen Tendenzen nicht ernst genug zu begegnen. (Nordkurier, 20.8.)

Ludwigslust
150 Rechtsradikale marschierten am 23.8. in der Stadt auf. Die Polizei war nur mit 25 Beamten präsent. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Volker Schlotmann warnte vor einer Verharmlosung der rechten Szene. Er vermisse eine Diskussion über die »Hintermänner«. Diese statteten die »rechten Banden« mit beispielhafter Logistik aus, wofür große Finanzmittel notwendig seien. Nach seiner Ansicht handelt es sich bei den rechtsradikalen Jugendlichen nicht um eine »Zeiterscheinung« im Sinne einer sich überlebenden Jugendbewegung. (ND, 26.8.)

Bad Doberan
Nach Kenntnis von Volker Schlotmann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, haben Rechtsradikale in Bad Doberan ein Gebäude gekauft, das derzeit ausgestattet wird. Der Parlamentarier wird über diese Vorgänge den Verfassungsschutz informieren. (ND, 26.8.)

Ludwigslust
Ein Aufmarsch mit Fackeln von rund 150 rechtsgerichteten Jugendlichen für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß wurde in den frühen Morgenstunden des 23.8. von der Polizei aufgelöst. Die Demonstration begleitete ein Kamerateam, deshalb vermutete die Polizei, daß dieses Treffen von Neonazis aus den alten Bundesländern und Berlin zur Selbstdarstellung inszeniert worden war. Es wurden acht Personen festgenommen, nach Angaben der Polizei wurde der Aufmarsch innerhalb 15 Minuten beendet. Diesen Angaben widersprachen Mitarbeiter einer Hamburger Fernsehagentur. Die Polizei, so hieß es, habe der Aktion stundenlang zugesehen und erst sehr spät eingegriffen. (Nordkurier; Frankfurter Rundschau; Die Welt; Berliner Zeitung, 25.8.)

Mit einem Antrag im Landtag schlug die SPD-Fraktion am 4.9. die Einrichtung einer polizeilichen Sonderkommission gegen rechtsextreme Straftaten vor. (taz, 5.9.)

Schwerin
Die Landespolizei stellte am 10.9. ein Konzept zur Bildung »Mobiler Fahndungsgruppen gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt« vor. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Zahl von Delikten mit fremdenfeindlichem, antisemitischem oder den Faschismus verherrlichendem Hintergrund 1997 kontinuierlich zugenommen, im ersten Halbjahr 1997 wurden 564 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert. Es wurde eine verstärkte Roheit und Brutalität von Jugendlichen bei der Tatausführung beobachtet, es gab rechtsradikale und neofaschistische Bekundungen sowie auch eine stärkere Gruppenbildung in der rechten Szene und das Bemühen um den Aufbau fester Strukturen. Nach Aussage von Innenminister Jäger gibt es eine wachsende Gruppenbildung unter »alkoholisierten, gewaltbereiten Jugendlichen«. »Hier tobt sich ein Gewaltpotential aus, das nur knallharte Repression versteht«. Eine vergleichbare, auf rechtsextremistische Straftaten spezialisierte Polizeigruppe gibt es bis-

her nur in Sachsen, die Soko Rex. (ND; Süddeutsche Zeitung; Die Welt, 11.9.)

Klein Bünzow
Bei einer Party in der Gaststätte »Zur Linde« wurden in der Nacht zum 14.9. zahlreiche Waffen, wie Luftdruckgewehre, Schreckschußpistolen, Messer und ein Totschläger sowie rechtsradikales Propagandamaterial, verbotene CDs und eine »Kameradschaftsfahne« beschlagnahmt. 10 Personen wurden festgenommen und Strafverfahren gegen sie eingeleitet. In dem Ort war es in den vergangenen Monaten mehrfach zu Zusammenrottungen rechter Jugendlicher gekommen. (Nordkurier; Junge Welt, 15.9.)

Gützkow
In der Anlage des Schloßgymnasiums riefen am 28.9. mehrere Jugendliche rechte Parolen. Auch an den Wänden wurden rechte Schmierereien gefunden. Die Polizei nahm die Ermittlungen auf. (Nordkurier, 29.9.)

Klein Bünzow
In der Gaststätte »Zur Linde« wurde in der Nacht zum 5.10. von der Polizei eine Veranstaltung gewaltsam aufgelöst, dabei gingen Stühle und Tische der Gaststätte zu Bruch. Eine aus Bayern stammende Gruppe »Sturmflut« hatte vor etwa 120 Besuchern gespielt. Die Gaststätte ist als Treffpunkt der rechten Szene bekannt, der Ort hat so Eingang in den Verfassungsschutzbericht 1996 von Mecklenburg-Vorpommern gefunden. Von den 21 rechten Musikveranstaltungen, die 1996 stattfanden, gab es allein zehn Konzerte in der »Linde«. Dennoch wollte die Polizei Berichte, wonach es sich bei dem Ereignis um eine rechte Veranstaltung gehandelt habe, nicht bestätigen, weil im polizeilichen Verzeichnis rechtsradikaler Bands die Gruppe »Sturmflut« nicht zu finden war. In der Familie des Pächters der Gaststätte sind der Polizeieinsatz, der zum Abbruch der Veranstaltung führte, unverständlich. »Es ging alles friedlich zu, niemand hat etwas Verbotenes getan«, wird auf Nachfrage erklärt. (Nordkurier, 7.10.)

Boizenburg
Am 9.10. wurde ein jüdischer Friedhof von unbekannten Tätern geschändet. Das Eingangstor und 26 Grabsteine des Friedhofes wurden mit NS-Symbolen und -Parolen beschmiert. Die Straftat wurde jedoch erst am 14. 10 öffentlich, weil sie von der zuständigen Polizeidirektion mit der Begründung, die Ermittlungen nicht zu beeinträchtigen, als nicht öffentlich eingestuft worden war. (ND, 15. 10)

Schwerin
Auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof wurden von unbekannten Tätern am 16.10. an verschiedenen Stellen neun Grabsteine herausgerissen und in das Gelände geworfen. Die Häufigkeit von Vandalismus mit rechtsradikalem Hintergrund auf Friedhöfen und die von der Polizeidirektion angewiesene Nachrichtensperre einige Tage zuvor veranlaßten die Landtagsfraktionen der PDS und der SPD zur Kritik und der Frage, »wie ernst es die zuständige Polizeidirektion mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus meint.« (ND, 18./19.10.)

Ferdinandshof
Jugendliche, die in der Nacht zum 18.10. in einer Garage eine Party feierten, hatten rechte Parolen gerufen, bei Eintreffen der Polizei zeigte einer den Hitler-Gruß. Alle Jugendlichen standen unter erheblichem Alkoholeinfluß. (Nordkurier, 20.10.)

Hammer (Kreis Uecker-Randow)
In der Nacht zum 19.10. hatten Unbekannte auf dem Gehweg der Dorfstraße drei große Hakenkreuze und ein sogenanntes Keltenkreuz gesprüht. (Nordkurier, 20.10.)

Trassenheide
Zwei 18jährige Jugendliche aus Zinnowitz verübten in der Nacht zum 19.10. mit zwei mit Benzin gefüllten Flaschen einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim. Die Heimbewohner konnten das entstandene Feuer löschen, die Jugendlichen flüchteten und wurden von der Polizei gestellt. Als Motiv müsse Ausländerfeindlichkeit angenommen werden, hieß es bei der Polizei. (Nordkurier; Tagesspiegel, 20.10.)

In Mecklenburg-Vorpommern ist nach Aussage von Generalstaatsanwalt Alexander Prechtel ein starker Anstieg rechter Propaganda-Delikte zu verzeichnen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1997 sind 925 Verfahren (1996 gleich 584) eingeleitet worden. Als Schwerpunkte für rechte Täter werden die Gegenden um Anklam, Neubrandenburg und Ludwigslust genannt. Das bedeutet jedoch nicht, daß es sich nur um angetrunkene »Maulhelden« handelt, die nach Zuführung durch die Polizei Besserung geloben. Gerade Propaganda-Delikte zeigten, welches Potential dahintersteckt, wie es rechten Führungspersönlichkeiten gelingt, potentielle Mitläufer zu finden und sie auf ihre Seite zu ziehen. Hinzu kommt, daß immer mehr Überzeugungstäter registriert werden, denen allein mit polizeilicher Registrierung nicht beizukommen ist. Im Gegenteil: »Einmal festgenommen und auch noch in Gewahrsam zu seiner Überzeugung zu stehen, macht erst den richtigen Neonazi«. (Nordkurier, 14.11.)

Lassan
In einer Gaststätte löste die Polizei in der Nacht zum 15.11. eine geschlossene Veranstaltung rechter Jugendlicher auf. (ND, 17.11.)

Karlshagen
In der Nacht zum 16.11. wurde eine Gaststätte mit Hakenkreuzen beschmiert. Gegen mehr als 20 Personen wird ermittelt. (ND, 17.11.)

Wittenburg
Zum Volkstrauertag am 16.11. versuchten Rechtsextremisten mehrere Veranstaltungen zu stören, so erhielten in Wittenburg 44 junge Männer von der Polizei Platzverweise. Die überwiegend aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein stammenden Jugendlichen hatten bereits Stunden zuvor am Ehrenmal des Friedhofes einen Kranz niedergelegt und sich anschließend in einer Gaststätte zu einer »Klassenfeier« versammelt. (Nordkurier, 17.11.)

Greifswald
Bei der zentralen Veranstaltung zum Volkstrauertag am 16. 11. auf dem Greifswalder Ehrenfriedhof waren mehrere rechte Jugendliche anwesend. Sie versuchten die Rede des Ministerpräsidenten durch Lärmbelästigung zu stören. (Nordkurier; ND, 17. 11.)

Lassan
In der Nacht zum 16. 11. wurde in einer Gaststätte eine geschlossene Veranstaltung rechter Jugendlicher von der Polizei aufgelöst. Das Treffen war als private Geburtstagsfeier angemeldet worden. Vor Eintreffen der Polizei flüchteten mehrere Jugendliche mit Autos. Von 20 Jugendlichen, darunter der 16jährige Ausrichter der Veranstaltung aus Neubrandenburg, wurden die Personalien aufgenommen. (Nordkurier, 17. 11.)

Eggesin
Bei einem 15jährigen Schüler wurden Schulhefte gefunden, die mit den Zeichen der National germanischen Bruderschaft (NGB) versehen waren. (Nordkurier, 21. 11.)

Ferdinandshof
Bei einem 17jährigen Lehrling wurde das T-Shirt, das Kennzeichen, Symbole sowie Schriftzüge verfassungswidriger Organisationen aufwies, von der Polizei eingezogen. (Nordkurier, 21. 11.)

Neustrelitz
In einem Report der »Süddeutschen Zeitung« über Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern unter der Überschrift: »Hakenkreuze sind doch nicht politisch« wird der Frage nachgegangen, »Was ist rechts im Osten?«
Der Ausgangspunkt der Recherche ist für eine Regionalzeitung gerade mal ein paar Zeilen wert: drei Jugendliche hatten im Bus einem 15jährigen Jungen ins Gesicht ein Hakenkreuz gemalt und ihm Geld abgenommen. Die Polizei sagt in solchen Fällen, und nicht nur in Neustrelitz: »Kein politischer Hintergrund«, und auch die Öffentlichkeit meint zu oft, Gewalttätigkeit der Jugendlichen habe mit Politik nichts zu tun, sie richte sich nur gegen Einzelpersonen und entstehe aus der jeweiligen Situation. In einer 9. Klasse im Neubauviertel gibt es zwölf Schüler, die sich durch ihre Kleidung und Haarschnitt als Skins zu erkennen geben. Sie geben Nazisprüche von sich und sind der Meinung, daß man das Asylbewerberheim mal mit einer Panzerfaust »besuchen« müßte. In Aufsätzen von Jugendlichen einer Realschule, die die Zeitung dokumentiert, halten ganz »normale« Schüler nicht mit ihrer fremdenfeindlichen Einstellung zurück und schließen auch Gewalt nicht aus. Die Stadt hat, in der Sorge um die Jugend, er kürzlich viel Geld für einen neuen Jugendclub bereitgestellt. »Es wird sich an der rechtsextremen Gesinnung nichts ändern, wenn die Mehrheit in der Stadt einig ist, daß die Gewalt der Jugendlichen mit Politik nichts zu tun hat«, resümiert der Autor. (Süddeutsche Zeitung, 27. 11.)

Greifswald
Zehn Jugendliche drangen in der Nacht zum 13. 12. mit einer Axt und Stöcken bewaffnet in ein Asylbewerberheim ein und grölten rechte Parolen. Als ein Heimbewohner den Alarmmelder auslöste, flüchteten die Angreifer. In dem Heim sind 16 Asylbewerber aus Vietnam und dem ehemaligen Jugoslawien untergebracht. Es wurde niemand verletzt. Kurz danach stellte sich ein 16jähriger der Polizei mit dem Geständnis, sich an der Tat beteiligt zu haben. (Frankfurter Rundschau, 15. 12.; Tagesspiegel, 16. 12.)

Zentrum Demokratische Kultur
Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Neue Medien

Schumannstraße 5
10117 Berlin
Telefon +49 (030) 282 96 27 und 28 39 45 32
Fax (030) 238 43 03